ABGESCHOBENE ROMA IN SERBIEN
JOURNALISTISCHE, JURISTISCHE UND MEDIZINISCHE RECHERCHEN

BREMEN

BERLIN

GÖTTINGEN

KÖLN

BRÜSSEL

LUXEMBURG

BELGRAD

NIŠ

PIROT

VRANJE

BUJANOVAC

Juni 2013, Serbien. AnwältInnen, AktivistInnen, JournalistInnen und eine Ärztin aus Bremen, Berlin, Göttingen, Köln, Brüssel und Luxemburg besuchen abgeschobene Roma. Wie sieht der Alltag der Menschen aus, wie verdienen sie das zum Leben Nötige, wo schlafen sie, wovor haben sie Angst und wovon träumen sie?
Die Recherchen führten in informelle Siedlungen und Container-Dörfer am Rande Belgrads, in Roma-Viertel im südserbischen Vranje und Bujanovac, in Häuser im Bergort Pirot und nach Niš. Wir trafen Roma und Nicht-Roma, VertreterInnen von NGOs, Behörden und Menschenrechts-Gruppen. Wir sprachen mit vielen, die nicht wissen, was sie die nächsten Tag essen sollen, wie sie die ärztliche Behandlung ihrer Kinder bezahlen sollen oder ob sie den nächsten rassistischen Angriff überleben. Und viele, die nicht wissen, was sie überhaupt in Serbien sollen: weil sie sich in Deutschland zu Hause fühlen.

Dieser Bericht gibt einen Einblick.

REPORTAGEN Jean-Philipp Baeck / Malte Stieber / Allegra Schneider

12 In Vidikovac spricht man Deutsch

80 Abgeschoben nach Serbien: Aus Hamburg in die Berge

MOSAIK DER DISKRIMINIERUNG Ivana Domazet / Martina Mauer

28 **Teil 1**

30 Rechtlich unsichtbare Roma Domitille Boulon

50 **Teil 2:** Die sozioökonomische Situation von Roma in Serbien

72 **Teil 3:** Sozialhilfe – keine Garantie für Roma

86 **Teil 4:** Die besondere Situation von RückkehrerInnen

102 **Teil 5:** Sekundäre Migration

JURISTISCHER BLICK

22 Serbien, seit drei Jahren für belgische Behörden ein »sicherer Herkunftsstaat« Catherine van Cutsem

98 Kriminalisierung der Flucht? Jan Sürig

106 BVerwG 10 C 23.12 – dort Rn 37 Jan Sürig

108 Rassistische Übergriffe Barbara Dubick

AUS MEDIZINISCHER SICHT Andrea Vogel

34 Der ärztliche Blick

44 Wie ein großes Im-Stich-Lassen

46 Wir spielen Privatsphäre

47 Resigniert, kraftlos, müde

PERSPEKTIVEN

2 Es ist deutsch in Kaltland Jean-Philipp Baeck / Malte Stieber / Allegra Schneider

18 Beinahe jugendlich. Domitille Boulon

60 »Für sie ist es normal, keine Unterstützung zu bekommen.«
Ein Gespräch mit der feministischen Organisation Ženski prostor

66 »Meine Tochter ist krank, ich hab kein Geld, wir leben in Baracken.«
Roma Center Göttingen

68 Aller Besitz war in der Hütte. Roma Center Göttingen

92 Die gemeinsame Zeit ist begrenzt. Roma Center Göttingen

112 Karim schweigt zunächst. Roma Center Göttingen

116 »Wir sind stolz, dass in diesem Land niemand verhungern muss.«
Ein Statement der Initiative alle bleiben! / Roma Center Göttingen

Es ist deutsch in Kaltland

von Jean-Philipp Baeck / Malte Stieber / Allegra Schneider

»Die toten Sinti und Roma haben nun ihr Denkmal. Die lebenden werden auch in Deutschland kaserniert und abgeschoben. Während die Bundeskanzlerin der bis zu 500.000 Ermordeten gedenkt, überlegt der Bundesinnenminister, wie man sich die Enkel und Urenkel vom Leib hält.«

Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung 2012

Der Versuch Daniel P. verständlich zu machen, warum das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seinen Asylantrag ablehnen wird, kann nur scheitern. Noch wenige Wochen zuvor wohnt der 20-Jährige mit seiner Familie in einer kleinen Hütte aus Müll im Südwesten Belgrads. Dort leben sie von weggeworfenen Essensresten, von Altpapier, das ihnen die lokale Recyclingfirma für wenig Geld abkauft oder von Gefundenem, das sie auf dem unangemeldeten Flohmarkt um die Ecke anbieten. Manchmal kommen NGOs, die Hilfe versprechen und nicht wiederkommen, manchmal die Polizei um »illegale« Hütten zwangsweise zu räumen, manchmal Neonazis um ihrem Hass freien Lauf zu lassen. »Hier werden wir nicht wie Menschen, sondern wie Tiere behandelt. So kann man schlicht nicht überleben«, sagt er mit Nachdruck bei unserem Besuch dort. Daniels Familie ist nicht einfach »nur« arm. Sie ist vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, an den Rand der Stadt gedrängt, ohne Arbeit, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne Perspektive.

Flucht ist der nächstliegende Ausweg aus dieser Situation. Deshalb sind Daniel und seine Familie zu Verwandten nach Deutschland gekommen und setzen nun, fest überzeugt von seiner Legitimität, alle Hoffnung in den gestellten Asylantrag. Vergebens.

Leugnen, ablehnen und abschieben

So wie Daniel und seiner Familie geht es tausenden Romni und Roma in Serbien, Mazedonien oder dem Kosovo. Die meisten der über eine Million Roma in Südosteuropa sind vom Leben der Mehrheitsgesellschaft abgeschnitten, mehr als die Hälfte von ihnen leben in extremer Armut. Deshalb fliehen sie in die EU – vor der rassistischen Diskriminierung und ihren direkten sozioökonomischen Konsequenzen. Dessen ungeachtet, plant die 2013 neu gewählte Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD, die Wege für Roma aus Südosteuropa nach Deutschland noch schwerer zu machen. Laut Koalitionsvertrag sollen Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als »sichere Herkunftsstaaten« deklariert werden[1]. Das bedeutet verschärfte Massenabschiebungen von schutzsuchenden Roma. Die Abschottungs-Politik von CDU, CSU und SPD trifft die Nachkommen derer, die von den Deutschen während des Nationalsozialismus als »Zigeuner« vernichtet wurden.

Die aktuellen rassistischen Diskriminierungen gegen Roma in Südosteuropa sind seit Jahren bekannt: Offizielle Berichte, wie der des Komitees zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen[2] oder des Menschenrechtskommissars des Europarats[3] sowie zahlreiche Berichte von NGOs[4] belegen die systematische Ausgrenzung der Roma, die eine lebensbedrohliche Armut zur Folge hat.

Im Juni 2013 überzeugten wir uns selbst. Mit einer Reisegruppe aus AnwältInnen, JournalistInnen und NGO-VertreterInnen aus Deutschland, Belgien und Luxemburg recherchierten wir in Serbien zur aktuellen Lage der Roma. Wir haben erfahren, dass Roma in Serbien derzeit massiv ausgegrenzt werden, in verschiedenen Bereichen: bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, dem Zugang zum Arbeitsmarkt und selbst bei der Existenzsicherung auf niedrigstem Niveau durch Müllverwertung.

Zum 1. Dezember 2013 wurde durch eine Änderung des deutschen Asylverfahrensgesetzes klargestellt, dass auch eine Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen politische Verfolgung darstellen kann: Maßnahmen, die so gravierend sind,

1) Im Koalitionsvertrag wird für die nächsten vier Jahre unmissverständlich vorgegeben: »Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EjR Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von Paragraph 29a Asylverfahrensgesetz einstufen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können.« (Seite 109, http://www.spd.de/linkableblob/112790/data/20131127_koalitionsvertrag).
Sicherer Herkunftsstaat bedeutet, dass alle Asylanträge von Flüchtlingen aus einem solchen Staat »als offensichtlich unbegründet abzulehnen [sind], es sei denn, die von dem Ausländer angegebenen Tatsachen oder Beweismittel begründen die Annahme, dass ihm abweichend von der allgemeinen Lage im Herkunftsstaat politische Verfolgung droht.« (Paragraph 29 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz)

2) United Nations/Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD) 2011: Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination. Verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf

3) Commissioner for Human Rights 2011: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12 – 15 June 2011, Straßburg. Verfügbar unter: https://wcd.coe.int/ViewDoc.jspid=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679

4) u.a.: Pro Asyl 2012: Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland? Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation von Dr. Karin Waringo. Verfügbar unter: http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf

dass eine Person davon in ähnlicher Weise wie von einer schwerwiegenden Verletzung der grundlegenden Menschenrechte betroffen ist.

Niemand, der die Situation auch nur halbwegs kennt, wird in Frage stellen, dass Roma in Serbien, Mozedonien und im Kosovo genau dieser Art von Diskriminierung ausgesetzt sind. Selbst in Justiz- und Rechtswissenschaft ist die Diskussion darum angekommen – und genau diese will die jetzige Bundesregierung brutal abwürgen, indem Serbien (und andere Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien mit ähnlichen Verhältnissen für Roma) zum sicheren Herkunftsstaat erklärt wird.

Das wäre ein weiterer Schritt, die offiziell bekannte schlimme Lage der Roma in Südosteuropa zu ignorieren. Es hieße: Asylanträge aus diesen Ländern würde pauschal als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt. Es wäre ein weiterer Schritt, nachdem Deutschland die Bearbeitung von Asylverfahren für Menschen aus diesen Ländern bereits beschleunigt hatte.

Kein Schutz für 99,4 Prozent

Im Jahr 2012 hat das BAMF über 13.807 Asylanträge von serbischen StaatsbürgerInnen entschieden – in 23 Fällen positiv. Das entspricht einer Quote von 0,16%. Die Zahlen für Mazedonien und den Kosovo sind ähnlich. Bis September 2013 gingen aus den drei Westbalkanstaaten zusammengenommen bereits über 19.000 Anträge ein. In 65 Fällen wurde bis dahin positiv entschieden. Unterm Strich heißt das: 99,4% der Menschen, die in den letzten drei Jahren aus dem Balkan nach Deutschland gekommen sind um hier Schutz vor Diskriminierung und Elend zu suchen, wurde dieser verweigert.

Seit Herbst 2012 werden diese Anträge im BAMF priorisiert behandelt, das heißt sie haben bei der Bearbeitung Vorrang vor denen von AntragstellerInnen anderer Staatsangehörigkeit. Man wolle damit »den hohen Antragszahlen und der dahinterstehenden Dringlichkeit« gerecht werden, heißt es im BAMF. Was zunächst vielleicht wohlwollend klingen mag, bedeutet das Gegenteil: Bei einer Schutzquote, wie man den Anteil positiv beschiedener Anträge im Bundesamt nennt, im Promillebereich bedeutet die Priorisierung eine pauschale Ablehnung nahezu aller gestellten Anträge. Das Ziel ist, möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit abschieben zu können.

Die meisten Ablehnungen werden dabei mit formalen Gründen gerechtfertigt. Sofern es möglich ist, geht das BAMF der grundsätzlichen Frage über die Berechtigung von Asylgesuchen von Romni und Roma aus dem Weg und versucht stattdessen die Glaubwürdigkeit der AntragstellerInnen in Zweifel zu ziehen. In den Textbausteinen der Ablehnungsbescheide werden die Aussagen der Asylsuchenden mit Begriffen wie »vage«, »detailarm« oder »unsubstanziert« beschrieben – mit anderen Worten: In den Augen des BAMF lügen die AntragstellerInnen. Man kann sich vorstellen, dass es für MitarbeiterInnen des Bundesamtes nicht all zu schwierig ist, Menschen, die weder die deutsche Sprache noch die deutsche Asylgesetzgebung ausreichend kennen, so aufs Glatteis zu führen, dass diese sich bei der Anhörung zwangsläufig in Widersprüche verwickeln.

Doch selbst bei Anwendung aller Tricks kann das BAMF die erwähnte grundsätzliche Frage nicht gänzlich umgehen. »Benachteiligungen im alltäglichen Leben können vorkommen«, sagt Christoph Sander von der Pressestelle des Bundesamtes – vor dem Hintergrund der realen Situation klingt das schlicht zynisch, obwohl es gar nicht so gemeint ist. In ihrer Summe seien diese Benachteiligungen jedoch nicht ausreichend für eine Anerkennung als Asylberechtigte. Diskriminiert zu werden bedeutet für das Bundesamt laut Sander »Tod, Folter und solche Sachen« zu erleiden – was auch immer das heißen soll. Einen Zusammenhang zwischen der rassistischen Ausgrenzung und der wirtschaftlichen Lage vieler Romni und Roma will man in der Behörde in Nürnberg jedenfalls nicht sehen. Deshalb ist für das BAMF die »Zugehörigkeit zur Volksgruppe der Roma nicht asylrelevant«.

Ausländerbehörden, Presse und ganz normale Neonazis

Das Klima, in dem es möglich ist, faktisch das Asylrecht für Roma nicht zu gewähren, braut sich mitnichten ausschließlich im Behördenapparat zusammen. Einerseits besteht ein starker politischer Wille, aus finanziellen Gründen keine »falschen Anreize« zu schaffen. Je erfolgloser Romni und Roma bei der Antragstellung in Deutschland sind, desto größer seien die Hemmungen für andere, diesen Ausweg aus ihrer Misere ebenfalls zu suchen. Das zumindest glaubt man im Bundesinnenministerium. Dass das nicht stimmt, lässt sich schon an den Zahlen ablesen: Trotz nahezu ausschließlich negativer Entscheidungen steigen die Antragszahlen Jahr für Jahr an. Das liegt daran, dass Menschen fliehen, weil ihre Lebenssituation unerträglich ist – und nicht, weil die Gelegenheit dazu besonders günstig oder die »Anreize« aus Deutschland so verlockend wären.

Andererseits können sich Ausländerbehörden, das BAMF oder das Bundesinnenministerium relativ sicher sein, für diese politische Praxis kaum kritisiert zu werden. Stetig werden rassistische Stereotypen, wie etwa das der »faulen Roma«, die nur nach Deutschland kämen, um sich mit Hartz-IV ein lockeres Leben zu machen, bemüht. »Armutsflüchtling« ist mittlerweile ein Synonym für Roma, die unberechtigt Hilfe in Deutschland suchen würden. Die Gleichzeitigkeit von Verschärfungen der Asylrechtsbestimmungen und der medialen Hetze gegen Romni und Roma sei kein Zufall, sagt Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl: »Das Bundesinnenministerium oder das BAMF können sich bei der Legitimierung ihrer verschärften Praxis auf einen gesellschaftlich vorhandenen Antiziganismus verlassen«. Anders als bei anderen in Deutschland diskriminierten Gruppen könne man nicht auf viel Solidarität aus der Bevölkerung setzen, Unterstützungsarbeit werde dadurch sehr schwer gemacht.

Tödlicher Kreislauf aus Vorurteilen, Ausgrenzung und Armut

Kumulative oder Mehrfachdiskriminierung nennt man das Phänomen, mit dem hunderttausende Roma auf dem Balkan konfrontiert sind. Aus multiplen Diskriminierungen ergibt sich als direkte Konsequenz eine desolate sozioökonomische Situation, als deren Folge eine ganze Gruppe von Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Die UN kennen diesen Begriff der Mehrfachdiskriminierung, die EU, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen arbeiten damit – nur beim BAMF in Nürnberg kann und will man diesen Fakt nicht anerkennen.

Weil Romni und Roma in Serbien allein auf Grund der zugeschriebenen Zugehörigkeit zu dieser Gruppe Opfer rassistischer Ausgrenzung sind, leben sie in der von Daniel eingangs beschriebenen Lage. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Dynamik noch beschleunigt. In Serbien wurden 2011 mehr als 400.000 Arbeitsplätze abgebaut, 2012 waren es nochmals mehr als 170.000. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei knapp 25%, was nahezu eine Verdopplung innerhalb der letzten fünf Jahre bedeutet. In Mazedonien und dem Kosovo ist die Lage noch schlechter: In Mazedonien sind über 30% arbeitslos, im Kosovo mehr als 45%, womit der noch junge Staat 2012 im weltweiten Vergleich die achthöchste Rate verzeichnet. Die Kombination aus verschärfter Konkurrenz und nationalistischer Grundstimmung hat für fast alle Roma-Communities das gleiche Ergebnis: 100% Arbeitslosigkeit. Wer keine Arbeit bekommt, kann sich keine Wohnung leisten, muss auf der Straße bzw. in informellen Siedlungen wohnen, ist höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und hat wiederum kein Geld für notwendige Medikamente. Die durchschnittliche Lebenserwartung einer Romni in Belgrad liegt liegt zwischen 48 und 58 Jahren während die einer Serbin in Belgrad bei 72 liegt. Wenn im letzten Winter in Europa über 600 Menschen erfroren sind, dann muss man nicht lange überlegen um darauf zu kommen, dass es sich dabei um Armutstote handelt.

Auch auf staatlicher Ebene setzt sich die Diskriminierung fort: Ohne festen Wohnsitz ist es äußerst schwierig, sich registrieren zu lassen. Amnesty international und der UNHCR sehen darin eine schwere institutionelle Benachteiligung der Roma. Denn ohne Registrierung gibt es nicht mal die minimale Sozialhilfe und auch keinen Platz in einer öffentlichen Schule – in die jedoch ohnehin kaum eines der Kinder gehen möchte, solange sie dort stetigen rassistischen Beleidigungen und Angriffen durch MitschülerInnen und LehrerInnen ausgesetzt sind.

Von allen anderen gesellschaftlichen Quellen des Überlebens ausgeschlossen, werden die meisten Roma in die Schattenökonomie gedrängt.

Wo auch immer man anfängt, die Dynamik aufzuzeigen, beginnt man sich im Kreis zu drehen – für viele Romni und Roma ein lebensbedrohlicher Kreislauf aus Ausgrenzung und Armut. Der Zusammenhang von gesellschaftlicher Diskriminierung und der extremen Armut, in der viele leben müssen, ist offensichtlich. Aber deutsche Behörden scheuen keine Mühe und ihnen scheint auch keine Absurdität zu lächerlich, genau diesen zu leugnen. »Die fehlende Anerkennung der Diskriminierung der Roma in den Westbalkanstaaten ist eine Fortschreibung der Diskriminierung der Roma in Deutschland«, sagt Marc Millies vom Flüchtlingsrat in Bremen über diese Praxis.

Diskriminierung nur bei Minusgraden?

Manchmal könnte man doch kurz den Eindruck bekommen, dass in all der deutschen Kälte ein kurzer Moment der Empathie zu finden ist. Im Winter 2013 wiesen die Innenministerien von Bremen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg die jeweiligen Ausländerbehörden an, Abschiebungen in die Westbalkanstaaten bis zum 31.03.2014 auszusetzen und erst im April zu vollstrecken. Dieses sogenannte »Wintermoratorium« bezeichnet der schleswig-holsteinische Innenminister Andreas Breitner dann als ein »Gebot der Humanität«. Dass es einen Unterschied macht, ob man bei plus 20 oder bei minus 20 Grad in einer Hütte aus Plastikfolie schläft, steht außer Frage, und so ein Winterabschiebestopp hat eventuell schon einige vor dem Tod durch Kälte (ergo dem Tod durch Armut) bewahrt – zumindest vorläufig. Widersprüchlich an dieser Praxis ist nur, dass grundsätzlich eine systematische, lebensbedrohliche und damit asylrelevante Diskriminierung von Roma auf dem Balkan geleugnet wird. Fällt jedoch das Thermometer besonders tief, scheint selbst für deutsche Länderinnenminister klar zu sein, dass diese stattfindet – allerdings nur bis zum 31.03. des Folgejahres.

Nina kommt aus Bosnien und wohnt zur Zeit in einem Lager im niedersächsischen Bramsche. Sie sagt, überall in Europa würden Roma diskriminiert, aber gerade in Deutschland sei das besonders perfide: »Ihr habt unsere Häuser und unser Land attackiert. Ihr tragt die Verantwortung und tut jetzt nichts. Ihr habt mitbombardiert und den Krieg mitfinanziert. Davor, bis in die 90er Jahre wollten keine Roma nach Deutschland. An der jetzigen Situation seid ihr mitbeteiligt.« Aber nicht nur die deutsche Kriegsbeteiligung wäre ein guter Grund, grundsätzlich anders mit der Frage geflüchteter Roma umzugehen. Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitzkomitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, unterstreicht, wie vergessen die deutsche Flüchtlingspolitik ist: »Für uns, die letzten Zeugen des faschistischen Terrors, ist es bitter und kaum zu ertragen, wenn Nazis in unseren Städten marschieren dürfen, aber Roma und Sinti bei uns keine Zuflucht gewährt wird, wenn selbst Kinder abgeschoben werden.«

Besserung ist nicht in Sicht: Der damalige Innenminister Friedrich heuchelt nicht mal mehr Pietät, wenn er zwei Tage, nachdem im Oktober 2013 hunderte Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind, erklärt, dass sich »selbstverständlich« nichts an der Flüchtlingspolitik ändern werde. Die Zahl der Flüchtlinge wird weiter steigen. Die Hetze gegen sie auch. Seit September 2013 wurden mindestens elf Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in der Bundesrepublik verübt – von Neonazis, von Deutschen.

Vranje. Egal, wo wir hinkommen – wir treffen Menschen, die uns ihre Geschichten erzählen wollen. Fast alle spielen in Deutschland.

Bujanovac.

Immer wenn wir containern gehen, gucken die Leute und machen Kommentare, dass wir Brot aus dem Müll essen.

Die schlagen uns!
Wir dürfen nicht wie
in Deutschland auf die
Straße gehen, nur bis
9/10 Uhr abends, dann
ist Schluss.

In Vidikovac spricht man Deutsch

von Jean-Philipp Baeck / Malte Stieber / Allegra Schneider

Am Rande Belgrads liegt Vidikovac. Roma-Familien wohnen hier in Slum-Hütten. Viele wurden aus Deutschland abgeschoben. Manche sind dort geboren.

Rauch steigt auf. Auf einem Feld verschwinden ein paar Menschen hinter Gebüschen. Überall liegt Plastik, Metall, Papier. Abfall wie Dünen. Dazwischen, nur an den Kanten auszumachen, reihen sich Hütten. Von Weitem gehen sie in die Müllberge über. Eine Gruppe Kinder hüpft darauf herum, tollt, spielt, lacht. Slums. Ein Junge trägt mit seinem Vater einen großen Rahmen aus Metall, womöglich ein alter Elektroherd. Die informelle Siedlung liegt in Vidikovac, einem Vorort von Belgrad, an der Bundesstraße 22. Etwa 30 Familien leben hier. Sie gehören zur serbischen Minderheit der Roma.

Langsam tritt die Reisegruppe näher: Journalisten, AktivistInnen, eine Ärztin, deutsche und belgische AnwältInnen. Sie sind nach Serbien gereist, um sich ein Bild davon zu machen, was ihre MandantInnen erwartet, wenn sie deren Abschiebung nicht verhindern. Auch zwei Übersetzerinnen sind dabei, aber das wäre nicht wirklich nötig gewesen. Denn in Belgrads Slums wird fließend Deutsch gesprochen.

»Ich habe in Mönchengladbach gelebt«, »ich in Hannover«, »ich in Köln«. Die Menschen hier wurden entweder abgeschoben oder zur »freiwilligen Ausreise« gezwungen. So wie Nicola. 13 Jahre lang war er in Deutschland, mit Frau und Kindern. Nicola faltet den Ausweis seines Sohnes Daniel auf. Der ist in Deutschland geboren. So steht es in dem Dokument. Darunter ein Stempel: »Abgeschoben«.

Ohne Sozialhilfe und Krankenversicherung

Nicola zeigt seine Hütte. Alte Türen sind an Bretter genagelt, dazwischen Stofffetzen, manche Ecken sind mit Plastikfolie umwickelt. Die Wände würden keine Bilder tragen. Zwischen zwei Sofas und einem Tisch ist kaum der Teppich zu sehen, der als Fußboden dient. Die Familie lebt hier zu siebt, Nicolas fünfjährige Enkeltochter Claudia ist die jüngste. Sie darf mit auf dem Sofa schlafen, Nicola legt sich nachts auf die Erde.

Menschenrechts-Aktivisten schätzen, dass es etwa 200 informelle Siedlungen in Belgrad gibt. Manche größer, manche kleiner. Nur wenige Kinder in diesen Siedlungen gehen zur Schule. Die Roma dort erhalten keine Sozialhilfe und keine Krankenversicherung. Denn informelle Siedlungen erkennen die serbischen Behörden für eine Registrierung nicht an. Immer wieder werden die Siedlungen gewaltsam geräumt oder, wie in Vidikovac, so zerstört, dass sie von der Straße nicht mehr zu sehen sind.

Vor der Flucht nach Deutschland hatte Nicolas Familie ein Haus im südserbischen Vranje. Als sie wiederkamen, war das Haus weg. »Es sah aus, als sei es nie da gewesen«, sagt Tochter Jasmina. Sie zogen nach Belgrad. »Drei Tage lang haben wir im Gras geschlafen«, sagt sie. Dann hatten sie genug Sperrmüll für eine Hütte gefunden – ihr Dach seit über zehn Jahren.

55.000 Menschen sammeln Müll

In der Großstadt können sie im Müll nach Sachen suchen. Nach heilen Klamotten, die sie noch verkaufen können, nach Geschirr oder Elektroteilen. Wenn ihnen niemand etwas abkauft, zieht die Familie noch einmal los: Dann müssen sie nach Essen suchen.

Bis zu 55.000 Menschen leben laut der luxemburgischen Menschenrechts-Organisation Chachipe in Serbien davon, Müll zu sammeln – hauptsächlich Roma. Um sich europäischen Umweltnormen anzupassen, hat Belgrad 2012 begonnen, die alten Mülltonnen durch unterirdische Behälter zu ersetzen und das Müllsammeln unter Strafe gestellt.

Eine blaue Wanne steht vor Nicolas Hütte. Darin wäscht die Familie sich und ihre Kleider, auch das Geschirr. Ein paar Fußschritte entfernt hat Nicola ein Loch gegraben und darum ein paar Bretter gezimmert: die Toilette. Um Wasser betteln die Menschen in Vidikovac im benachbarten Wohngebiet. Derzeit gibt es einen offenen Hahn bei einer nahen Baustelle.

Im Winter wird es unerträglich

Ein Nachbar erzählt vom Winter: »Das ist richtig abscheulich, aber manche Leute sammeln das Essen, geben es ihren Kindern, da sind dann Kakerlaken und Maden drin.« Bei der bitteren Kälte sei es richtig schwer, sagt er. »Richtig, richtig schwer.«

Ein Mann legt einen Holzscheit in einen kleinen verrosteten Metallofen, der offen auf der Wiese steht. In einem Topf kocht er Knochen aus. Gleich gegenüber steht ein Junge im Müll. Er hebt einen alten Bildschirm auf und trägt ihn über seinem Kopf. Der Junge ist kaum im Grundschulalter, er sammelt Plastik. Immer wieder rutscht ihm bei der Arbeit die Hose runter.

Auf dem Gelände stehen Altpapier-Container neben fast jeder Hütte. Drei, vier Mal im Monat kommt der Lastwagen der Recycling-Firma. Er ist geländegängig, kommt auch bei Regen durch den Schlamm. Pro Kilo Papier gibt es fünf Cent. »Jeder hier in der Siedlung

hat seinen Container und ist in bei der Firma im Computer eingespeichert, mit Namen und Vornamen«, erklärt ein Bewohner. Anders als bei den Behörden funktioniert die Registrierung bei der Recycling-Firma tadellos.

Narben von Neonazis

Zwei Gebüsche weiter liegt die Hütte von Thomas*. Aus einer alten Blechtonne hat sich seine Familie einen Herd gebaut. Das Ofenrohr versperrt fast den Eingang. Er bittet hinein, möchte eine Geschichte erzählen. Davon, wie serbische Neonazis ihn überfielen. Wie sie ihn zwangen, mit anzusehen, wie sie seine Schwester vergewaltigten.

Er hebt sein Hemd, dreht sich zur Seite. Über seiner linken Niere ist eine fingerbreite Narbe. Die Neonazis haben ihm ein Messer in den Rücken gestochen. Er zieht einen kleinen Jungen zu sich. Er sei von dem serbischen Mann, sagt er. Der kleine Junge, sein Neffe, lebt mit ihm in Vidikovac.

*Name geändert

Vidikovac. Der Sprachgebrauch der serbischen Regierung für diese Form der Obdachlosigkeit lautet »unhygienische Siedlung«. Slums am Rande Belgrads: Bei Regen versinken die Hütten im Schlamm.

Der macht auch was mit Medien, sagen wir, die technisch vollausgestattet an unseren Projekten arbeiten. Jährlich werden weltweit bis zu 50 Millionen Tonnen Elektroschrott produziert, Recycling ist oft Kinderarbeit.

oben: eine Küche in Vidikovac.

rechts: Robert P. und seine Tochter Radice
»So wie wir hier heute, werden meine Kinder auch in zehn Jahren noch leben.«

Beinahe jugendlich.

von Domitille Boulon

Die vier Mädchen zwischen 13 und 16 kichern und foppen sich gegenseitig. Wie alle Jugendlichen möchten sie wahrgenommen werden – aber trotzdem nicht beobachtet. Zwar neugierig auf die Unbekannten, die hier gelandet sind, bieten sie dennoch nicht, wie die Kinder, den Objektiven ihre Posen an. Auch nicht, wie die Erwachsenen, den Neulingen ihre Geschichten. Sie fordern mich auf, ein Foto zu machen, um dann fix das Gesicht hinter den Händen zu verbergen, bis sie das Geräusch des Auslösers hören. Ich lächle. Jugendliche!

VIDIKOVAC 5. Juni 2013, am Stadtrand von Belgrad. Eine Bodenwelle hinter einer Tankstelle, auf der sich 30 bis 40 von Roma bewohnte Baracken befanden[1]. Keine zwei Monate zuvor, am 22. und 23. April haben die Planierraupen der Behörden alles dem Erdboden gleichgemacht und die Stadt den Anwohnenden anschließend »vorgeschlagen« ein paar Meter weiter nach hinten zu ziehen, in ein kleines Wäldchen, ein wenig weiter aus dem Blickfeld der Passierenden.

In gebrochenem Serbisch wird vom Alltag gesprochen, von der Schule, der Ehe, Haarfärbemitteln, allem möglichen… Eine von ihnen, E., erklärt mir, dass sie ungefähr zwei Jahre zur Schule ging. Ihr Lächeln trübt sich als sie nachsetzt, dass sie dort nichts gelernt hat. Aber in resolutem Ton fährt sie fort: »Aber Roma heiraten jung, und wenn du verheiratet bist, gehst du nicht mehr zur Schule. So ist es«. Die vier sind noch nicht verheiratet. »Wir sind noch jung!«, scherzen sie. Ein junger Mann kommt dazu. »Siehst du, er ist 17 und verheiratet.« Sein Sohn ist drei Monate alt. »Vorher lebten wir hier«, sagt er mir, und zeigt auf Flecken voll Erde und Schutt. »Alles war zerstört. Ein paar Nächte musste man direkt auf dem Boden schlafen. Es regnete und die Kinder haben die ganze Zeit geweint.« Ich scheue mich weiter nach zu fragen, wie es für ihn mit seinem Neugeborenen war.

E. unterbricht. »Siehst du diese Frau dort, mit den zwei Wasserkanistern, die hat sie im Supermarkt gekauft. Sie muss es dort kaufen, weil es hier kein Wasser gibt. Das ist nicht normal. Und dann, im Geschäft, werden wir häufig beschimpft, weil wir Roma sind.«

Vier Jugendliche, die an ihren Ärmeln ziehen, um die Hände zu verstecken. Einige mit Piercings, andere mit gefärbtem Haar, eventuell auch Mobiltelefone oder Facebook-Konten. Sie kichern zwischen den Sätzen über ihre Schwierigkeiten. Zigaretten zwischen den Fingerspitzen.

Diese vier Mädchen, die nach ihrer Zukunft gefragt antworten, dass es keine gäbe oder falls doch, dann jedenfalls nicht für sie. Die, könnten sie sich was wünschen, gerne ein Haus hätten: Mit Wänden und einem Dach, das nicht leckt, Strom und fließend Wasser… sie sind Jugendliche, oder fast.

1) http://www.praxis.org.rs/index.php/en/praxis-in-action/social-economic-rights/housing/item/555-announcement-about-today%E2%80%99s-demolition-of-a-part-of-informal-roma-settlement-in-vidikovac

Sie hassen uns, die wollen nicht, dass wir hier sind. In ihrem Land.

Sie haben uns irgendwo hingetan, wo uns keiner sieht. Wenn wir auf der Straße wären, könnte jemand zu uns kommen, aber wenn die dich in den Wald schicken, wer sieht uns da?

Serbien, seit drei Jahren für belgische Behörden ein »sicherer Herkunftsstaat«

von Catherine van Cutsem, Rechtsanwältin

Am 24. November 2011 hat das belgische Parlament die Einführung des Begriffs des »sicheren Herkunftsstaates« in das belgische Aufenthaltsgesetz aufgenommen[1].

Gerechtfertigt wurde die Einführung des Begriffes in das belgische Recht von einigen ParlamentarierInnen wie folgt: »In den letzten Jahren verzeichnen wir in Belgien einen außergewöhnlichen Anstieg von Asylanträgen. Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Anzahl der Asylanträge sowie die Geschwindigkeit, in der diese Anträge bearbeitet werden, beeinflussen zu können. Weiterhin sind Maßnahmen nötig, die zum Ziel haben, den Mißbrauch des Asylverfahrens zu bekämpfen (...).«

Tatsächlich ist seit der Einführung des Begriffes am 1. Juni 2012 die Zahl der Asylantragstellungen von Personen aus den Staaten zurückgegangen, die als sicher erklärt wurden. Laut dem für Asyl und Migration zuständigen Staatssekretär wurden 2012 im Vergleich zu 2011 36% weniger Asylanträge von Personen aus diesen Staaten gestellt[2].

1. Was ist ein sicherer Herkunftsstaat?

Auf europäischer Ebene gibt es den Begriff des »sicheren Herkunftstaates« schon länger. Ausgehend von der Praxis mancher Mitgliedsstaaten der EU wurde der Begriff 2005 in die Richtlinie der EU eingeschrieben (Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 1. Dezember 2005).

Nach dem neuen Artikel 57/6/1 des belgischen Aufenthaltgesetzes wird ein Staat als ein »sicherer Herkunftsstaat« betrachtet, wenn »aufgrund der Gesetzeslage, der Anwendung von Recht im Rahmen einer demokratischen Ordnung und aufgrund seiner politischen Lage nachgewiesen werden kann, dass dort grundsätzlich und auf lange Sicht niemand im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 als verfolgt gilt (...) oder wenn davon auszugehen ist, dass der Asylantragsteller dort keine Gefahr läuft, schwerwiegende Beeinträchtigungen zu erleiden wie sie in Artikel 48/5 definiert sind«.[3]

Das Gesetz sieht vor, dass bei der Evaluierung der Situation »unter anderem berücksichtigt wird, inwieweit der Staat Schutz gegen Verfolgung und Misshandlungen bietet«, wobei sowohl die Einhaltung der Menschenrechte als auch die Wirksamkeit von Sanktionen im Falle der Verletzung von Menschenrechten im Mittelpunkt steht.

Die Liste sicherer Herkunftsstaaten wird jährlich festgelegt. Eine erste Liste ist am 1. Juni 2012 veröffentlicht worden. Darauf befanden sich folgende Staaten: Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Kosovo, Montenegro, Serbien, Mazedonien und Indien. Am 15. Mai 2013 wurde eine neue Liste mit den selben Staaten veröffentlicht.

Interessant ist, dass das oberste französische Verwaltungsgericht am 26. März 2012 den Eintrag von Albanien und dem Kosovo auf der Liste der sicheren Herkunftsstaaten für nichtig erklärt und dabei im Wesentlichen »die politische und soziale Instabilität, die diesen Ländern eigen ist« sowie »die Gewalttaten, denen bestimmte ihrer Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind« geltend gemacht hat.[4] Letzteres zielt bezüglich des Kosovo insbesondere auf die massive Diskriminierung von Roma ab.

1) Das »Gesetz über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern« wurde am 15. Dezember 1980 verabschiedet und regelt auch das Asylverfahren.

2) http://www.deblock.belgium.be/fr/asile-%E2%80%93-migration-%E2%80%93-accueil

3) Im Artikel 48/4 ist der Status des subsidiär Schutzberechtigten definiert, der dem nicht als Flüchtling anerkannten Ausländer zuerkannt werden kann, wenn »ernsthaft glaubhaft gemacht wird, dass ihm im Fall seiner Abschiebung in sein Heimatland oder bei Staatenlosigkeit in den Staat seines letzten Aufenthaltes eine reelle Gefahr schwerwiegender Beeinträchtigungen droht, wie sie in Paragraph 2 festgelegt sind, und wenn er davor keinen Schutz in seinem Land erfährt, insofern für ihn keine Ausschlussgründe gemäß Artikel 55/4 gelten.«
Paragraph 2. Als schwerwiegende Beeinträchtigungen sind zu betrachten:
a) Todesstrafe oder Hinrichtung; oder
b) Folter oder unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafmaßnahmen des Antragstellers in seinem Heimatland; oder
c) ernsthafte Gefahr für Leib und Leben eines Zivilisten aufgrund willkürlicher Gewalt im Rahmen eines innerstaatlichen oder internationalen bewaffneten Konfliktes.«

4) http://www.lacimade.org/poles/defense-des-droits/nouvelles/3789-Le-Conseil-d-Etat-annule-la-d-cision-inscrivant-l-Albanie-et-le-Kosovo-sur-la-liste-des-pays-s-rs

2. Die Auswirkung des Begriffs der »sicheren Herkunftsstaaten« auf das Asylverfahren und auf das faktische Recht auf Asyl

Für Asylsuchende aus den Staaten, die als »sicher« klassifiziert worden sind, hat dies einschneidende Veränderungen zur Folge: die vorliegenden Gesetzesänderungen haben grundsätzlich zum Ziel, das Asylverfahren zu beschleunigen und Belgien weniger attraktiv für Asylsuchende zu machen.

In Belgien erhält jede/r Asylsuchende, der oder die sich in einem gängigen Asylverfahren befindet, einen Aufenthaltstitel sowie soziale Leistungen (häufig die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung, gelegentlich eine finanzielle Unterstützung von ca. 750 € monatlich) während der gesamten Dauer seines oder ihres Asylverfahrens, d.h. vom Zeitpunkt der Antragstellung an bis zur gerichtlichen Entscheidung über den Antrag, falls dieser zuvor vom »Commissariat Général aux Réfugiés et Apatrides« (vergleichbar dem »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge«, Anm. d. Übersetzerin) abgelehnt worden war. Unserer Erfahrung nach bewegt sich die Dauer eines Asylverfahrens zwischen sechs Monaten bis hin zu zwei Jahren.

Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten hat sich das Verfahren deutlich beschleunigt. Das Gesetz sieht eine Entscheidung des »Commissariat Général aux Réfugiés et Apatrides« in den ersten 15 Tagen nach Antragstellung vor. Diese Frist wird in den allermeisten Fällen tatsächlich eingehalten. Der oder die Antragstellende hat also nur wenig Zeit, alle Asylgründe geltend zu machen und die Beweise für Verfolgung etc. zusammenzutragen.

Die Beweislast ist außerdem erschwert und auf die Asylsuchenden verlagert worden: Es muss belegt werden, dass in Bezug auf den oder die Antragstellende eine begründete Angst vor Verfolgung oder Gefahr für Leib und Leben besteht. Die asylsuchende Person muss also die gesetzliche Vorannahme widerlegen, in sicheren Herkunftssstaaten bestehe keine Gefahr der Verfolgung.

Im Gegensatz zu einem klassischen Asylverfahren hat ein Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid hier keine aufschiebende Wirkung. Das Gericht hat nicht nur die Möglichkeit, das Asylverfahren insgesamt als unzulässig einzustufen (und so die Ablehnung des Commissariats anzuerkennen, nicht aber die Schutzbedürftigkeit der antragstellenden Person). Darüber hinaus setzt der Widerspruch die Ausreisepflicht der Asylsuchenden, die mit der Ablehnung einhergeht, nicht außer Kraft und die betreffende Person verliert ihr Aufenthaltsrecht und ihre Unterkunft.

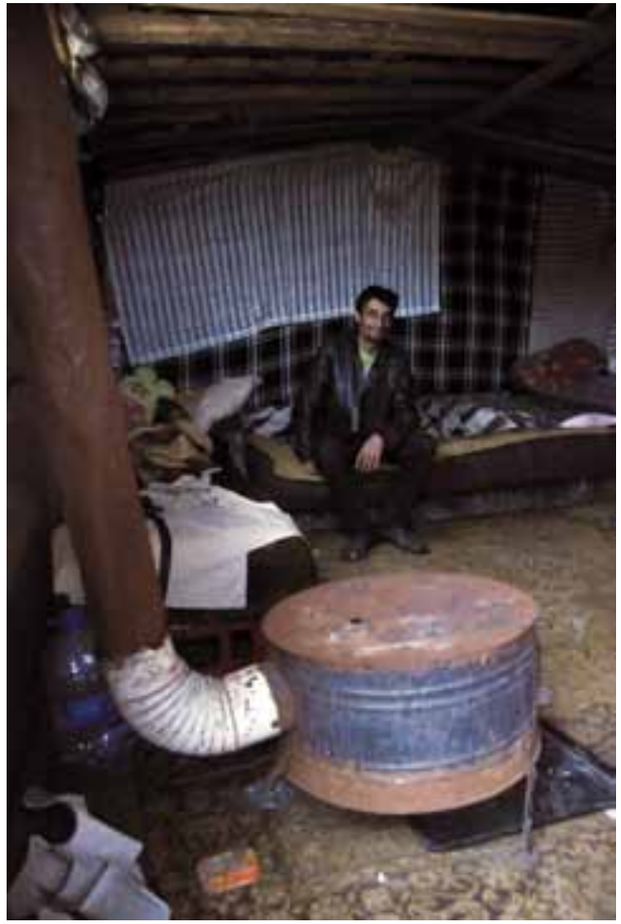
3. Die Auswirkung auf die Asylverfahren serbischer Staatsangehöriger

2013 wurde in Belgien die niedrigste Anzahl von Asylanträgen serbischer Staatsangehöriger seit mindestens sechs Jahren festgestellt (Stand: November 2013).

Auch wenn die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe im Rahmen der Asylverfahren nicht erfasst wird, sind sich Vereine und Beratungsstellen darin einig, dass der Großteil der Antragstellenden serbischer Staatsangehörigkeit Roma sind.[5]

Zu diesem zahlenmäßigen Rückgang von Asylanträgen serbischer Staatsangehörige/r kommt eine Rate der zuerkannten Schutzberechtigung, die – wenngleich sie relativ stabil ist – nicht ansteigt. Im Jahr 2011, also bevor Serbien als »sicherer Herkunftsstaat« deklariert wurde, wurden 5% der Antragstellende die Flüchtlingseigenschaften zuerkannt. 2012 waren dies 5,2% und in den ersten drei Monaten von 2013 war die Rate 7,1%.

Schlussendlich haben im Jahr 2013 nicht mehr als einige Dutzend Roma in Belgien Schutz erhalten.



5) http://www.cire.be/thematiques/asile-et-protection/795-dissuasion-des-demandeurs-d-asile-serbes-le-droit-d-asile-en-danger
http://www.alterechos.be/index.php? p=dossier&n=357&l=1&c=a&d=i&art_id=23064&d_id=20130401_ae_roms_de_serbie_le_jeu_dangereux_de_la_belgique

links: Der Vater von Daniel lebte jahrelang in Deutschland.
Er möchte, dass alle sehen, wie er nun leben muss: Auf knapp zehn Quadratmetern in einer Hütte in der informellen Siedlung in Vidikovac. »Eine Katastrophe«, sagt er.

Am Rand des Belgrader Stadtteils Vidikovac liegt hinter einer Schnellstraße eine informelle Siedlung. Die Anzahl der BewohnerInnen ändert sich ständig. Im Juni 2013 leben hier mindestens 50 Familien. Kinder, Jugendliche, Erwachsene. Viele von ihnen sprechen deutsch.

unten: Daniel lebt mit seiner Familie in Vidikovac. Unterhalb der linken Schulter trägt er die Narbe eines Messerstichs. Sie ist nur eine sichtbare der vielen Spuren, die Neonazis in seinem und im Leben seiner Schwester hinterlassen haben.

Mosaik der Diskriminierungen

von Ivana Domazet und Martina Mauer

Teil 1

Der Diskurs über Flüchtlinge in Deutschland ist oft geprägt von Ressentiments wie der so genannten »Einwanderung in die Sozialsysteme« oder von der grundsätzlichen Anzweiflung der Legitimität von Fluchtgründen. Oft ist pauschal die Rede von »Asylmissbrauch« durch Menschen, die nach Deutschland kämen, um sich hier zu bereichern. Besonders betroffen davon sind Roma aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, die seit Einführung der Visafreiheit 2010 vermehrt als Asylsuchende nach Deutschland kommen. Dahinter liegen rassistische Vorannahmen, die einer ganzen Bevölkerungsgruppe unlautere Absichten unterstellen, während die individuellen Fluchtgründe und Schicksale der Menschen ausgeblendet werden.

Die Bundesregierung selbst bedient diese Vorurteile – gleichermaßen durch populistische Rhetorik in den Medien wie durch restriktive Verfahren gegenüber Asylsuchenden aus dem Westbalkan. So führte das Bundesinnenministerium im Dezember 2012 für AntragstellerInnen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien so genannte »Asyl-Schnellverfahren« ein, bei denen innerhalb kürzester Zeit eine Entscheidung ergehen soll. In den verkürzten Verfahren werden Qualitätsstandards unterlaufen und Fluchtgründe nicht mit der gebotenen Gründlichkeit geprüft. In der Folge werden die Asylanträge von AntragstellerInnen aus dem Westbalkan fast ausnahmslos abgelehnt und die Betroffenen rasch abgeschoben oder zur freiwilligen[1] Ausreise gedrängt.

Was aber sind die Hintergründe, vor denen Roma aus Serbien in die Staaten der EU fliehen? Was erwartet sie, nachdem sie aus Deutschland abgeschoben wurden oder »freiwillig« ausgereist sind und wieder in Serbien ankommen? Welche Möglichkeiten haben sie, für sich und ihre Familien ein Überleben zu sichern?

Diskriminierung, Armut und Migrationsbewegungen

Ein ganzes Bündel an Umständen sorgt dafür, dass Roma in Serbien abseits der Gesellschaft leben und obwohl sie als serbische StaatsbürgerInnen Rechte haben, diese nicht verwirklichen können. Strukturelle Diskriminierung, soziale Benachteiligung, Alltagsrassismus und teilweise auch offene Übergriffe führen zu weitreichendem gesellschaftlichen Ausschluss und einem Leben unterhalb der Armutsgrenze. In allen Orten, die wir bei unserer Recherchereise im Juni 2013 besuchten und in denen wir mit BewohnerInnen von Roma-Siedlungen sprachen – Bujanovac, Vranje, Pirot, Belgrad – ist die Armut mit bloßem Auge sichtbar. Die Menschen leben in unwürdigen Wohnverhältnissen in Abbruchhäusern oder Elendssiedlungen. Es fehlt ihnen an allem, oftmals können nicht einmal die Grundbedürfnisse gedeckt werden: Schwer kranke Menschen können die Kosten für Medikamente und Krankenbehandlung nicht aufbringen; Kinder gehen nicht zur Schule, weil ihre Eltern kein Geld für Bücher, Stifte und saubere Kleidung haben; Menschen, die in irregulären Siedlungen leben, müssen ohne fließendes Wasser, Strom oder Heizung auskommen.

Laut einem Bericht des UNICEF haben Romnija in Serbien eine Lebenserwartung zwischen 48 und 58 Jahren, während die Lebenserwartung der restlichen weiblichen Bevölkerung bei ca. 77 Jahren liegt.[2] Diese Differenz in der Lebenserwartung von über 20 Jahren zeigt deutlich, dass die katastrophalen Bedingungen, unter denen Roma in Serbien leben, eine Gefahr für Leib und Leben darstellen können.

1) Eine häufige Praxis der deutschen Ausländerbehörden ist es, Asylsuchende aus dem Westbalkan auf die Aussichtslosigkeit ihres Asylgesuches hinzuweisen und sie unter Androhung von Zwang zu einer »freiwilligen« Ausreise zu drängen. Vor der Alternative, eine mehrjährige Einreisesperre zu bekommen und für die teure Abschiebung aufkommen zu müssen, entscheiden sich viele Menschen, eigenständig auszureisen. Von einer »Freiwilligkeit« kann hierbei jedoch nicht die Rede sein.

2) UNICEF: Roma Early Child Inclusion Serbian Report, S. 46; http://www.romachildren.com/wp-content/uploads/2013/02/RECI-Serbia-Report.ENG_.pdf

Ein Großteil der Menschen, mit denen wir während unserer Recherche-Reise sprachen, hat Migrationserfahrungen: Viele sprechen fließend Deutsch und waren erst vor wenigen Monaten aus Deutschland abgeschoben. Sie waren aufgrund der Kriege der 1990er Jahre aus Bosnien, Serbien, Mazedonien oder dem Kosovo nach Deutschland geflohen. Andere waren erst nach Einführung der Visafreiheit nach Westeuropa migriert und nach wenigen Monaten nach Serbien zurückgekehrt. Wieder andere waren aus dem Kosovo und Mazedonien nach Serbien geflohen, als auch das so genannte »Rest-Jugoslawien« zerfiel. Diese Binnenflüchtlinge können auch Jahre nach ihrer Flucht in Serbien nicht ankommen und verbringen völlig unterversorgt viele Jahre in notdürftig gebauten oder baufälligen Häusern, ohne eine Aussicht auf Verbesserung.

Schließlich haben wir mit vielen gesprochen, deren Siedlungen in den Städten im Süden, aber vor allem in und um Belgrad herum aus städtebaulichen Gründen geräumt und abgerissen wurden, ohne Entschädigung oder angemessenen Ersatz. Einige wurden in Containersiedlungen untergebracht, die weit außerhalb der Stadt und damit abgeschieden von jeder sozialen Infrastruktur liegen. Dort harren sie jahrelang aus, ohne jede Perspektive auf ein Beschäftigungsverhältnis. Andere haben gar keinen Ersatz bekommen und waren gezwungen, in informelle Siedlungen im Wald und außerhalb der Stadtgrenze zu ziehen, ohne Wasser, Heizung, Strom oder Anschluss an die Kanalisation. Die selbst gebauten Hütten halten kaum den harten Witterungen in Serbien Stand und die Menschen dort befinden sich in einer hoffnungslosen Situation.

Die Weiterwanderung oder (erneute) Flucht in Staaten der EU ist für alle genannte Gruppen oft die einzige Chance, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Kehren sie nach Serbien zurück – aufgrund einer Abschiebung oder »freiwilligen« Ausreise – werden sie dort als so genannte »falsche« AsylantragsstellerInnen behandelt, die die Visafreiheit Serbiens gefährdeten und die Verhandlungen Serbiens in Sachen EU-Beitritt negativ beeinflussten. Die ohnehin tief verwurzelte staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung und ein selbstverständlicher Alltagsrassismus gegen Roma in Serbien bekommen dadurch Aufwind.

Rechtlich unsichtbare Roma

von Domitille Boulon

Laut einer Volkszählung von 2011 bezeichneten sich in Serbien 147.604 Personen selbst als Roma[1]. Allerdings gehen inoffizielle Schätzungen von 450.000 bis 500.000 Roma aus, die im Land leben. Die gleiche Volkszählung erwähnt, dass Serbien (ohne Kosovo) insgesamt eine Bevölkerung von 7.186.862 Menschen hat.

Mehrere tausend Personen, Erwachsene und Kinder, vor allem Roma, sind rechtlich in Serbien »unsichtbar«. Dies bedeutet, dass sie nicht im Geburtsregister eingetragen sind und dass sie bei späteren Verwaltungsverfahren ihr Geburtsdatum und ihren Geburtsort nicht beweisen können. Personen, denen Staatenlosigkeit droht, stoßen im Alltag auf viele Schwierigkeiten: Sie können ihre Rechte schwerer durchsetzen und haben einen erschwerten Zugang zur Schule oder der Gesundheitsversorgung... Im August vergangenen Jahres wurde ein beschleunigtes Verfahren durch das serbische Parlament verabschiedet, um die Nachmeldung im Geburtsregister zu erleichtern. Für die »unsichtbaren« Personen allerdings bringt diese Registrierung keinen Zugang zu ihren Grundrechten, da die serbische Staatsbürgerschaft eine Voraussetzung ist, um es zu genießen. Und Personen, die die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern nicht beweisen können, sind immer noch in Gefahr von Staatenlosigkeit.

Unterkünfte, Zwangsräumungen

Die Mehrheit der Roma leben in sehr schlechten Wohnverhältnissen. Im Jahr 2008 lag die Zahl der Roma-Siedlungen bei rund 600 mit einer Bevölkerung von 160,000[2], einschließlich 40.000 Personen, die in extremer Armut lebten. Häufig gibt es keinen Strom, keine Abwasser-Versorgung und kein sauberes und sicheres Wasser in der Siedlung.

In den letzten Jahren begann eine Politik der Verdrängung der Roma in die Außenbezirke von Städten oder in den Süden Serbiens. Daher werden Roma-Siedlungen regelmäßig gewaltsam geräumt. Meistens werden die Siedlungen ohne Vorwarnung oder nur nach kurzfristiger Benachrichtigung demontiert.

Die Rechte der betroffenen Bevölkerung wie der Schutz ihres persönlichen Eigentums wird nicht immer respektiert und nicht immer wird eine adäquate, alternative Unterbringung zur Verfügung gestellt.[3]

Die beiden größten Zwangsräumungen waren in Belgrad: Block 72, in Novi Beograd vom November 2011 bis März 2012 und Belvil von April bis Mai 2012.

Gesundheit

Der Gemeinschaft der Roma begegnen zahlreiche Probleme bezüglich ihrer Wohnverhaltnise, der Ernährung, des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und Gesundheits-Dokumenten, sanitärer Versorgung und Bildung. Die direkte Folge ist ein niedriger Gesundheits- und Lebensstandard. Vor 2010 war der Zugang zur Krankenversicherung vom Nachweis eines ständigen Wohnsitzes abhängig, was es für Tausende Roma ohne eingetragenen Wohnort verunmöglichte. Seitdem wurde das Verfahren vereinfacht und nun werden sowohl eine Selbsterklärung der Romani Staatsangehörigkeit wie eine Erklärung über den vorübergehenden Aufenthalts benötigt.

Ein weiterer Schritt nach vorn für einen besseren Zugang der Roma zur Gesundheitsversorgung ist die Einführung von Gesundheits-Mediatoren. Diese Gesundheits-Mediatoren sind Frauen aus der Gemeinschaft und sie fungieren als Verbindungsglied zwischen dem Gesundheitssystem und der Roma-Gemeinschaft.

Beschäftigung

Der Anteil der Arbeitslosen innerhalb der Roma-Gemeinschaft ist hoch. Die Mehrheit der Roma-Haushalte haben nur begrenzte Einnahmequellen (meist schlecht bezahlte und befristete Beschäftigungen wie Saisonarbeit in der Landwirtschaft und dem Bausektor oder Arbeit in dem grauen Bereich, die Wertstoff-Sammlung). Roma werden aus den öffentlichen und staatlichen Unternehmen ausgeschlossen.

Bildung, Segregation und inklusive Bildung

Die Roma-Bevölkerung in Serbien ist relativ jung. Doch der Prozentsatz der gebildeten Kinder ist viel niedriger der der Mehrheits-Bevölkerung. Nach dem Multiple Indicator Cluster Survey des Jahres 2005 (MICS 3, 2005), haben 95% der Kinder der Mehrheitsbevölkerung eine abgeschlossene Grundschul-Bildung, während dies bei der Gruppe der Roma nur 21% bis 37% der Kinder hatte. Ein Grund dafür ist, dass Kinder zum Familieneinkommen ab einem frühen Alter beitragen und die Familien oft nicht die finanziellen Mittel für den Schulbesuch der Kinder aufbringen können. Eine weitere Schwierigkeit ist die Sprachbarriere. Die begrenzten Serbisch-Kenntnisse derer mit Romanes als Muttersprache und das Fehlen von Schulen in dieser Muttersprache erschweren den Prozess. Die Sprachbarriere hat zur Folge, dass viele Roma-Kinder an spezialisierte Schulen geschickt werden. In einigen Schulen existieren getrennte Klassen aufgrund des Drucks der Nicht-Roma-Eltern oder dem Wunsch eines homogenen Lernlevels.

Übergriffe und Hatecrimes

Diskriminierungen gegenüber Roma bestehen auf allen Ebenen: beim Zugang zu Bildung, zur Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung oder Beschäftigung. Auch Fälle, in denen Leute einzeln von Diskriminierung und Gewalt betroffen waren, werden immer wieder berichtet.

In der Vergangenheit waren die häufigsten Fälle von Gewalt Angriffe von Gruppen junger Männer (Neonazis, Skinheads, Fußball-Hooligans usw.), Überfälle auf Roma-Siedlungen und die Zerstörung ihres Eigentums. In den letzten Jahren scheint es, dass rassistische Gewalt nicht nur von Randgruppen, sondern auch von Einzelnen aus der Mehrheits-Bevölkerung ausgeht. Wenn Vorfälle (wie Diskriminierung, Angriffe, Gewalt, Folter, etc.) auftreten, reagiert die Polizei nicht in effizienter Weise. Oft kommt die Polizei erst lange nach dem Vorfall und macht dann die Opfer für das verantwortlich, was passiert ist.

1) http://popis2011.stat.rs/?lang=en
2) Helsinki Bulletin, sept 2009 : http://www.helsinki.org.rs/doc/HB-No38.pdf
3) Praxis' Second Year Progress Report. 1 December 2011–30 November 2012. http://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/praxis%20second%20year%20report_contribution%20to%20social%20inclusion_december%202012.pdf

Belgrad.

oben: Im Vordergrund eine neue Mülltonne, in der der Müll unterirdisch gesammelt wird und so die Lebensgrundlage vieler unerreichbar macht.

Egal, was wir für eine Hautfarbe haben, wir sind auch Leute – spielt doch keine Rolle, ob wir schwarz sind oder weiß, oder was weiß ich wie.

Ich habe Arbeit gefunden – die zahlen 5 Euro von 8 bis 17 Uhr.

Der ärztliche Blick

von Andrea Vogel

Meine Aufgabe als mitreisende Ärztin war es, den Fokus auf die gesundheitliche Situation der in Serbien lebenden Roma zu richten. Folgende Leitfragen waren dabei von zentraler Bedeutung: Wie sieht die allgemeine medizinische Versorgung abgeschobener Roma aus? Wie ist die medizinische Versorgung in informellen Siedlungen? Und: Gibt es einen systematischen Ausschluss von medizinischer Versorgung?

In diesem Kontext besuchten wir verschiedene Roma-Siedlungen, haben mit den BewohnerInnen gesprochen und anamnestische Interviews geführt.

Allgemeine Daten

Im Vorfeld zeigten sich erschreckende Daten über die niedrige Lebenserwartung von Roma, die 10 Jahre unter der durchschnittlichen Lebenserwartung in Serbien liegt[1]. Serbische Roma-Frauen haben eine Lebenserwartung von 58 Jahren, das sind fast 20 Jahre weniger als die Lebenserwartung serbischer Frauen, die bei 76 Jahren liegt[2]. Die Kindersterblichkeit in der gesamtserbischen Bevölkerung lag 2005 bei 7,9 auf 1000 Geburten und war damit vergleichbar mit der Geburtensterblichkeit von anderen EU-Neuzugangsländern. Die Rate der Kindersterblichkeit in Roma-Communitys weicht mit einer Kindersterblichkeit von 29 auf 1000 Geburten drastisch und erschreckend hiervon ab[3]. In Bezug auf die allgemeinen Gesundheitsbedingungen zeigt sich eine deutlich niedrigere Impfrate bei Roma, ein niedrigeres Geburtsgewicht und eine allgemein mangelhafte Gesamternährungssituation. Dieser insgesamt sehr prekäre Gesundheitszustand wird durch erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung noch verstärkt[4].

Roma Health Mediatoren

Im Rahmen der Vorabrecherche bin ich auf sogenannte Roma Health Mediators (RHM) gestoßen und hatte gehofft, diese Mediatorinnen – es sind in Serbien tatsächlich rein weibliche Teams – einen Tag lang mit einer unserer Übersetzerinnen beim Besuch einer Roma-Siedlung begleiten zu können. Bei Ankunft teilte uns die Koordinatorin unserer Reise vom Regional Center for Minorities in Belgrad allerdings mit, dass es nicht möglich sei, eine RHM für einen Tag zu begleiten. Auch ein Gespräch oder Interview sei nicht möglich. Für ganz Belgrad, mit schätzungsweise an die 100 Roma-Siedlungen, steht eine einzige RHM zur Verfügung. Bei einem Besuch der NGO Zenski Prostor erfuhren wir, dass Roma Health Mediators mit VertreterInnen von NGOs nicht sprechen dürfen, da es sich um Regierungsangestellte handelt und die Regierung dies nicht wünscht.

Roma Health Mediators

Das Programm wurde 2008 vom serbischen Gesundheitsministerium in Kooperation mit der OSZE und dem Open Society Fund eingeführt[5]. In Serbien gibt es insgesamt 75 Roma Health Mediators, also etwa 1,25 pro 10.000 Roma[6].

Roma Health Mediators sind Romni, die nach einer kurzen Ausbildung für folgende Belange in Roma-Siedlungen zuständig sind:

– Hilfe bei der Beschaffung persönlicher Dokumente und einer Krankenversicherung
– Ermutigung, ärztliche Hilfe aufzusuchen und gegebenenfalls Begleitung zum Arzt
– Durchführung von Impfkampagnen
– Zuweisung zu geeigneten ÄrztInnen, Sozialämtern oder Schulen
– Gesundheitsaufklärung
– Vermittlung von medizinisch-pflegerischen Techniken wie z.B. die Einnahme komplexer Medikamentenpläne (sechsmonatige Tuberkulose-Therapie), Erste Hilfe Leistungen, Blutdruckmessungen u.ä.
– Weiterleitung an juristische Stellen bei Diskriminierung oder Menschenrechtsverletzungen in Gesundheitseinrichtungen.

1) Roma Health Rights in Macedonia, Romania and Serbia. A baseline for legal advocacy. June 2013 unter: http://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/Roma%20Health%20Rights%20in%20Macedonia%20Romania%20and%20Serbia_OSI.pdf

2) Daten des Institute for Economic Research von 2009, zitiert nach: Open Society Foundations/Roma Education Fund/UNICEF: Roma Early Childhood Inclusion, London/Budapest/Genf 2012, S. 46, siehe: http://www.romachildren.com/wp-content/uploads/2013/02/RECI-Serbia-Report.ENG_.pdf

3) UNDP »Human Development Report Serbia 2008«, accessed on 10/11/2009 at: http://www.undp.org.rs/download/nhdr2008_eng.pdf

4) Roma Health Mediators, successes and challenges, Oktober 2011, Open Society Public Health Program, S. 19.

5) Marcovic, Milan M. http://www.academia.edu/1836806/Health_Status_and_Health_Rights_of_the_Roma_Minority_in_Serbia

6) European Commission (2011). Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and social Comitee and the Comitee of the Regions COM (2011) 173 final.

Bedingt durch diesen sehr verengten Beobachtungskorridor beschränkte ich mich beim Besuch der Siedlungen darauf, die Augen offen zu halten für augenscheinliche medizinische Probleme, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und sie nach ihren Erfahrungen mit dem Gesundheitssystem zu fragen. Zusammenfassend ergab sich vor Ort für mich folgendes Bild:

Wohnverhältnisse

Wir haben sehr unterschiedliche Siedlungen bzw. Roma-Viertel besucht, darunter waren Siedlungen, die man als Slum-Siedlungen bezeichnen muss. Dazu gehören z.B. Vidikovac, die IDP-Siedlung in Bujanovac oder die wenigen übriggebliebenen Hütten der ehemals großen, informellen Siedlung Belvil in Neu Belgrad. Wir besuchten aber auch einen Roma-Stadtteil in Vranje mit einem stattlichen Marktplatz, inklusive Denkmal und an den Hang geschmiegten, zwei- oder dreistöckigen, meist unverputzten, nicht ganz fertiggestellten Häusern, mit Außentreppen ohne Geländer und Balkonen, die mit ihrem nackten Beton und ebenfalls ganz ohne Geländer eher Sprungbrettern in einem Freibad ähneln. Das dörflich wirkende Viertel in Pirot mit seinen an Gartenlauben erinnernden einstöckigen Häusern hat wiederum einen anderen Charakter.

Ich erwähne diese verschiedenen Siedlungen, da sich aus den unterschiedlichen Wohnverhältnissen spezifische Gesundheitsprobleme ergeben. Was die eben beschriebenen Siedlungen in ihrer Unterschiedlichkeit alle verbindet, ist der fehlende Anschluss an das lokale Wasser- und Abwassernetz sowie der fehlende Anschluss an die Müllabfuhr. Es gibt keine geteerten oder gepflasterten Straßen und das Stromnetz ist nicht regulär verlegt. Auch in Vranje fließt das Spülwasser einfach auf die unbefestigte Gasse und bei Regen verwandelt sich der steile Sand- und Schotterweg in einen Schlammbach. Aus dem Wasserhahn kommt dort zwar fließendes Wasser, aber nur weil im Keller ein großer Wassertank steht. Dieses »Trinkwasser« unterliegt keinerlei Qualitätsprüfungen, medizinisch bedenkliche Keimzahlen oder Schadstoffmengen werden so nicht erfasst.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist weitaus weniger sichtbar und besteht darin, dass Roma, unabhängig von ihrer Wohnform, wie uns mehrfach berichtet wurde, immer wieder Beleidigungen, Beschimpfungen und teilweise gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind. Dazu kommt die brutale staatliche Praxis der Zwangsräumungen oder »Verlegung« informeller Siedlungen, die ebenfalls traumatisch sein können. So ist dies ein Leben vor einem Hintergrundrauschen bewusster oder unbewusster Angst, vor Demütigung, Gewalt, Räumung und ein täglich – in unterschiedlichem Ausmaß – zu führender Existenzkampf.

Dieser Umstand trägt dazu bei, dass auffällig viele Roma, wenn nicht die meisten, im mittleren Alter vorgealtert sind. Meistens war das tatsächliche Alter unserer Gesprächspartner um die 8 – 10 Jahre niedriger als das geschätzte. Alte Menschen, um die 70 oder älter, haben wir, bis auf eine Frau, nicht gesehen.

Auffällig war ebenfalls in allen Siedlungen, dass kaum medizinische Hilfsmittel, wie Brillen, Okklusionspflaster für schielende Kinder, Hörgeräte, Rollatoren, Rollstühle etc. zu sehen gewesen sind, dafür z.B. selbstgebaute provisorische Gehhilfen und ebenfalls selbstgemachte, teilweise alte Verbände und Pflaster. Die Zähne der meisten BewohnerInnen sind fast »selbstverständlich« sehr unvollständig und unsaniert; nur bei älteren Leuten zeugt der ein oder andere Goldzahn von vielleicht etwas besseren Zeiten.

Behinderte Kinder erhalten keine spezielle Förderung oder Physiotherapie, im Gegenteil scheint es eine Strategie zu sein, diese Kinder aus dem Familienzusammenhang heraus zu nehmen und in Heimen unterzubringen. In Vidicovac sahen wir eine tobende und lachende Geschwisterschar, wobei die drei Schwestern ihren kleineren Bruder stets im Arm hielten. Die immer noch fassungslose Mutter erklärte uns, dass am Morgen unseres Besuches Leute vom Amt dagewesen seien, die ihren Sohn aufgrund einer Behinderung haben mitnehmen wollen. Mit vereinten Kräften konnte dies an jenem Tag verhindert werden und die Geschwister ließen ihren Bruder nun buchstäblich nicht mehr los.

Obwohl es mittlerweile ein Gesetz gibt, das ermöglicht, auch ohne eine offizielle Adresse Identitätspapiere und eine Krankenversicherung zu erhalten, wird dies nicht von allen offiziellen Stellen so praktiziert und es gibt immer noch einen großen Anteil von Roma, der nicht krankenversichert ist.[7]

Aber auch mit Krankenversicherung scheint der Weg in die Gesundheitszentren nicht einfach zu sein. Zum einen fehlt meist das nötige Geld für den öffentlichen Nahverkehr bzw. straßentaugliche Autos, zum anderen gibt es oft persönliche Erfahrungen oder Berichte von Bekannten über diskriminierende Behandlungen in Gesundheitszentren[8]. Medizinisches Personal beleidigt Roma, insbesondere durch respektlose Bemerkungen über deren Kultur, Hygieneverhalten oder reproduktives Verhalten[9]. Was wir ebenfalls überall hörten, war, dass die Zuzahlung für die verordneten Medikamente nicht aufgebracht werden kann.

Sonderfall Containersiedlung

Einen Sonderfall stellen die formellen Containersiedlungen dar, von denen wir eine kleine in Kijevo, am Stadtrand von Belgrad, besucht haben. Die Container stehen dort auf festem, betonierten Untergrund. Es gibt eine Wasserstelle mit vier Wasserhähnen, um die sich eine sehr große, flache Pfütze auf dem Beton gebildet hat, die einen idealen Lebensraum für Mückenlarven darstellt. Auf dem Gelände gibt es einen völlig überlasteten und unbenutzbaren Toilettencontainer für circa 40 Familien. Aktuell leben in der Siedlung in Kijevo Menschen, die zuvor in der großen informellen Siedlung Belvil in Belgrad gewohnt haben, bevor diese im April 2012 zerstört wurde und über 1000 Erwachsene und Kinder zwangsgeräumt wurden. Auf die Frage, wie das Leben hier sei im Vergleich zum Leben in Belvil, gibt es Achselzucken, »ja, vielleicht etwas sauberer, das ist es schon«. Ein Mann zeigte uns die Tagesration Eintopf, die täglich in Plastikeimern ausgeliefert wird. Das Essen sei fettig und wenig bekömmlich und es gebe nichts anderes als Eintopf.

Die Containersiedlung Kijevo wird von einer Roma Health Mediatorin besucht und mit Hilfe dieser Mediatorin haben alle dort lebenden Leute Papiere und sind auch krankenversichert[10]. Es war die einzige Siedlung, wo wir mit Menschen gesprochen haben, die in Serbien eine komplexe medizinische Behandlung erfahren haben und zum Teil auch operiert wurden. Ich habe dort beispielsweise mit einer Frau gesprochen, die eine frische Narbe am Hals hatte von einer drei Monate zurückliegenden Operation an einer verengten Halsschlagader. Eine andere erzählte von ihren zwei großen Bauchoperationen mit Anlage eines künstlichen Darmausganges wegen Darmkrebs. Sie erhält ambulante Chemotherapie im nächsten Krankenhaus. Aber begleitende psychosoziale Unterstützung erhält sie nicht, ebenso wenig wurde sie von den behandelnden ÄrztInnen grundsätzlich über ihre Erkrankung, deren Verlauf und Heilungschancen aufgeklärt.

7) Der Film »Aus dem Leben eines Schrottsammlers« (2013) von Danis Tanovic zeigt dies eindrücklich am Beispiel einer bosnischen Romafamilie. Weitere Filme auf http://romadnes.wix.com/romadnes#!trailers/c1747

8) Schaaf, M. (2010). Roma Health. In: Poverty and social exclusion in Europe, health system respond. Copenhagen: World Health Organization.

9) Silvia Vrinceanu, (2012) Playing Russian roulette with Roma Health, unter www.opensocietyfoundations.org/voices/playing-russian-roulette-roma-health

10) RHM, Serbia http://vimeo.com/26003516, von Milutin Jovanovic

Unisono wurde uns gesagt, dass die Container feucht seien. Der Dampf vom Kochen im Container sammle sich an der Decke und rinne auf den Boden. Die Ecken müsse man häufig trockenwischen und es entstünde schnell Schimmel. Eine Frau berichtete uns, dass ihr vierjähriges Kind, wie auch einige andere Kinder dort, Atem-Probleme bekommen haben seitdem die Familie hier wohne. Ihr sei daraufhin ein Inhalationsgerät zur Verfügung gestellt worden. Der Umzug in eine Wohnung – die einzig nachhaltige Lösung für das Problem – ist der Familie aber nicht angeboten worden.

Wie auch in den allerärmsten informellen Siedlungen haben wir dort zahlreiche Kinder mit kranker Gesichtshaut gesehen. Die Haut hat ein fleckiges Aussehen, wobei die helleren Flecken narbige Reste lang bestehender Hautinfektionen sind. Dazwischen sind bakteriell superinfizierte, verkrustete Schwellungen auf dem Boden von Insektenstichen oder kleinerer Verletzungen zu diagnostizieren. Diesen Wunden ohne eine hygienische Basisausstattung mit Badezimmer, fließendem Wasser und einer Waschmaschine beizukommen, ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Etwas seltener sieht man verklebte Augenlider als Folge (noch) nicht behandelter Bindehautentzündungen.

Insgesamt entstand der Eindruck, dass sich in dieser formellen Siedlung zumindest formal um die Gesundheit gekümmert wird und zwar nicht nur im Sinne einer punktuellen Notfallversorgung bei akuten Problemen wie wir es anderenorts angetroffen haben. Offensichtlich ist hier zwei Symptomen, wie beispielsweise »Schwindel« (bei der halsschlagaderoperierten Patientin) und »Blut im Stuhl« (bei der Darmkrebspatientin), auf den Grund gegangen worden und ursächlich behandelt. Und dennoch: Im Zusammenhang mit medizinischen High-End-Behandlungen einerseits wirkt die Unterbringung von Familien in Containern und die Entlassung der PatienInnen in diese Wohnsituation andererseits zynisch. Diese Blechkisten, die sich im Sommer schonungslos aufheizen und im Winter wegen fehlender Isolierung kaum zu beheizen sind, die wegen schlechter Luftzirkulation und Feuchtigkeit zu Bronchitis und Alveolitis führen können, passen in keiner Weise in das Bild der von der Regierung beschworenen Health Equity (Gesundheitsgerechtigkeit).

Ärmste Informelle Siedlungen/Slums

In der Siedlung im südserbischen Bujanovac, wo Binnenflüchtlinge aus dem Kosovo leben, scheinen die Menschen dagegen völlig ihrem Schicksal überlassen zu sein. Dort war die Mehrzahl der Erwachsenen unterernährt, viele Kinder barfuß oder mit kaputten Schuhen, Babys ohne Windeln auf dem Arm ihrer Mutter. Dort hat uns eine Mutter berichtet, dass ihr Kind schon seit sechs Monaten in einem Belgrader Krankenhaus sei, sie habe keine Möglichkeit es zu besuchen. Der Verdacht liegt nahe, dass das Kind eine offene Lungen-Tuberkulose hat und es deswegen für solch einen langen Zeitraum, von der Familie getrennt, im Krankenhaus sein muss. Die Mutter hat jedoch keine Informationen über das Wohlergehen ihres Kindes. Beim Anblick dieser vielfach hustenden, mageren Menschen besteht der klinische Verdacht, dass es auch hier Lungen-Tuberkulose-Fälle geben könnte. Eine Gemeindeschwester oder Roma Health Mediatorin besuche die Siedlung nach Aussage der BewohnerInnen nicht. Wir erfuhren, dass in dieser Siedlung vor etwa einem Jahr Hepatitis A ausgebrochen war, was nicht erstaunt, da hier der Abwassergraben in Nähe der Gemüsebeete verläuft. Es gebe auch immer wieder kleinere Epidemien von Durchfallerkrankungen. Hier stehen die Hütten dicht an dicht und dazwischen wird wegen fehlender Entsorgung Müll verbrannt, dadurch entsteht mitten im Wohngebiet beißender Rauch, der zu Reizhusten führt. Obwohl es erschreckend ist, dass gerade hier keine niedrigschwelligen Gesundheitsangebote gemacht werden, scheint dieses existenzielle Recht auf medizinische Versorgung fast zweitrangig hinter den viel dringenderen Problemen von Unterernährung, Versorgung mit fließendem Trinkwasser, Anschluss ans Abwassersystem und Wohnraum sowie Schulbildung für die Kinder. Die Not wird aber in Zukunft noch weiter verstärkt werden durch die Einführung neuartiger Müllcontainer, die das Sammeln von Recyclingmaterial, die oft einzige Einnahmequelle, nahezu unmöglich machen wird. Dadurch wird diese anstrengende und verletzungsträchtige Tätigkeit noch beschwerlicher und durch die weiteren Wege, die zurückgelegt werden müssen, noch weniger lohnend.

In diesen Siedlungen gab es auch Leute, die nicht mit uns sprechen wollten. Menschen, die zerbrochen sind an den unwürdigen Lebensbedingungen, die apathisch wirkten und depressiv. Nur ein einziger Mann war betrunken, wahrscheinlich ist Alkoholismus zu teuer.

Dass es für psychische Erkrankungen und psychosomatische Beschwerden Verständnis und Therapie gibt, ist fast undenkbar. Fest steht nur, dass es nicht stimmt, was uns Ivan Gerginov vom serbischen Kommissariat für Flüchtlinge gesagt hat: dass kein Roma von medizinischer Versorgung ausgeschlossen sei und jeder Mensch in Serbien gleichermaßen zum Arzt gehen könne. Und für diese Menschen, die es am allernötigsten bräuchten, stimmt es am allerwenigsten.

Gesundheitsversorgung von aus Deutschland abgeschobenen Roma

In Pirot führten wir ein ausführliches Gespräch und eine medizinische Anamnese mit Herrn M. durch, der 2011 aus Hamburg nach Serbien abgeschoben wurde.[11] Herr M. hat in Deutschland eine hypertensive Herzkrankheit bescheinigt bekommen, das bedeutet, dass sein Herz durch den langjährig bestehenden Bluthochdruck bereits strukturell geschädigt ist. Die Therapie, die in erster Linie das Fortschreiten dieses pathologischen Prozesses verhindern soll und im besten Falle sogar die Herzkraft verbessern kann, besteht in einer konsequenten, optimalen Einstellung des Blutdrucks. In Hamburg wurde im Rahmen eines kardiologischen Attestes ein Belastungs-EKG durchgeführt, indem bei einer körperlichen Belastung von 75 Watt der Blutdruck auf gefährliche Werte (210/100 mmHg) ansteigt. Zusammenfassend wurde zu einer engmaschigen, kardiologischen Weiterbehandlung in Serbien geraten. Darüber hinaus wurde entschieden, dass Herr M. nur in Begleitung eines Arztes abgeschoben werden darf.

Dass genau diese notwendige kardiologische Betreuung nicht stattfindet, konnte Herr M. eindrücklich belegen, mit einem Bündel handschriftlicher Durchschläge, die er bei wiederholten Besuchen im örtlichen Gesundheitszentrum wegen symptomatischer Blutdruckkrisen erhalten hatte. Dort wurde jeweils mit Notfallmedikamenten der Blutdruck kurzfristig gesenkt, aber eine Weiterleitung an einen Kardiologen oder zumindest einen Allgemeinarzt, der um die Blutdruckeinstellung langfristig bemüht ist, erfolgte nicht. Dies ist ein weiterer Ausdruck der Substandardbehandlung, die Roma im serbischen Gesundheitssystem erfahren.

Herr M. ist trotz seiner Herzerkrankung gezwungen, körperlich hart zu arbeiten. In einer anstrengenden Prozedur trennt er Gummireifen von einem Metallring.

11) Seine Migrations- und Familiengeschichte ist in einem taz-Artikel vom 17.08.2013 prägnant beschrieben worden.

Diese Tätigkeit übersteigt die geringe Belastung von 75 Watt und dadurch sind regelmäßig schädlich hohe Blutdruckwerte die Folge, die auch in den Besuchen im Gesundheitszentrum dokumentiert sind. Dies wiederum wird auch zum Fortschreiten seiner Herzerkrankung beitragen.

Die Medikamente, die Her M. dringend einnehmen sollte, kosten im Monat ungefähr 10 Euro an Zuzahlungen. Das ist für diese Familie ein schmerzhafter Betrag. Damit die Medikamente trotzdem gekauft und eingenommen werden, bedarf es einer ausführlichen Aufklärung über die negativen Folgen, die eine Unterlassung der Einnahme bedingen. Nämlich das drastische Ansteigen des kardiovaskulären Risikos, also die Gefahr für Herzinfarkt, Schlaganfall und plötzlichen Herztod – aber darum scheint sich in Serbien niemand zu kümmern.

Selbst serbische Nachbarn wissen kaum den Weg: Hinter Bahnschienen, mitten im Industriegebiet liegt in Kijevo eine Container-Siedlung. 30 Roma-Familien lebten hier im Juni 2013. Es ist die offizielle Alternative für inoffizielle Hütten-Siedlungen – in diesem Fall für einige derjenigen, die 2009 aus Belvil zwangsgeräumt wurden.

mitte: Auf der Internetseite der Firma Euromodul finden sich unzählige Fotos von Wohncontainern. Weder in Bild noch in Text werden die Container als langfristiger Wohnraum bezeichnet. Alle, mit denen wir sprechen, leben seit vier Jahren in den Containern.

Kijevo.

Wie ein großes Im-Stich-Lassen

von Andrea Vogel

BUJANOVAC. Nach einer kurzen Pause in einer lebendigen, bunten Straße, wo wir uns beim Bäcker Börek gekauft hatten, fahren wir ins Romaviertel. Ganz abrupt ändert sich nach einer Brücke über einen kleinen Fluss das Stadtbild, wir parken am Straßenrand, steigen aus und sind sofort inmitten einer völlig anderen Szene. Kaum sind wir ausgestiegen, werden wir umringt von sonnengebräunten, dünnen Jungs, teilweise auf Rennrädern, die uns gleich auf deutsch ansprechen. Dörfliche Atmosphäre, wie vor hundert Jahren. Die Straße ist staubig, hellbraun, unbefestigt, bei Regen eine Schlammbahn. Die Häuser sind aus Stein gebaut, oft zweistöckig, unverputzt, mit Wellblech- oder Ziegeldächern, in den meisten Fensterhöhlen sind Glas-Fenster, manche sind mit Plane verhängt. Die Häuser hier haben alle ein klar begrenztes Grundstück umgeben von Mauern, Zäunen, Toren. Dahinter oft ein paar Quadratmeter Kartoffelacker in ordentlich angehäufelten Reihen, die Erde ist hell und trocken, die Pflanzen für Anfang Juni noch mager. Es gibt auch graue Gänse in großen Käfigen und einige freilaufende Hühner. Entlang der staubigen Straße steht das Abwasser, grau und trüb vom Waschpulver und stinkt dennoch in den blassen Himmel. Die hohen Brennnesseln daneben sind buschig und dunkelgrün. Ich habe einen Kloß im Hals von soviel Armut.

An der Wegkreuzung ist ein Obst- und Gemüsestand mit kleinen Gurken, Bohnen, Kartoffeln, winzigen Kirschen und Zwiebeln. Auf den Wegen fahren Leute mit selbstgebauten Vehikeln, großen knatternden Dreirädern mit Traktorschnauze und transportieren Karton, Altmetall…

Einer der Anwälte ist im Gespräch mit einigen Jungs – auf deutsch, ich geselle mich zu der Gruppe und in einer Gesprächspause frage ich plump mit heiserer Stimme sowas wie: »Na, wie ist das eigentlich so mit der gesundheitlichen Versorgung?«

»Gesundheit ist kein Problem, alles gut«, grinst mich einer mit lückenhaftem Gebiss breit an. Nach einer kleinen Pause sagt er mit großer weltmännischer Geste: »Es ist ganz einfach: hast du Geld, bist du gesund, hast du kein Geld, bist du krank.« (Ich schlucke: doofe Frage, schlaue Antwort).

Jemand bittet mich mitzukommen in einen anderen Siedlungsteil, eine IDP-Siedlung (internally displaced persons) von Kosovo-Flüchtlingen. Ich gehe über die Staubstraßenkreuzung, eine langegezogene Kurve entlang, vorbei an weiteren grauen unverputzten Mauern, hinter dem Abwasserkanal mit der Brennnessel-Begrenzung und gehe auf eine weite grüne Landschaft zu, eine steppenartige Fläche, die sich zum Horizont hin in grüne Hügel und Berge erhebt. Eine endlose Weite und darüber ein von dunkelgrauen, schweren Wolken verhangener Himmel. Von weitem sehe ich eine große Menschenansammlung auf einem Platz. Der Platz besteht aus zertretenem Sauerampfer, Grasbüscheln und Staub, ist teilweise mit Kartons ausgelegt und umgeben von Hütten aus Müll, dicht an dicht. Viele Kinder toben herum. Ein vielleicht siebenjähriges Mädchen mit störrischen, langen braunen Haaren und intensivem Blick tanzt wie ein Popstar vor der unendlichen Kulisse barfuß im Staub mit einem am Saum ausgerissenen Jersey-Kleid mit drei schrägverlaufenden breiten Blockstreifen: schwarz, orange, weiß. Es ist das Kleid von der dänischen Modefirma »minimum«, das ich letztes Jahr vergeblich versucht habe im Netz zu ergattern. *Minimum*. Das hier reicht nicht an irgendein Minimum heran, kein Minimalstandard von Wohnqualität, Schutz, Infrastruktur, Ernährung, Wasser- und Abwassersystem, Stromversorgung. Vom Zugang zu Schul- und Berufsausbildung und medizinischer Versorgung ganz zu schweigen. Ein Hoffnungsschimmer ist diese scheinbare Freiheit, die Schönheit der Landschaft, die phantasierte glückliche Gemeinschaft der vielen spielenden Kinder. Doch die Erwachsenen sind erschreckend mager, die Augenhöhlen tief, die Schlüsselbeingruben tiefer, die Hüftknochen markant. Die Frau, wegen der ich dazukommen sollte, trägt ein Kleinkind ohne Windel an ihrer Seite. Sie erzählt einer Übersetzerin verzweifelt, dass eines ihrer Kinder seit acht Monaten in Belgrad in einem Krankenhaus sei, sie wisse nicht, wo und warum, sie habe kein Geld um nach Belgrad zu fahren und es zu suchen. Es sei dort wegen einer Krankheit. Die Frau neben der erzählenden hustet stark. Tuberkulose? Auch das wäre eine Erklärung für die unterernährten Menschen hier. Einige haben gelbe Konjunktiven, auch Hepatitis A wäre wahrscheinlich bei fehlender Kanalisation. Verstohlen schaue ich auf die Hütten, den Boden. Wie ist es hier im serbischen Winter, wie kann man hier überleben?

Jetzt fängt es in dicken, kalten, vereinzelten Tropfen an zu regnen. Unsere Reisekoordinatorin kommt unter einem Klappschirm herbeigeeilt, wir müssen weiter, der Zeitplan.

Schnell steigen wir in unsere Busse, der Regen prasselt aufs Dach, als wir wenden und die Siedlung hinter uns verschwindet. Und dieses Wegfahren fühlt sich an wie ein großes Im-Stich-Lassen.

Eine der Anwältinnen bietet die Kirschen an, die sie an dem Marktstand gekauft hat, und beklommen esse ich ein paar. Sie sind sauer und überdecken nur kurz den schalen Nachgeschmack, den dieser Besuch hinterlässt. Das kann nicht so bleiben, darf nicht so bleiben. So wie diese hundert Menschen am äußersten Rand der Roma-Siedlung leben, soll niemand leben müssen.

Wir spielen Privatsphäre

von Andrea Vogel

KIJEVO Einer der Fotografen holt mich, eine Frau wolle mich sprechen. Ich frage ihn ob er übersetzen könne – klar. Wir betreten den Wohncontainer des Paares A. und D.

Links neben der Tür ein alter brummender Kühlschrank mit Gefrierbox, daneben ein Herd. Gegenüber der Tür eine schmale Wohnzimmervitrine aus dunklem Holz mit einer Glasschiebetür in der Mitte, dahinter Mokkasammeltässchen mit Rosenmotiv auf gehäkelten Deckchen. Die Sonne scheint, es ist sauber, ruhig, fast friedlich.

Nach ein paar Begrüßungsworten ziehen sich die Männer dezent zurück. Wir sind unter uns.

Ich spreche weder serbisch noch romanes, sie weder deutsch noch englisch – wir lächeln uns an. Wir verstehen uns.

Sie trägt ein fast knöchellanges Nachthemd mit blassen Blumen und Hausschuhe. Sie ist dünn und faltig, ihre Augen glänzend. Auf dem Nachthemd streifen meine Augen einen kleinen milchkaffeebraunen Fleck oberhalb der linken Hüfte.

Sie fasst mich am Handgelenk und zieht mich weg von der Tür. Wir spielen Privatsphäre. Die Tür bleibt offen, Kinder laufen draußen vorbei. Sie hebt ihr Nachthemd hoch und über ihren gesamten Bauch erstreckt sich eine rosaglänzende wulstige frische Narbe. Am linken Unterbauch klebt ein transparenter Plastikbeutel über einem künstlichen Darmausgang.

Es ist alles so wie es sein soll, der Stuhl ist im Beutel, die Haut um den Beutel ist nicht entzündet, die Narbe verheilt. Und doch ist hier nichts wie es sein soll.

Es ist ihr sehr unangenehm, die Angst vor Gerüchen, unkontollierbaren Geräuschen. Ich kann sie beruhigen: Es riecht nicht. Sie legt sich auf das schmale Sofa am anderen Ende des Containers, und zeigt mir, wo die Narbe drückt. Heute habe ich mein Stethoskop nicht dabei, das ist aber nicht schlimm. Um den Darm abzuhören, lege ich mein Ohr auf ihren Bauch, erst rechts, oben dann rechts unten, links oben und links unten: meine Wange liegt auf dem AP-Beutel, der Darm gluckst wie vergnügt, alles ist gut. Ihr Bauch ist ganz weich, nur die Narbe ein harter Riegel. Narbensalbe wäre gut. Gibt es nicht. Luxusmedizin.

Sie lacht erleichtert und versteht, dass alles soweit in Ordnung ist. Sie steht auf, streicht über mein Haar, bedankt sich und holt von einem Regal einen Ordner mit Dokumenten. Sie zeigt mir Arztbriefe. Ich verstehe, sie wurde zweimal operiert, beim ersten Mal wurde der Tumor nicht ganz entfernt, daher eine zweite große Operation. Ein sehr großer Krebs T4. Ich schlucke. Aber keine Fernmetastasen, ein Trost.

Sie sagt, dass am Montag die Chemotherapie beginnt. Und sie hat Angst vor der Übelkeit, vor den Schmerzen.

Ich hole wieder den Fotografen dazu, mir ist wichtig, dass sie genau versteht, dass es gut ist, dass der ganze Krebs jetzt rausoperiert wurde, dass sie keine Metastasen hat. Dass die Chemotherapie heute gut verträglich ist und dass sie aber sofort Bescheid sagen soll, falls sie doch Übelkeit bekommt.

Sie wird mit dem Bus zur Chemotherapie fahren und danach wieder zurück in ihren Container. Ihren kleinen Container ohne Waschbecken, ohne Toilette, ohne fließendes Wasser. Ohne Bett.

Wo kann sie sich ausruhen? Wo kann sie ihren Mund ausspülen, wenn sie erbrochen hat? Wo wird sie schlafen? Wo ist die Waschmaschine? Wird sie eine Mütze oder ein Tuch um den Kopf tragen, wenn ihre langen Haare ausgefallen sind? Wird eine Ärztin sie besuchen, wenn sie elend sein wird?

Gar nichts ist in Ordnung.

Bitterkeit steigt in mir auf. Um mich aufzumuntern sage ich, sie hätte doch Glück, sie müsse als Einzige nicht die schlimmen Toilettencontainer benutzen. Wir lachen alle ein bisschen. Aber dann sagt sie, dass sie als einzige eine eigene Toilette hätte.

Der Mann holt Gläser vom Regal und aus dem Kühlschrank Apfelsaft. Die Tür fällt wieder auf und gibt den Blick frei auf Hühnerbeine in Plastik, eingemauert in den ewigen Schnee des Tiefkühlfaches ohne Klappe. Darunter Radieschen, kleine Gurken, Tomaten, hellgrüne Paprika.

Der Apfelsaft schmeckt lecker und ist eiskalt.

Resigniert, kraftlos, müde

von Andrea Vogel

VIDIKOVAC Es hat sich herumgesprochen, dass ich Ärztin bin und ich werde von einem jungen Mädchen auf deutsch gebeten, mitzukommen um mit einem sehr kranken Mann zu sprechen, er könne nicht mehr laufen und zittere immerzu. Wir laufen quer durch die Siedlung, zwischen Müll und Matschlachen finden wir unseren Weg, ein schrottreifes Auto hoppelt rasant über einen der Hauptwege. Vor der Hütte angekommen, ziehe ich meine Schuhe aus und schaffe es, ohne mit den Socken in den Matsch zu treten, in die mit Teppich ausgelegte kleine Hütte zu gehen. Drinnen ist es dunkel und eng. Die Hütte ist quadratisch. Mit dem Rücken zur Wand können an den drei Seiten der Hütte, an denen sich weder Tür noch Fenster befinden jeweils drei Leute sitzen, so bleibt in der Mitte ungefähr ein Quadratmeter freier Teppich. Einen Tisch gibt es nicht, die Kochstelle und die »Badezimmer-Waschküche-Spül-Wanne« befinden sich vor der Hütte. In einer Ecke sitzt der kranke Mann, daneben eine seiner Töchter, neben der ich Platz finde. An der anderen Wand sitzt eine unserer Übersetzerinnen, die Frau des Patienten und eine Schwester, an der anderen Wand hockt noch ein Mädchen auf dem Boden, ab und an schaut jemand durch die mit einer Wolldecke verhangene Tür herein.

In dieser Hütte leben sechs Personen, ich versuche mir kurz vorzustellen wie man die Hütte Nacht für Nacht in einen 6-er Schlafraum verwandelt. Er lebt hier seit 5 Jahren. Neben der Tür türmt sich ein hoher Stapel aus Polstern, zusammengeklappten Feldbetten und Decken.

Der Patient sitzt schwer in der Ecke, er wirkt aufgedunsen, resigniert, kraftlos, müde. Seine Hände und Beine zittern unaufhörlich, die Mundwinkel hängen tief, die Lider sind halbgesenkt. Ich schätze ihn auf Mitte 50.

42 Jahre alt sei er, wird übersetzt. »Ja, 42, und er ist wie ein alter Mann«, sagt die Frau des Patienten, er könne kaum noch gehen, er zittere, niemand könne ihm helfen, immer wieder würden sie zum Gesundheitszentrum gehen, aber die Ärzte dort seien unfreundlich und hätten keine Zeit. Andere Ärzte könnten sie sich nicht leisten. Im Gesundheitszentrum würden sie ihn immer wieder mit neuen Medikamenten abfertigen, aber die seien teuer, 10 Euro im Monat, und damit praktisch unerschwinglich. Sie würden außerdem nicht helfen, er nehme sie regelmäßig ein, aber das Zittern werde sogar eher noch schlimmer. Ich lasse mir die Medikamente zeigen, aus dem halbdunklen Nichts ohne sichtbare Regale und Schränke werden sie mir sofort gereicht. Haldol, ein Neuroleptikum und Levodopa, ein Mittel gegen Morbus Parkinson. Zwei Medikamente, die ich nicht für gerechtfertigt halte und deren Kombination nicht sinnvoll ist. Ich frage genauer nach, seit wann die Symptome bestehen, fasse mir ein Herz und frage nach Depressionen und Angst. Ja, er sei niedergeschlagen, er wisse nicht wie es weitergehen soll. Die Frau sagt, er könne nichts machen, er könne nicht mal Wasser holen gehen an der nahe gelegenen Baustelle. Nach wenigen Metern könne er nicht weiter gehen, müsse stehen bleiben, da er Schmerzen in den Beinen habe.

So langsam kann ich die Symptome verschiedenen Krankheiten zuordnen. Ich frage nach traumatischen Erlebnissen. Ja, es habe Angriffe auf die Siedlung gegeben, seitdem habe er Angst. Anhalt für Wahnvorstellungen finde ich nicht. Ich untersuche ihn gründlich und finde keinerlei Zeichen für einen Morbus Parkinson, allerdings kühle Zehen.

Schließlich hole ich Luft und setze an zum Therapievorschlag, einer Therapie ohne gefüllten Medikamentenschrank. Die Medikamente solle er beide für 4 Wochen absetzen und statt dessen verordne ich Gehtraining. Täglich aus der Hütte raus und so weit laufen bis es weh tut, und dann täglich ein bisschen weiter, bis er es wieder zur Wasserstelle schafft. Keine Zigaretten und das Zittern weiter zittern lassen. Wir scherzen, plötzlich ist da ein Ausblick, so wie wenn an einem verhangenen Tag hinter einer großen grauen Wolke plötzlich die gleißende Sonne zum Vorschein kommt. Der Patient schmunzelt, lacht leise, und sieht plötzlich aus wie ungefähr 40 – und sein Körper vergisst sogar für eine Weile zu zittern.

So wie ich lebe, werden meine Kinder auch nichts – wenn ich woanders wäre, vielleicht. Aber solange ich hier bin, wird es immer das gleiche sein.

Das ist nicht wie ein anderes Leben, wie das derjenigen, die in einer Wohnung oder in einem Haus leben, die ihre Kinder in die Schule schicken, damit die nachher gut arbeiten können oder irgendwas haben – vom dem hier bekommst du keine Zukunft.

Mobilität der Diskriminierungen

Teil 2: Die sozio-ökonomische Situation von Roma in Serbien

Verlässliches Datenmaterial über die Größe der Roma-Bevölkerung in Serbien gibt es nicht. Nach dem letzten Zensus von 2011 leben in Serbien 7.186.862 Menschen, 147.604 davon erklärten, Angehörige der Minderheit der Roma zu sein.[3] Es herrscht jedoch Einigkeit darüber, dass die tatsächliche Zahl sehr viel höher liegt. Einige Nicht-Regierungsorganisationen gehen von bis zu 800.000 Roma aus, die OSZE hält einen Wert zwischen 450.000 und 500.000 für realistisch.[4] Aufgrund dieser Ungewissheit und weil das Statistische Amt Serbiens und andere Ämter bei ihren Erhebungen in der Regel nicht nach der Ethnie differenzieren, ist es schwer, die sozio-ökonomische Situation von Roma anhand von exakten Zahlen darzustellen.

Die Minderheit der Roma in Serbien ist alles andere als homogen. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass Roma die ärmste Bevölkerungsgruppe Serbiens stellen. Schätzungen der Weltbank zufolge fallen 60,5 Prozent der Roma in die Kategorie »sehr arm« während im Bevölkerungsdurchschnitt dieser Wert nur bei 6,1 Prozent liegt.[5]

Viele Roma in Serbien leben in segregierten Siedlungen, deren Zahl auf ca. 600–850 geschätzt wird.[6] 70 Prozent der Siedlungen sind informell und 44 Prozent können als Elendsviertel bezeichnet werden. Die Infrastruktur in den Siedlungen ist meist unzureichend, um die 30 Prozent haben keine Trinkwasserleitungen, in 60 Prozent der Siedlungen fehlt ein Abwassersystem, in 35 Prozent der Siedlungen gibt es keine Elektrizität. Die Siedlungen liegen oft abgeschieden, weshalb die Wege zu Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten weit sind.[7]

Zwischen Mai und Juli 2011 wurden im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und von der EU Grundrechteagentur (FRA) zwei sich ergänzende Befragungen zur sozio-ökonomischen und menschenrechtlichen Lage der Roma in Europa durchgeführt. In Serbien wurden ca. 750 Haushalte von Roma und ca. 350 Haushalte übriger Bevölkerungsgruppen aus gleichen Ortsteilen befragt. Die Ergebnisse der Studie zeigen die signifikante Schlechterstellung von Angehörigen der Minderheit gegenüber Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung.[8]

3) vgl. Statistisches Amt der Republik Serbien, Ethnicity, Census 2011.

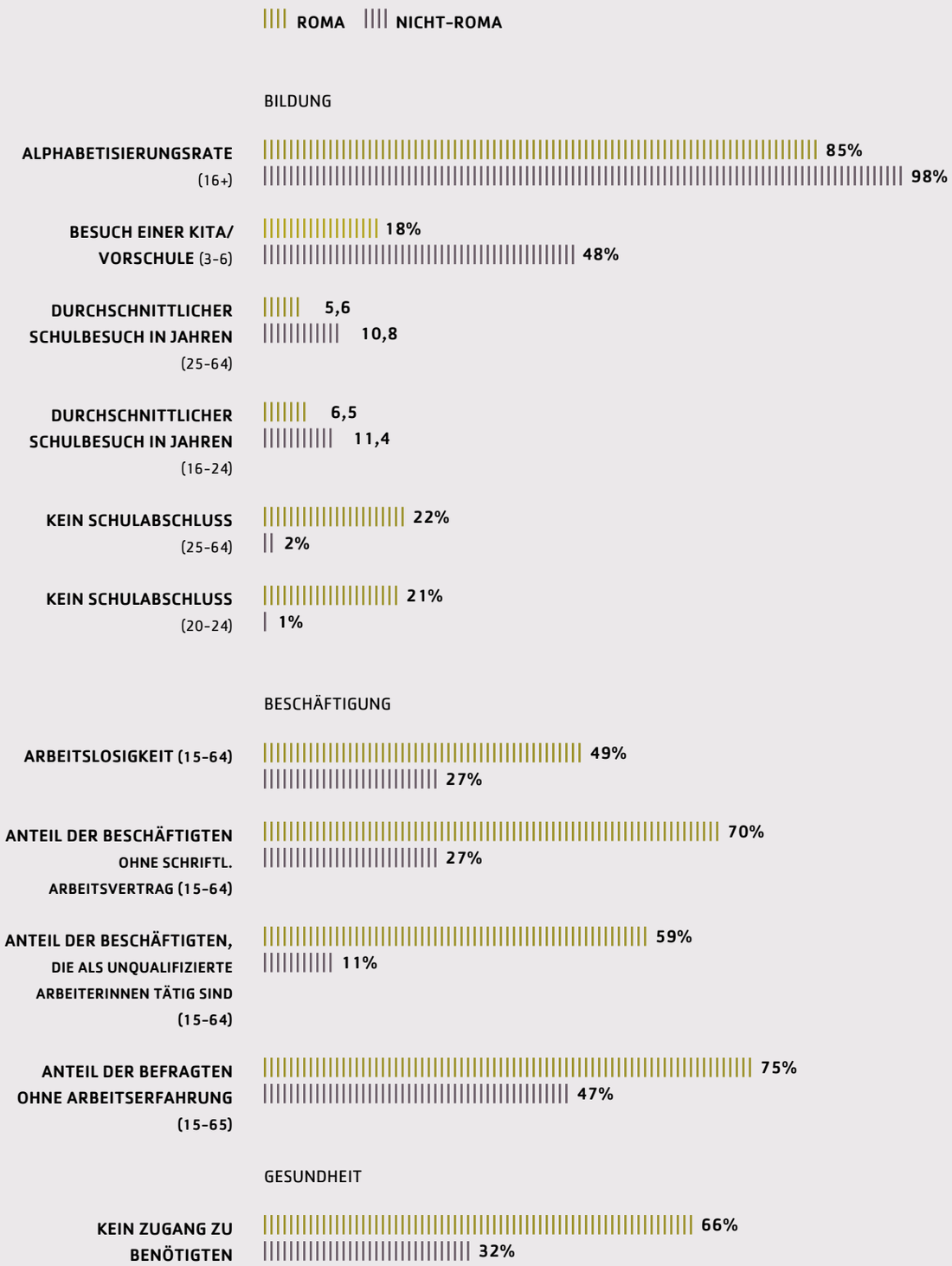
4) vgl. UNICEF (Hrsg.): Roma Early Childhood Inclusion (RECI), Serbian Report, 2012, S. 36. Ein Grund für die große Differenz zwischen den Ergebnissen der Volkszählung und den Schätzungen über die realen Zahlen ist, dass viele Roma ihre ethnische Zugehörigkeit verschweigen, weil sie sonst Nachteile für sich befürchten (Gespräch mit Kenan Rasitovic von der Organisation OFER in Bujanovac am 3. Juni 2013).

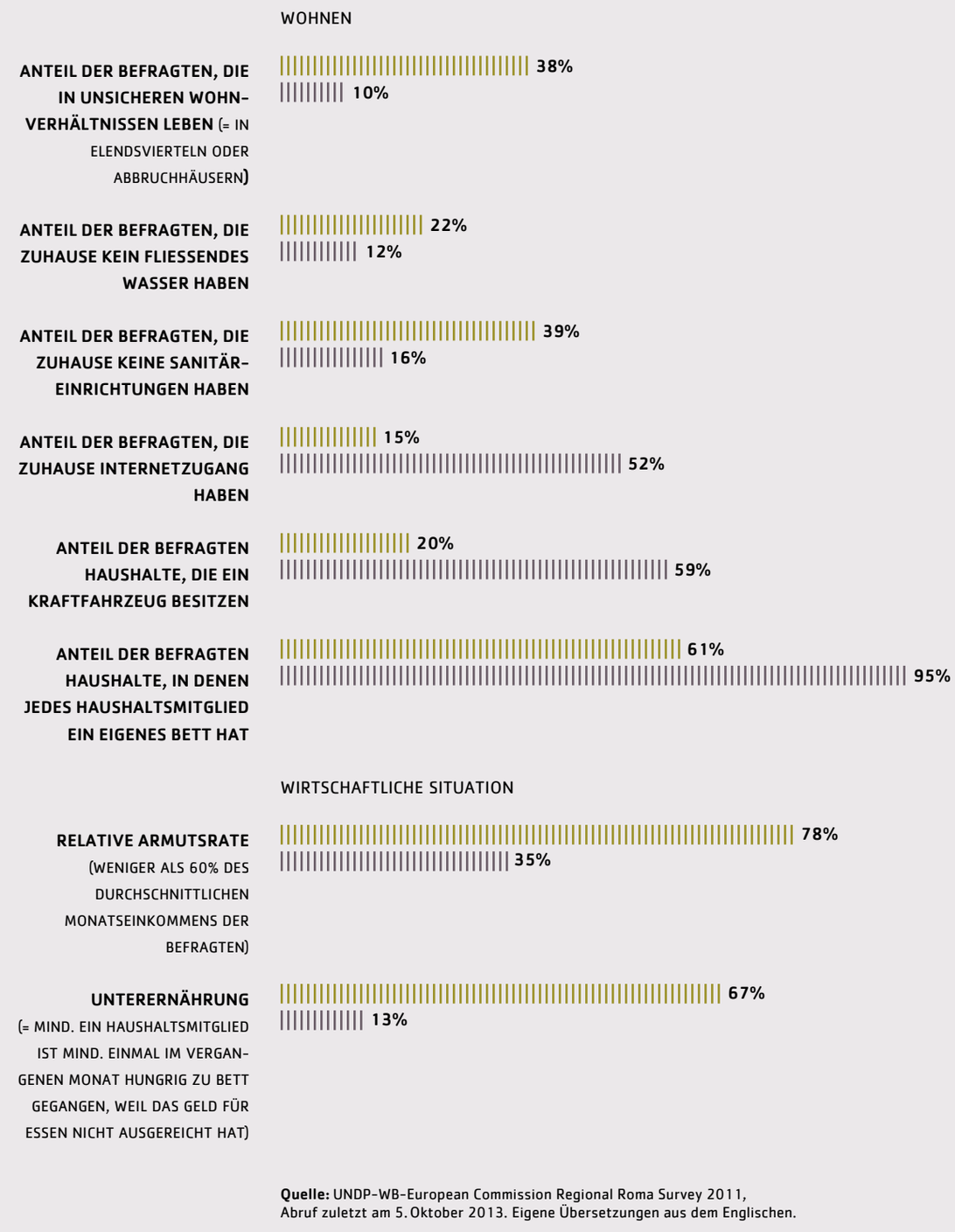
5) vgl. UNICEF, RECI, S. 41.

6) vgl. UNICEF, RECI, S. 43.

7) vgl. UNICEF, RECI, S. 63.

8) Quelle: UNDP-WB-European Commission Regional Roma Survey 2011, Abruf zuletzt am 5. Oktober 2013. Eigene Übersetzungen aus dem Englischen.





Quelle: UNDP-WB-European Commission Regional Roma Survey 2011, Abruf zuletzt am 5. Oktober 2013. Eigene Übersetzungen aus dem Englischen.

Zugang zu Arbeit

Die prekäre ökonomische Situation von Roma in Serbien ist vor allem auf ihre schlechte Position auf dem Arbeitsmarkt sowie das fehlende Einkommen durch Erwerbsarbeit zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote in Serbien ist konstant hoch und liegt aktuell bei ca. 25 Prozent.[9] In einer Studie von UNICEF wird davon ausgegangen, dass die Arbeitslosenquote bei Roma mindestens doppelt so hoch ist.[10] Besonders prekär ist die Situation von Romnjia, sie sind noch häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer.[11]

Schätzungen zufolge arbeiten zwischen 70 – 85 Prozent der erwerbstätigen Roma im informellen Sektor und haben dadurch keinerlei Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit und Alter. Viele haben nur Gelegenheitsjobs oder zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse, oft in der Landwirtschaft.[12] Vor allem im Winter haben viele Roma gar kein Einkommen, weder durch reguläre noch durch irreguläre Erwerbsarbeit.[13]

Eine von der Nichtregierungsorganisation »PRAXIS« im Jahr 2012 durchgeführte Befragung von 377 Roma, die in informellen Siedlungen leben und von denen manche Schwierigkeiten haben, Personaldokumente zu erhalten, brachte folgendes Ergebnis: Nur 12,2 Prozent der Befragten gaben an, ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu haben. Von den 324 befragten Personen, die weder ein reguläres Beschäftigungsverhältnis haben noch im Ruhestand waren, arbeiteten 212 im irregulären Sektor. Diejenigen, die in einem regulären Beschäftigungsverhältnis standen, arbeiteten meist bei der Müllabfuhr oder Straßenreinigung. Ihre Vertragskonditionen sind oft prekär.[14]

Unter den informellen Beschäftigungsmöglichkeiten spielt das Sammeln von wiederverwertbaren Abfällen eine wichtige Rolle. PRAXIS kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen 20 und 40 Prozent aller Roma in Serbien vom Sammeln wiederverwertbarer Abfälle leben.[15] Gerade deswegen sind Räumungen von Roma-Siedlungen in urbanen Zentren und die Umsiedlung der BewohnerInnen in weit entlegene Containersiedlungen für viele Roma verheerend, weil ihnen dadurch die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen wird.

Im Stadtbild von Belgrad sind Roma, die mit ihren Karren voller Altpapier von einem Müllcontainer zum nächsten ziehen, allgegenwärtig. Bei unserem Besuch in der Siedlung Vidicovac am Rande Belgrads erzählten ausnahmslos alle Familien, ausschließlich vom Sammeln und Verkauf wiederverwertbarer Abfälle oder Altkleider zu leben. Zunehmend wird den Müllsammlern jedoch ihre einzige Einkommensquelle entzogen, denn die Stadt lässt die Müllcontainer durch ein neues Abfallsystem ersetzen. Die neuen Behältnisse werden unterirdisch in den Boden eingelassen und können nur durch spezielle Vorrichtungen geleert werden. Einzelnen MüllsammlerInnen sind sie nicht mehr zugängig.[16] *(siehe Foto Seite 32)*

Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit unter Roma sind ein häufig geringes Qualifikationsniveau[17] sowie gesellschaftliche Vorurteile gegen Roma. Selbst wenn Roma eine schulische und berufliche Ausbildung besitzen, haben sie massive Schwierigkeiten beim Zugang zum (regulären) Arbeitsmarkt. Viele von ihnen geben an, keinen Arbeitsplatz zu finden, weil sie der Minderheit der Roma angehören – der Arbeitsmarkt sei der gesellschaftliche Bereich, in dem sie am meisten Diskriminierung erfahren.[18]

9) Anteil der Erwerbslosen an der arbeitsfähigen Bevölkerung im Alter von 15–64 Jahren; Statistisches Amt Serbien, Rates of activity, employment, inactivity and unemployment, Statistik vom April 2013.

10) vgl. UNICEF, RECI, S. 42.

11) vgl. PRAXIS, Analysis of the Main Problems and Obstacles in Access of Roma to the Rights to Work and Employment, Juni 2013, S. 65f, im Folgenden abgekürzt als "Analysis Work and Employment".

12) vgl. RECI S. 42 sowie PRAXIS, S. 57.

13) Gespräche mit BewohnerInnen einer Siedlung in Bujanovac, sowie Gespräch mit Kenan Rasitovic, Leiter der Roma-Selbsthilfeorganisation OFER in Bujanovac am 3. Juni 2013.

14) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 23ff.

15) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 55.

16) Gespräch mit Vladan Jeremić vom Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad am 5. Juni 2013.

17) Mehr Informationen zur Bildungssituation von Roma in Serbien z.B. in PRAXIS (Herausgeber): Analysis of the Main Problems and Obstacles in Access of Roma in Serbia to the Right of Education, Belgrad, Juli 2011.

18) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 74.

Beispiel Bujanovac

Kenan Rasitovic, Leiter der Roma-Selbsthilfeorganisation OFER im der südserbischen Kleinstadt Bujanovac, betonte bei unserem Besuch die Diskriminierung von Roma auf dem Arbeitsmarkt. Auch gut ausgebildete Roma hätten Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden. Ebenso sind sie im öffentlichen Dienst kaum oder gar nicht vertreten. In der 43.000 EinwohnerInnen-Gemeinde Bujanovac leben nach seiner Auskunft ca. 6.500 Roma. Es gebe einige, die eine Ausbildung als LehrerInnen hätten, jedoch keine Anstellung fänden. Nur zwei Roma seien im öffentlichen Dienst in der Gemeinde beschäftigt, bei der Polizei arbeite kein einziger Angehöriger der Minderheit.[19] Dies bilde nicht annähernd den Bevölkerungsanteil der Roma ab, fördere die Diskriminierung und zeige, wie es um die Inklusion von Roma in die serbische Gesellschaft stehe.

Auch fehlende Identitätspapiere stellen ein Hindernis für den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt dar. Das für eine reguläre Beschäftigung erforderliche Dokument (sog. »Arbeitsbuch«) ist in der Gemeinde erhältlich, wo der Hauptwohnsitz registriert ist. Da viele Roma weder über einen Personalausweis verfügen noch ihren Wohnsitz registrieren können, haben sie nicht einmal die theoretische Möglichkeit auf eine reguläre Anstellung. Sie können sich auch nicht bei der Arbeitsagentur als arbeitslos melden und Qualifikationsangebote und Förderungsmaßnahmen in Anspruch nehmen.[20]

Die serbische Regierung hat zwar eine Reihe von Programmen und Aktionsplänen entwickelt, um Roma auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. Nach Auskunft von PRAXIS verfehlen aber viele dieser Programme ihr Ziel und zeigen kaum Wirkung.[21]

Zugang zu Bildung

Nur wenige Roma haben eine abgeschlossene Schulausbildung. Eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 2007 kommt zu dem Ergebnis, dass von den befragten Roma über 15 Jahren nur 31,1 Prozent die Grundschule abgeschlossen haben und nur 10,8 Prozent die Sekundarschule. Viele der Befragten sind funktionale AnalphabetInnen.[22] Erhebungen von UNICEF zufolge beträgt die Alphabetisierungsrate in Roma-Siedlungen in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen bei Frauen 77 Prozent und bei Männern 78 Prozent. Der Vergleichswert in der Mehrheitsbevölkerung liegt bei 99 Prozent. Unter den ärmsten Roma ist die Situation noch prekärer: Nur 49 Prozent der Frauen zwischen 15 und 24 Jahren können lesen und schreiben und nur 46 Prozent der Männer.[23] In den älteren Bevölkerungsgruppen ist der Anteil der Menschen, die nicht lesen und schreiben können, noch höher, bei den über 65-Jährigen liegt er bei 57,2 Prozent.[24] Die schlechte Bildungssituation setzt sich in der jüngeren Generation der Roma fort. Nur 19 Prozent der Kinder im Sekundarschulalter geht zur Schule, verglichen mit 90 Prozent der Kinder der Mehrheitsbevölkerung.[25]

Kinder und jugendliche Roma sind im serbischen Bildungssystem oft schlechter gestellt als andere Kinder. Sie erhalten kaum Förderung. Überproportional oft werden sie in sogenannte Sonderschulen für Kinder mit geistiger Behinderung versetzt.[26] Jugendliche müssen oft im Haushalt Reproduktions- und Sorgearbeit leisten, etwa

19) Gespräch mit Kenan Rasitovic, Leiter der Organisation OFER in Bujanovac am am 3. Juni 2013.

20) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 37f.

21) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 15–18 sowie S. 29-35.

22) vgl. Regierung der Republik Serbien (Hrsg.), First National Report on Social Inclusion and Poverty Reduction in the Republic of Serbia, 2011, S. 187.

indem sie sich um kranke und vom Staat nicht versorgte Familienangehörige kümmern, was dem Schulbesuch entgegensteht. Schließlich scheitert der Bildungserfolg auch häufig an ökonomischen Gründen, weil die Eltern die Kosten für Schulmaterial, Essen, Kleidung und den Schulbus nicht aufbringen können. Wir haben bei unserer Reise mit vielen Familien gesprochen, deren Kinder nicht zur Schule gehen, weil sie befürchten, ohne angemessene Kleidung verspottet zu werden.

23) vgl. UNICEF (Hrsg.), Serbia Multiple Indicator Cluster Survey 2010 (MICS 4), S. 152 und 154.

24) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 26.

25) vgl. UNICEF, MISC 4, S. 159 und S. 166.

26) Laut eines Berichts verschiedener Nichtregierungsorganisationen an das Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung besuchen zwischen 50 und 80 Prozent der Kinder von Roma die Sonderschulen für Kinder mit geistiger Behinderung. Der Grund hierfür seien Sprachschwierigkeiten, Segregation der Schulen und voreingenommene Durchführung psychologischer Tests in den Schulen, siehe http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/ngos/Praxis_RegionalCentreforMinorities_CEKOR_CHRIS.pdf

rechts: Vranje. Auch feste Häuser bedeuten nicht den Anschluss an eine Wasser- und Abwasserversorgung sowie Heizung.

mitte: Bujanovac, nahe der Grenze zu Kosovo: In diesem einen Zimmer lebt die fünfköpfige Familie N.

unten: Bujanovac, Herr N. steht vor Haus und Familie.

rechts: Abwasser.

»Für sie ist es normal, keine Unterstützung zu bekommen.«

Ein Gespräch mit der feministischen Organisation Ženski prostor

www.zenskiprostor.org

NIŠ *Ihr seid eine feministische Organisation, mit speziellem Fokus auf Roma. Was macht ihr?* Uns gibts jetzt 15 Jahre. Wir suchen nach systematischen Lösungen für Probleme, die Romni begegnen. Darüberhinaus ist unser Schwerpunkt feministische antifaschistische Bildung. Wir arbeiten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Wir gehen in die Mahallas, aber wir richten uns auch an europäische Organisationen und Institutionen und wir sind eine der Gründungsorganisation des Romni-Netzwerks, in dem mittlerweile 24 Organisationen in Serbien zusammengeschlossen sind. Dieses Netzwerk gibt es jetzt drei Jahre.

Wir möchten die Aufmerksamkeit auf und die Sichtbarkeit von Romni-Aktionen erhöhen. Und wir versuchen Bilder zu ändern, versorgen Medien mit positiven modernen Bildern von Romni oder deren Aktivitäten. Wir forschen über Probleme von Romni und schreiben Berichte.

Worum geht's da genau? Wir haben viele Kontakte mit Leuten, die hier leben. Ein großes Problem sind Zwangsräumungen und Vertreibungen. Die Leute leben in katastrophalen Bedingungen, wir suchen Gespräche darüber mit den Behörden – nicht sehr erfolgreich, wegen der politischen Interessen.

Was die Abgeschobenen betrifft, für die ihr euch interessiert: Der Zugang zu Bildung für die Kinder ist häufig beschränkt. Die waren in westlichen Ländern im Bildungssystem und können ihre Schullaufbahn oder Ausbildungen dann hier nicht fortsetzen. Das ist ein Riesenproblem, ebenso die Beschäftigung.

Was sind Probleme speziell von Frauen? Faktisch musst du für den Zugang zu Gesundheitsversorgung registriert sein, und dafür gemeldet. Und das ist ein Problem für diejenigen, die wir Unsichtbare Menschen nennen, weil sie überhaupt keine Papiere haben. Unabhängig davon, ob die Frau Papiere hat, sollte es eine Versorgung für Geburten und ähnliches geben. Das ist nicht ausschließlich von Rückkehrenden, sondern allgemein das Problem vieler Frauen.

Was denkt ihr, was könnte dies ändern? Wir sprechen viel mit Romni, die in den Communities arbeiten. Wenn du nach Health Mediators fragst: viele sind nicht berechtigt, sich mit NGOs auszutauschen und ihre Erfahrungen zu teilen.

Wir haben Fälle von Frauen im Gesundheitssystem dokumentiert, die im Rahmen der Rücknahmeabkommen hergekommen sind. Die könnt ihr auf unserer Webseite nachlesen, in der Stellungnahme von Romni als Antwort auf die CEDAW-Konvention …

… das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau … Den Bericht haben wir mit unserem Netzwerk formuliert. Wir haben 250 Fälle von Verletzungen der Frauenrechte in Serbien dokumentiert. Wir haben die Umsetzung von Vorschlägen der NGOs und lokalen Institutionen des Gesundheitswesens durch das Gesundheitsministerium analysiert. Wir haben versucht die geschlechtsspezifische Dimension von Projekten, die den Zugang von Romni und Roma zur Gesundheitsversorgung zum Thema haben, herauszuarbeiten.

Wie wollt ihr die Sichtbarkeit von Romni erhöhen, was sind aktuelle Projekte dafür? Das Problem ist oft das Bild, das die Medien zeichnen. Sie zeigen Romni ausschließlich in großer Armut, umgeben von vielen Kindern. Wir versuchen, dem andere Beispiele entgegenzusetzen. Jährlich machen wir vom 8. März – internationaler Frauentag – bis zum 8. April – internationaler Tag der Roma – eine Kampagne in 30 Städten in Serbien, mit Aktivitäten an jedem Tag in einer anderen Stadt. Die Anzahl positiver Berichte über Romni ist geringfügig gestiegen, das ist (vor dem Hintergrund der Aufgabe vieler Medien wegen der Krise) eine Veränderung.

Wo finden Romni Schutz vor häuslicher Gewalt, auch mit der Einschränkung, dass viele Vorfälle erst gar nicht gemeldet werden: Gibt es Frauenhäuser? Es gibt vor allem besondere Bedingungen für die Aufnahme in Frauenhäusern. Als wir 2006/2007 unseren ersten Schattenbericht herausbrachten, fanden wir heraus, dass keine Romni in den Schutzräumen aufgenommen würde. Wegen der Aufnahmekriterien: weil sie nicht in der sozialen Fürsorge erfasst waren oder wegen der Anzahl ihrer Kinder. Jetzt ist die Situation anders, damals gab es noch viele Schutzräume von NGOs. Heute fehlt oftmals die Unterstützung entweder durch NGOs oder den Staat, viele soziale Zentren sind geschlossen, wegen der Verschlechterung der ökonomischen Bedingungen. Doch der Staat hat die Kriterien tatsächlich geändert, wir wissen von einigen Romni in Schutzräumen.

Gibt es in Niș ein Frauenhaus? Nein.

Wie viele sichere Häuser gibt es in Serbien? Ein paar. Sie decken nicht den Bedarf. Ich weiß

die genaue Zahl nicht, es gibt nur wenige, vielleicht 10, nicht mehr.

Hier in Niș gibt es eine Hotline, an die sich Romni wenden können, wenn sie geschlagen werden, wenn sie mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind. Auf serbisch und romanes.

Kennt ihr Romni, die häusliche Gewalt bei der Polizei gemeldet haben, und wisst ihr, was die Polizei getan hat? Romni sind auch im Schutz vor Gewalt diskriminiert. Häufig sagt die Polizei: »Nun, so lösen Roma ihre Probleme, dies ist ihre Art mit Konflikten umzugehen, Teil ihrer Kultur«. In unserem Bericht gibt es einen Fall aus Niș, in dem ein Mann seine Frau vor den Augen von Polizisten schlug. Dort gibts auch ein anderes Beispiel von einem Mädchen, das vergewaltigt wurde. Die Polizei kam, aber das Mädchen bekam keine Unterstützung durch ihre Familie und wollte sich nicht an das System wenden. Das kann ich absolut verstehen.

Und heute ist die Situation dieselbe wie 2006? Es gibt Fälle, die uns sagen, dass die Situation unverändert ist. Wenn die Polizei kommt und sagt, die Roma seien gewalttätig und schlagen ihre Frauen, es sei einfach ihre Art, sie könnten nicht intervenieren, sondern respektierten die kulturelle Vielfalt. Das sind strukturelle Probleme. Serbien ist ein patriarchales Land. Und in diesem System gibts noch jede Menge zu lernen.

Für uns ist eigentlich das Wichtigste, dass Frauen von Frauenorganisationen unterstützt werden. Speziell Romni haben wenig Informationen über ihre Rechte, erkennen Gewalt oder Diskriminierung nicht. Daher versuchen wir mit ihnen darüber zu sprechen, was Diskriminierung und Gewalt ist. Für sie ist es normal, keine Unterstützung aus der Nachbarschaft zu bekommen, von ihren Familien, von den staatlichen Institutionen.

Und wie ist die Situation von Frauen in den Communities? Du fragst sicher nach doppelter Diskriminierung? Ja, Romni werden in ihren Familien, in den Siedlungen, als Frau und in der breiten Gesellschaft zusätzlich als Romni diskriminiert. Die mehrfache Diskriminierung zeigt sich zum Beispiel im Bildungssystem, in dem jungen Romni kein Erfolg zugetraut wird. Auch wir haben gute Gesetze, zum Beispiel ist der Besuch der Grundschule obligatorisch. Aber wenn die Mädchen nicht mehr zur Schule gehen, wird praktisch gar nichts getan. Sie sagen: »Okay, möglicherweise hat sie geheiratet, wahrscheinlich kommt sie darum nicht mehr«. Und das wars dann.

Aber es gibt Mädchen die sagen, dass sie nicht heiraten wollen, beispielsweise weil sie die Schule fortsetzen wollen oder jemand anderen lieben? Damit sprichst du eins unserer Hauptthemen an. 1999 haben wir begonnen mit Romni, die damals aus dem Kosovo kamen, zum Thema arrangierter Ehen zu arbeiten. Als feministische Organisation halten wir diese für eine Verletzung der Menschenrechte und für Menschenhandel. Wenn ihr andere Roma-Organisationen fragt, werden die sagen, es ist Tradition, es ist nicht angeordnet und auch kein Handel. Wir haben darüber keinen Konsens und können nichts tun außer darüber zu sprechen, manchmal gelingt uns das, aber oft nicht.

Viele Flüchtlinge aus dem Kosovo gehen ins Ausland, und es gibt mehrere Fälle, in denen Mädchen alleine gingen, um Männer aus den westlichen Ländern zu heiraten.

Was oft die einzige Chance ist, um zu gehen. Aber in einigen Fällen sind wir sicher, dass es Menschenhandel war.

Also du meinst, sie gingen nicht in eine Ehe, sondern in die Prostitution oder etwas ähnliches? Sie wussten es nicht. Und die Eltern wussten es auch nicht. Alle Eltern wollen das Beste für ihre Töchter. Sie denken, diese kämen im Ausland in bessere Umstände. Dann verlieren sie den Kontakt mit den Mädchen und wir können darum überhaupt nichts machen.

Also stimmen in diesem Fall Roma-Organisationen und der Staat überein, dass dies eine Tradition ist? Ich denke, dass Roma-Organisationen dazu keine öffentlichen Statements formulieren. Nur feministische Romni-Organisationen treffen dazu Aussagen.

Seht ihr Entwicklungen des Staates nach dem Bericht vor dem CEDAW? Und als zweite Frage, bekommt ihr Geld vom serbischen Staat? Wir erhalten keine staatlichen Gelder – mit einer Ausnahme: Als die Regierungsorganisation für die Gleichstellung der Geschlechter auf Empfehlung der CEDAW etwas tun wollte, stellten sie für alle marginalisierten Gruppen von Frauen kleine Summen bereit. Wir erhielten Geld für unser Romni-Projekt. Es gab ein Projekt für Flüchtlingsfrauen, eines für Frauen mit Behinderungen, eines für andere sexuelle Orientierungen als heterosexuelle und eins für Frauen aus den Dörfern – von jeder marginalisierten Gruppe ein ausgewähltes Projekt. Sie wollten nicht Lobbys finanzieren. Der Staat ist nicht daran interessiert, unpopuläre Gruppen wie Lesben oder Romni unterstützen.

Sie beschlossen eigene Budgets. Es gibt nur wenige Fälle, in denen Projekte finanziell unterstützt wurden, die mit Gewalt zu tun haben. Das ist auch die Antwort auf die erste Frage danach, was sie taten.

Wie ist die Akzeptanz von Schwulen und Lesben in den Communities? Wir begannen vor kurzem, mit lesbischen Romni zu arbeiten. Es gibt eine andere Organisation in Zrenjanin, Herzen der Romni. Sie machen Workshops mit Romni aus den Siedlungen.

Wir haben alle lesbischen Romni, die wir kennen, gesammelt. Dieses Organizing gestartet zu haben, ist ein historischer Moment.

Lesbische und schwule Roma sind total unsichtbar. Wir haben mit verschiedenen Roma-NGOs und Organisationen gesprochen, das Thema ist nicht populär, aber bekannt. Ein aktueller Standpunkt ist, dass sie schon diskriminiert genug sind, dass sie sich nicht mit noch einer Identität beschäftigen wollen.

Romni sind finanziell oder familiär häufig abhängig von Männern. Speziell wenn sie nicht verheiratet sind, mit den Eltern leben, alleinerziehend, wenn der Mann sie verlassen hat oder gestorben ist: Gibt es dann soziale und finanzielle Versorgung? Die Sozialversorgung ist schlecht. Es gibt eine große Wirtschaft des Sammelns sekundärer Materialien, sie tun was sie können, es ist unmöglich nur von Sozialhilfe zu leben.

Es gibt Geld, wenn die Kinder am Bildungssystem teilnehmen. Wenn sie aufhören in die Schule zu gehen, erhalten sie es nicht mehr. Aber es ist nicht so viel, dass es ein Argument für den Schulbesuch wäre.

Feministische antifaschistische Bildungsarbeit, was bedeutet das? Wir denken, wir müssen unser Umfeld verändern, nicht nur uns selbst. Wir machen Bildungsarbeit gegen die starken geschichtsrevisionistischen Tendenzen, die Rehabilitierung von Faschisten. Wir machen Veranstaltungen über den Faschismus, weil die aktuelle Situation das notwendig macht. Mit anderen Organisationen aus Niš bilden wir ein antifaschistisches Kollektiv. Genauso machen wir auch feministische Bildungsarbeit. Feministische Sommerschulen, jedes Jahr.

Habt ihr Informationen über neonazistische Attacken auf Romni und Roma? Wir wissen von Angriffen, aber die Polizei kategorisiert diese nicht als Hatecrimes. Das größte Problem ist, dass viele Leute die Angriffe weder erkennen noch melden. Es gibt Attacken in Niș. Es gibt ein Denkmal mit dem Symbol der Roma, das zerstört wurde. Die Politik sagt, das sei »nur Hooliganismus«. Aber es ist rassistischer Hass.

An eurem Haus gibt es kein Anzeichen dafür, dass ihr hier seid, wir haben euch gefunden, weil wir die Adresse hatten. Wir wollen nicht erkennbar sein.

Basiert das auf Erfahrungen? Wir werden oft auf neonazistischen Webseiten erwähnt. Nur eins der letzten Beispiele: Von uns angebrachte Transparente im Zentrum der Stadt, zur Erinnerung an den Sieg über den Faschismus, wurden nachts abgeschnitten. Immer wenn wir etwas tun, was in Verbindung mit Antifaschismus steht und es im Web veröffentlichen, werden uns sofort Fragen gestellt: »Warum tut ihr das, wir sind doch ein antifaschistisches Land. Es gibt doch keinen Faschismus mehr in Serbien.« Das kommt nicht von den serbischen Behörden, sondern von allen möglichen Leuten.

Es gibt viele Fälle von Gewalt gegen LGBT, gegen AntifaschistInnen, gegen AnarchistInnen. Die sind uns sehr nah, daher entschieden wir, nicht so öffentlich aufzutreten. Um unsere

Räume zu schützen. Wir selbst sind öffentlich, als Personen, aber nicht dieser Ort.

Ist diese Gewalt organisiert oder passiert sie, zufällig? Sie sind organisiert. Wir wissen das. Sie haben Webseiten und so. Stormfront, eine internationale Seite, White Power. Die sind zwar verboten, aber sie nutzen sie. Es gibt unterschiedliche Organisationen.

Jeden Tag gibt es neue Graffitis. Es gibt einen Kampf darum. Wenn an einem Tag etwas mit »faschistisch« da steht, wird »anti-« davor geschrieben, aber am nächsten Tag ist das »anti-« wieder verschwunden und es heißt wieder »faschistisch«.

Inwiefern ist die Besatzung Serbiens während des Nationalsozialismus und die Vernichtung von Romni und Roma Thema? Es gibt sehr wenig Aufzeichnungen. Wir haben ein Projekt mit dem Roma Center Göttingen begonnen, »Schule des Erinnerns«. Praktisch haben wir uns in dem Projekt zunächst vorgenommen, Lokalgeschichten zu sammeln. Wir versuchen die Kontinuität in der Gewalt gegen Romni und Roma aufzuzeigen, während des II. Weltkrieges, nach dem II. Weltkrieg, im nächsten Krieg.

Gibt es in der Roma-Community Bewusstsein für die Geschichte der Urgroßeltern? Es gibt Bewusstsein für die Vergangenheit über die Generationen hinweg, einige Familien haben Entschädigungszahlungen gefordert. Auch hier in Niș, aber niemals erfolgreich.

Das Leben der meisten Roma ist kurz, das ist auch ein Grund dafür, dass sie nie Geld bekommen haben.

Vranje. »In der Nazizeit haben die Deutschen unsere Männer in Kalkgruben geworfen oder deportiert. Meinen Mann auch. Ich habe nie eine Entschuldigung gehört und nie Unterstützung bekommen.«

»Meine Tochter ist krank, ich hab kein Geld, wir leben in Baracken.«

Roma Center Göttingen

VIDIKOVAC Jasmina lebt mit ihrer Familie in der informellen Siedlung. Sie, ihre Eltern, ihre Geschwister und ihre kleine fünf jährige Tochter Claudia leben zu siebt in einer aus Holz zusammengebauten Hütte. Darin gibt es zwei Sofas, auf denen jeweils drei Personen übernachten, eine Person muss die Nacht auf dem Fußboden verbringen. Der Ofen ist kaputt, aber genug Holz haben sie ohnehin nicht. Im Winter sei es »sehr, sehr kalt«, erzählt uns Jasmina. Sie hätten kein Holz und kein Wasser, nicht zum Baden und noch nicht mal zum Trinken.

Sanitäranlagen gibt es in der informellen Siedlung keine. Jasminas Familie hat sich eine hinter alten Türen versteckte Grube gegraben. Jasmina sagt lachend, dass sie jedes Mal Angst hätte, in das Loch hinein zu fallen. Sie erzählt uns, dass sie oft bettelten, um Wasser zu bekommen.

Manchmal wirkt sie fast schockiert über die eigene Situation, in anderen Momenten wieder resigniert, fast abgeklärt. Sie ist erst 24 Jahre alt.

Bis vor einigen Jahren lebte sie noch in Deutschland. Dreizehn Jahre haben sie dort gelebt. Als Jasmina nach Deutschland kam, war sie noch so klein, dass sie sich heute nicht mehr daran erinnern kann. Als ihr Vater zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, sollte er nach Serbien abgeschoben werden und die Mutter wollte ihn nicht alleine gehen lassen. Jasmina berichtet, dass sie damals noch minderjährig gewesen sei und die Mutter ihr versprochen hätte, dass es ihnen in Serbien auch gut gehen werde und sie ein eigenes Haus hätten. »Guck, wie wir hier leben« wiederholt Jasmina immer wieder, als könnte sie es fast selbst nicht glauben, und weist auf die Hütte und den Müll. Denn als sie (nach dem Krieg) nach Serbien zurückkehrten, stand das Haus der Familie nicht mehr. Sie sagt: »Die Leute haben es kaputt gemacht und alles geklaut«. Jetzt sehe es aus, als hätte dort nie ein Haus gestanden. Statt in Vranje leben sie nun in Belgrad, wo sie sich nicht registrieren können, aber die Menge an Müll und Weggeworfenem der Stadt ihnen hilft, zu überleben. Jasmina sagt, dass viele Leute von den Lebensmitteln aus den Containern äßen, aber viele davon auch krank geworden seien und ins Krankenhaus gemusst hätten. Sie sammelten Kleidung und verkauften sie an der Straße, davon könnten sie überleben.

Die Stadt Belgrad hat jedoch ein Großprojekt gestartet und für sehr viel Geld, die Müllbehälter der Stadt umbauen lassen, so dass die »Ressource« Müll für die vielen MüllsammlerInnen der Stadt unerreichbar unterirdisch gelagert wird.

Jasminas Familie fehlt es an fast allem. Neben Wasser und Lebensmitteln ist besonders die medizinische Versorgung der Familie ein Problem: Ihr jüngster Bruder hat eine Thrombose im Knie. Für eine Operation fehlt der Familie jedoch das Geld. Eine große Narbe prangt von einer vorherigen Behandlung bereits auf dem Oberschenkel des Jungen. Jasminas jüngere Schwester schielt stark. Jasmina sagt, dass sie eigentlich eine Operation benötige, doch auch dieser Eingriff wird wohl nicht möglich sein. Jasminas Mutter hat Probleme mit dem Herzen und den Nerven. Als sie noch in Deutschland lebten, hätte sie für beide Leiden Medikamente bekommen, doch hier fehlt der Familie auch dafür das Geld. Am schwersten ist es für Jasmina jedoch zu ertragen, dass sie ihrer eigenen kleinen Tochter Claudia nicht helfen kann. Das Mädchen hat zu große Schädelknochen, so dass es für das Gehirn keinen ausreichenden Platz gibt. Dringend würde sie eine Operation benötigen, keiner möchte dafür jedoch bezahlen. In Belgrad wurde Jasmina immer wieder gesagt, sie solle nach Vranje gehen, wo sie angemeldet sei, aber auch dort blieb der Versuch Hilfe zu bekommen erfolglos. Sie könnten nicht bezahlen, hätten sie ihr gesagt.

Jasmina sagt, sie habe sie gebeten, ihrer kranken Tochter zu helfen, sie habe gesagt, dass sie das Geld nicht habe und in einer Baracke lebe. Anstatt Hilfe kam das Jugendamt und wollte Jasmina die Tochter wegnehmen. Sie hätten ihr vorgeworfen, dass ihre Tochter krank sei und sie noch nicht einmal Strom oder Wasser hätten. Jasmina bat, ihr lieber die Behandlungskosten bezahlen. Keine Mutter sei so doof und sehe zu, wie ihr Kind sterbe. Das Jugendamt sei wieder gegangen und hätte ihr nicht geholfen.

Noch nicht einmal Papiere haben Jasmina und ihre Tochter. Sozialhilfe bekommen sie keine. Weder in Belgrad noch in Vranje hätte ihnen jemand Geld gegeben. Ob Claudia zur Schule gehen wird, ist ungewiss, nur sehr wenige Kinder aus der Siedlung besuchen eine Schule. Auch Jasmina, die in Deutschland noch eine Schule besuchte, ging nach der Rückkehr aus Deutschland nicht mehr dorthin.

Jasmina hofft, eines Tages nach Deutschland zurückkehren zu können. Sie ist sich sicher, dass sie bleiben dürfte, wenn die Leute sehen, wie sie in Serbien leben müsste. Zurück nach Serbien ginge sie dann nie wieder.

Aller Besitz war in der Hütte.

Roma Center Göttingen

VIDIKOVAC Robert, ein junger Mann erzählt auch von der Zwangsräumung. Er berichtet wie am 21. April 2013 morgens 50 bis 60 Polizisten, Straßenreiniger und Bagger kamen. Alle Menschen mussten raus aus ihren Hütten. Angekündigt wurde dies den Bewohnern, indem gesagt wurde, der Platz müsse in drei Tagen sauber sein. Die Siedlung sollte weiter nach hinten verschoben werden mit einem Abstand von 80 Metern zu der Tankstelle, die sich vor der Siedlung an der Straße befindet.

Im Endeffekt ist die Siedlung um 200 Meter nach hinten verrückt worden.

VIDIKOVAC Daniela ist 27 Jahre alt, hat einen Mann und zwei Kinder (Lukas ist sechs Jahre und Dennis ist acht Jahre alt) und lebt seit zwei Jahren in der Siedlung am Stadtrand von Belgrad. Sie erzählte uns, dass sie in Kempten im Allgäu geboren ist. Ihre Mutter ist in Deutschland gestorben, als Daniela neun Jahre alt war. Daraufhin ist ihre Familie wieder zurück nach Serbien gegangen. Ihr Onkel lebt noch in Deutschland, eine Tante von ihr in Österreich.

Daniela ist in Serbien weiter zur Schule gegangen. Ihr Vater hat einen Friseursalon betrieben und besitzt auch ein Haus in Serbien, welches sie, als sie 18 Jahre alt war, verlassen hat, da ihre Stiefmutter ihr gegenüber übergriffig gewesen ist.

Daniela ist zu ihrem Mann und seiner Familie nach Niš gezogen und hat dort sieben Jahre lang gelebt. Auch mit den Schwiegereltern gab es Konflikte, was Daniela zu der Entscheidung bringt, gemeinsam mit ihrem Mann und ihren Kindern nach Belgrad zu gehen. Mit dem Umzug nach Belgrad verschlechtert sich die Lebenssituation der Familie erheblich. In Vidikovac gibt es kein Wasser und Strom, wenn überhaupt, nur von abend um acht bis morgens um sieben Uhr. Auf die Frage, ob Daniela sich hier in Vidikovac anmelden konnte, erzählte sie uns, dass das (umgerechnet) 1000 Euro kosten würde, und für sie deshalb also nicht möglich ist. Zur Schule können ihre Kinder trotzdem gehen.

Danielas Sohn Dennis kommt dieses Jahr in die zweite Klasse, Lukas wird nächstes Jahr eingeschult. Sie erzählt uns, dass Dennis Schule zehn Kilometer weit von der Siedlung entfernt sei. Mit dem Bus kann diese erreicht werden. Das Ticket dafür hat Dennis von der Schule bekommen. Nur sehr wenige Kinder aus der Siedlung gingen zur Schule, berichtete sie uns. Diejenigen, welche die Schule besuchen, gehen meistens unregelmäßig hin. Ein Grund dafür ist, dass es kein Wasser gibt und die Kinder, wie auch die anderen Bewohner, sich nicht wirklich waschen können. Die Kinder sollen nicht stark verschmutzt die Schule besuchen. Ihr Sohn jedoch geht regelmäßig zur Schule. Dafür läuft sie immer extra mit ihm zu einer weit entfernten Stelle, an der es Wasser gibt.

Danielas Mann verkauft auf der Straße alte Dinge, was jedoch nicht gut läuft, da die Polizei das unterbindet und die Verkäufer vertreibt. Damit ist die einzige Geldeinnahmequelle der Familie sehr begrenzt. Daniela erzählt uns von ihrem Plan nach Deutschland zu gehen. Sie will erst für einen Monat zu ihrem Vater und seiner neuen Frau und dann für drei Monate nach Deutschland, um dort ein wenig Geld zu verdienen. Ihr Mann soll mit den Kindern in Serbien bleiben. Sie will ihren Kindern das Hin und Her ersparen.

Wir hatten nicht mal Decken. Wir hatten unsere Jacken, mit denen wir auf dem Boden geschlafen haben. Es hat geregnet, alles war nass.

Vidikovac. 1 Zimmer, Küche, Bad.

Mosaik der Diskriminierungen

Teil 3: Sozialhilfe – keine Garantie für Roma

Aufgrund der beschriebenen Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind viele Roma auf staatliche Hilfen angewiesen. In Serbien umfassen diese Sozialhilfe sowie Eltern- und Kindergeld für Familien.[27] Die Bezüge sind im Sozialhilfegesetz bzw. im Gesetz zur finanziellen Förderung von Familien mit Kindern geregelt.

Anspruch auf Sozialhilfe haben serbische StaatsbürgerInnen, die arbeitsunfähig und mittellos sind. Auch BürgerInnen, die arbeitsfähig sind, aber ihren Unterhalt durch Arbeit oder auf andere Weise nicht sichern können, sind eingeschränkt sozialhilfeberechtigt.[28] Kinderlose Ehepaare erhalten gemeinsam ca. 100 Euro[29] pro Monat. Pro Kind erhält eine Familie ca. 20 Euro Sozialhilfe monatlich. Bedürftige Familien können zusätzlich Kindergeld für minderjährige Kinder beziehen. Dieses beläuft sich auf ca. 22 Euro pro Kind/Monat. Außerdem kann für die ersten vier Kinder in den ersten zwei Lebensjahren eines jeden Kindes ein einkommensunabhängiges Elterngeld ausgezahlt werden. Für das erste Kind gibt es einmalig 318 Euro, für das zweite Kind gibt es 50 Euro/Monat und für das dritte Kind 93 Euro/Monat, für das vierte Kind 125 Euro (jeweils nur für die ersten beiden Lebensjahre).[30]

In der folgenden Tabelle[31] wird der Summe der Transferleistungsbezüge (Sozialhilfe, Kindergeld, Elterngeld) einer Familie dargestellt, wenn jedes Jahr ein neues Kind geboren wird. Die Grundbezüge bestehen aus Sozialhilfe und Kindergeld und werden für die ersten zwei Lebensjahre des Kindes um das Elterngeld angehoben. Die Zahlen geben die Bezugshöhe in Euro pro Monat im jeweiligen Lebensjahr des zuletzt geborenen Kindes wieder.

27) vgl. Drenka Vuković, Natalija Periši: Social Security in Serbia – Twenty Years Later, S. 244ff in Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Welfare States in Transition – 20 Years after the Yugoslav Welfare Model, 2011.

28) vgl. PRAXIS (Hrsg.): Access to Social Protection and Health Care for Vulnerable Groups in South Serbia, Mai 2013, S. 6ff (im Folgenden abgekürzt als »Acess to Social Protection«).

29) 100 Euro sind umgerechnet etwa 11.600 Serbische Dinar.

30) Mündliche Auskunft einer Mitarbeiterin des Ministeriums für Arbeit, Beschäftigung und Soziales im Oktober 2013.

31) Eigene Berechnungen auf Grundlage einer schriftlichen Auskunft des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Beschäftigung im Oktober 2013.

EURO PRO MONAT IM LEBENSJAHR DES KINDES	SUMME DER SOZIALLEISTUNGEN PRO FAMILIE 1. KIND	2. KIND	3. KIND	4. KIND
1. LEBENSJAHR	154	154	154	154
2. LEBENSJAHR	154	246	246	246
3. LEBENSJAHR	141	233	368	368
4. LEBENSJAHR	141	183	318	458
5. LEBENSJAHR	141	183	225	392
AB 6. LEBENSJAHR	141	183	225	267

Eine Familie mit zwei Kindern würde, wenn die Kinder im Abstand von einem Jahr geboren werden, ab dem Geburtsjahr des ersten Kindes 154 Euro beziehen, nach Geburt des zweiten Kindes 246 Euro; im dritten Jahr würde die Familie 233 Euro bekommen und ab dem 4. Jahr 183 Euro. Eine Familie mit 3 Kindern würde unter gleichen Bedingungen ab dem Geburtsjahr des ersten Kindes 154 Euro bekommen, im zweiten Jahr 246 Euro, im dritten Jahr 368 Euro, im vierten Jahr 218 Euro und ab dem 5. Jahr 225 Euro. Damit wird deutlich, dass eine vierköpfige Familie mit 183 Euro im Monat auskommen muss, bei einer fünfköpfigen Familie sind es nicht mehr als 225 Euro. Als Vergleichswert: Im Jahr 2011 lag der monatliche Durchschnittslohn (netto) in Serbien bei 327,50 Euro. [32]

Die Höhe der Sozialhilfesätze sowie des Kindergeldes sind jedoch nicht nur extrem niedrig, die Auszahlungen der Bezüge kommen je nach Haushaltslage zudem unregelmäßig. So kann es sein, dass selbst wenn ein Anspruch auf finanzielle Beihilfen bewilligt wird, diese mangels Haushaltsmittel nicht ausbezahlt werden können.[33] Wegen der Unregelmäßigkeit der Auszahlungen muss das Ministerium für Soziales, Arbeit und Beschäftigung jeden Monat das aktuelle Auszahlungsdatum kurzfristig bekannt geben. Oft verzögert sich die Auszahlung der Mittel um mehr als einen Monat.[34]

Die Sozialhilfe wird aus Bundesmitteln finanziert und ist landesweit einheitlich geregelt. Allerdings haben die Kommunen die Möglichkeit, die Sozialhilfesätze und das Elterngeld für ihre Gemeinde aus eigenen Mitteln aufzustocken.[35] Dadurch entsteht ein Gefälle zwischen den Kommunen mit teils erheblichen Unterschieden bei der Höhe der gewährten Leistungen.[36] Es ist also nicht verwunderlich, dass die gewährte Sozialhilfe in Serbien zur Deckung der realen Lebenshaltungskosten nicht ausreicht. Bei erwerbsfähigen LeistungsempfängerInnen können die ohnehin niedrigen Sozialhilfesätze noch gemindert werden, indem fiktive Arbeitslöhne, die ihnen durch ihre Arbeitslosigkeit entgehen, von den Bezügen abgezogen werden[37]. Dies kann zu einer pauschalen Leistungskürzung um mehr als ein Viertel führen. Bei erwerbsfähigen Personen ist die Sozialhilfe zudem auf neun Monate pro Jahr beschränkt.

Zugangsvoraussetzungen zur Sozialhilfe

Voraussetzung für die Gewährung von Sozialhilfe und für sämtliche anderen staatlichen Leistungen in Serbien ist die behördliche Registrierung der AntragsstellerIn und die Vorlage einer Vielzahl von Ausweisen und Dokumenten: Personalausweis, Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsurkunde, Nachweis über den Wohnsitz in der Kommune, in der die Sozialhilfe beantragt wird, Nachweis über die Meldung bei der Arbeitsagentur und mehr. Auch für die Beantragung von Kindergeld wird eine Reihe von Dokumenten gefordert, wie Geburtsurkunde des Kindes, Staatsbürgerschaftsnachweis der Eltern, Personalausweise der Eltern, Meldebescheinigung des Kindes, Krankenversicherungsnachweis, Nachweis, dass die Familie alle Steuern gezahlt hat, Nachweis über das Nettoeinkommen der Familie, Nachweis über die Arbeitslosigkeit der Eltern.[38]

Die Belgrader Nichtregierungsorganisation PRAXIS kritisiert in ihrem Bericht »Access to Social Protection and Health Care for Vulnerable Groups in Serbia«, dass die Anspruchsvoraussetzungen für die Sozialhilfe unzumutbar und unverhältnismäßig seien und besonders vulnerable Gruppen vom Zugang zu Sozialleistungen ausschlössen. Vor allem diejenigen, die keine Ausweisdokumente besitzen und Probleme bei der Registrierung ihres Wohnsitzes haben, könnten keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen.[39] Das betrifft zu einem großen Teil die Minderheit der Roma.

Das Problem fehlender Personaldokumente

Einer Studie des UNHCR aus dem Jahr 2011 zufolge leben in Serbien mindestens 24.000 Roma, die keinen Personalausweis besitzen, 10.000, die nicht ins Personenstandregister eingetragen sind, 6.700, die nicht ins Geburtenregister eingetragen und damit »rechtlich unsichtbar« sind sowie über 13.000, die keine Wohnsitzanmeldung haben. Insgesamt sind ca. 6,8 Prozent der Roma in Serbien von Staatenlosigkeit bedroht.[40] Allen diesen Menschen ist der Zugang zu staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten verwehrt. Oftmals setzt sich das Problem der fehlenden Registrierung über Generationen fort, denn ohne Vorlage eigener Identitätsnachweise können Eltern die Geburt ihres Kindes nicht registrieren lassen.[41]

Um das Problem der »rechtlich unsichtbaren« Personen zu lösen, hat das serbische Parlament 2012 ein Gesetz verabschiedet, das die nachträgliche Registrierung des Geburtsdatums und Geburtsorts im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ermöglicht. Noch ist es zu früh für eine Evaluation, ob das Gesetz tatsächlich greift und die Lage der »rechtlich unsichtbaren« Personen nachhaltig verbessern kann. NGOs kritisieren jedoch, dass die Gerichtsentscheidung über die nachträgliche Registrierung des Geburtsorts und -datums für verantwortliche Behörden nicht bindend sei.[12] Insgesamt ist es von der nachträglichen Registrierung im Geburtenregister bis zum Erhalt eines Personalausweises ein äußerst langwieriger Prozess, der Jahre in Anspruch nehmen kann.[43]

Neben den »rechtlich unsichtbaren« Personen sind auch all diejenigen vom Zugang zu Sozialleistungen ausgeschlossen, die keine Wohnsitzanmeldung nachweisen können. Nur dort, wo der Wohnsitz registriert ist, können Leistungen wie Sozialhilfe, Krankenversicherungsschutz und die Ausstellung eines Personalausweises oder die Meldung als arbeitssuchend beantragt werden. Um einen Wohnsitz anzumelden, muss ein gültiger Mietvertrag oder Eigentumstitel vorgelegt oder anderweitig nachgewiesen werden, dass es sich um ein legales Wohnverhältnis handelt. BewohnerInnen von informellen Siedlungen und nicht anerkannter Kollektivzentren für Vertriebene können dies nicht.[44]

Beispiel Vidikovac

Bei unserer Recherchereise trafen wir in der Siedlung Vidikovac bei Belgrad zahlreiche Menschen, die aus Südserbien stammen und dort mit ihrem Wohnsitz registriert sind. Kommunen im Süden können den bundesweiten Sozialhilfesatz selten aufstocken, gleichzeitig ist der Zugang zum Arbeitsmarkt – außer saisonbedingt in der Landwirtschaft – wegen der wirtschaftlichen Schlechterstellung im Vergleich zum wirtschaftlich stärkeren Norden dort für Roma noch schwieriger. Sowohl im formellen, als auch im informellen Bereich ist die Erwerbslosigkeit höher. Um Arbeit zu finden, sind unsere GesprächpartnerInnen nach Belgrad gezogen. Weil sie dort in einer informellen Siedlung leben, ist eine Ummeldung des Wohnsitzes und damit die Inanspruchnahme von Sozialleistungen in Belgrad für sie nicht möglich.

32) vgl. Germany Trade and Invest (Hrsg.): Wirtschaftsdaten kompakt: Serbien, Mai 2012, http://www.heilbronn.ihk.de/ximages/1427435_wirtschaft.pdf

33) vgl. Schweizerische Flüchtlingshilfe (Hrsg.): Südserbien: Soziale Situation vertriebener Personen, Auskunft der SFH-Länderanalyse, S. 2, sowie PRAXIS, Access to Social Protection, S. 26f.

34) vgl. Webseite des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Beschäftigung , letzter Abruf am 18. Oktober 2013: http://www.minrzs.gov.rs/latinica/socijalna-davanja.php

35) Mündliche Auskunft im Gespräch mit einer Mitarbeiterin von Bibjia am 6. Juni 2013.

36) Laut Untersuchungen des serbischen Amts für Statistik aus dem Jahr 2012 wächst die Einkommenskluft zwischen dem Süden und dem Norden Serbiens stetig an. Neben dem Abriss von Siedlungen und der Unterversorgung als jugoslawische Binnenflüchtlinge ist das wachsende wirtschaftliche Gefälle ein weiterer Grund für die Binnenmigration von Roma aus dem Süden des Landes in den Norden. Vgl: http://voiceofserbia.org/de/content/serbien-wachsende-kluft-zwischen-nord-und-s%C3%BCd (aufgerufen im Februar 2014).

37) Die Sozialämter gehen davon aus, dass eine arbeitsfähige Person monatlich einen bestimmten Betrag x durch Erwerbsarbeit erzielen kann. Wenn die arbeitsfähige Person nicht arbeitet und stattdessen Sozialhilfe beantragt, wird der Sozialhilfesatz um den Betrag x gekürzt.

38) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 8ff.

39) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 2ff.

40) UNHCR (Hrsg.): Persons at risk of statelessness in Serbia, 2011, S. 5; diesen Zahlen liegt die Schätzung zugrunde, dass in Serbien etwa 450.000 Roma leben.

41) Gespräch mit Kenan Rasitović am 3. Juni 2013.

42) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 9.

43) vgl. PRAXIS, Analysis of Work and Employment, S. 39–40.

44) Gespräch mit Kenan Rasitović am 3. Juni 2013.

Abhilfe schaffen für das Problem der Wohnsitzanmeldung soll ein neues Gesetz, das im November 2012 in Kraft getreten ist. Menschen ohne nachgewiesenen ständigen Wohnsitz sollen sich nun mit der Adresse des örtlichen Sozialamts anmelden können. Im letzten Fortschrittsbericht der EU findet dieses Gesetz ausdrücklich Erwähnung.[45]

Die Verordnung und Verwaltungsvorschriften, durch welche die Modalitäten für die Wohnsitz-Anmeldung beim Sozialamt geregelt werden, sind jedoch unklar und teils widersprüchlich. So muss erst eine Bestätigung der Polizei vorgelegt werden, dass der Antrag auf Wohnsitzregistrierung am tatsächlichen Wohnort rechtskräftig abgelehnt worden ist, bevor eine Anmeldung des Wohnsitzes mit der Adresse des Sozialamts möglich ist. Die Polizei kann eine solche Bestätigung jedoch nicht ausstellen, sie kann lediglich bestätigen, dass jemand keine Wohnsitzanmeldung hat.[46] Bisher zeigt die Neuregelung noch keine Wirkung. Nur drei Klienten von PRAXIS hätten es nach Auskunft der Organisation seit Inkrafttreten des neues Gesetzes bis Juni 2013 geschafft, ihren Wohnsitz mit der Adresse des Sozialamts anzumelden, für 22 Klienten liefe der Antrag auf Wohnsitzanmeldung beim Sozialamt, zahlreiche andere warteten noch auf die Bestätigung der Polizei, dass sie sich nicht an ihrem tatsächlichen Wohnort anmelden könnten.[47] Auch unsere GesprächspartnerInnen während der Recherchereise wussten kaum von erfolgreichen Beispielen für diese Regelung zu berichten. Sie äußerten die Sorge, dass die Neuregelung nur wenig Verbesserung bringen werde, da es den Sozialämtern mehr oder weniger freigestellt sei, ob sie einen Antrag auf Wohnsitzanmeldung akzeptieren oder nicht.

Komplizierte Verfahrenswege und Behördenwillkür

Neben den Problemen bei der Registrierung des Wohnsitzes erschweren komplizierte Verfahrenswege, unprofessionelles Verhalten von SachbearbeiterInnen, ineffektive Behördenstrukturen und Behördenwillkür den Zugang zu finanziellen Beihilfen.[48]

Nach Artikel 84 des Sozialleistungsgesetzes müssen AntragstellerInnen nachweisen, dass sie ein Klageverfahren eingeleitet haben gegen unterhaltspflichtige Verwandte, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen (können).[49] Sozialhilfe wird erst gewährt, wenn es keine unterhaltspflichtigen Familienangehörigen gibt oder wenn das Gericht urteilt, dass diese ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen können. Nach Ansicht von PRAXIS war es zweifelsohne Absicht des Gesetzgebers, mit der Einführung dieses Artikels die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen niedrig zu halten, denn viele schrecken davor zurück, Familienmitglieder zu verklagen oder sind ohne Rechtsbeistand gar nicht in der Lage, ein Klageverfahren einzuleiten. Dies betrifft vor allem ältere und kranke Menschen.[50] Nach Auskunft der Frauen-Hilfsorganisation Bibija sind Familien mit Kindern von ähnlichen Regelungen betroffen. Denn Elterngeld erhalten sie nach Auskunft der Nichtregierungsorganisation Bibjia nur, wenn sie eigenständig als Kleinfamilie leben und nicht in Bedarfsgemeinschaften mit erwerbsfähigen Angehörigen. Dies ist bei den wenigsten Roma-Familien der Fall, denn aus ökonomischen Gründen und mangels Wohnraum sind viele gezwungen, im großen Familienverbund zu leben.[51]

PRAXIS beklagt in dem Bericht »Access to Social Protection and Health Care for Vulnerable Groups in South Serbia« außerdem die passive Haltung vieler SachbearbeiterInnen. Die Sozialämter sind verpflichtet, von Amts wegen die für den Leistungsbezug erforderlichen Dokumente bei anderen Behörden anzufordern, wenn sie dies schneller und einfacher erledigen können als die AntragstellerIn. Die Sozialämter lehnen dies jedoch oft ab und weigern sich, zur Beschaffung von Dokumenten selbst tätig zu werden. Die AntragsstellerInnen sind damit auf sich alleine gestellt. Weil sie oftmals nicht wissen, an welche Behörde sie sich wenden müssen, um ein erforderliches Dokument zu erhalten und manchmal nicht einmal in der Lage sind, selbstständig ein Formular auszufüllen, sind viele mit der Dokumentenbeschaffung überfordert und geben es auf, Sozialleistungen zu beantragen.[52]

Darüber hinaus ist der Erhalt der erforderlichen Dokumente oft mit hohem finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden. In einigen Gemeinden werden z.B. für das Ausstellen einer Geburtsurkunde hohe Gebühren verlangt, auch wenn der oder die Antragstellende mittellos ist. Besonders für Binnenflüchtlinge aus dem Kosovo oder Mazedonien stellt das Erfordernis einer Geburtsurkunde eine oftmals unüberwindbare Hürde für den Sozialleistungsbezug dar, da mit der Beschaffung der Dokumente Reisekosten verbunden sind, die sie nicht aufbringen können.[53]

PRAXIS weist auch auf darauf hin, dass nur wenige gegen eine Ablehnung ihrer Anträge auf Sozialhilfe ein Rechtsmittel einlegen. Zum einen befürchten sie dadurch Nachteile, und zum anderen glauben sie nicht, dass eine Beschwerde Erfolg haben könnte. Die wenigen, die dennoch Beschwerde gegen einen ablehnenden Bescheid einlegen, warten oft jahrelang auf eine Antwort der Gerichte. Solange diese aussteht, können sie nicht erneut einen Antrag auf Sozialhilfe stellen.[54] Abgesehen davon lehnen die SachbearbeiterInnen Anträge oft nur mündlich ab, was einen Widerspruch gegen die Ablehnung erschwert bzw. unmöglich macht.[55]

Die komplizierten Verfahrenswege und die Vielzahl der erforderlichen Dokumente stellen vor allem für diejenigen eine unüberwindbares Hindernis dar, die nicht lesen und schreiben können, über keinerlei finanzieller Mittel verfügen und daher am dringendsten staatliche Unterstützung benötigen. Gerade diese Menschen können sich gegen eine Leistungsverweigerung nicht durch Einlegen eines Rechtsmittels wehren, da sie über diese Möglichkeit schlicht nicht informiert sind.

Doch auch wenn alle erforderlichen Dokumente eingereicht wurden, liegt es im Ermessen der SachbearbeiterIn, ob und vor allem wie viel Sozialhilfe gewährt wird. So können, wie bereits erwähnt, die Sozialämter die monatliche Sozialhilfe um ein fiktives Einkommen kürzen, das die arbeitslose aber arbeitsfähige AntragstellerIn verdienen würde, wenn er oder sie eine Arbeitsstelle hätte. Laut Auskunft des Ministeriums für Arbeit, Beschäftigung und Soziales ist die Höhe des abzuziehenden fiktiven Einkommens gesetzlich geregelt. Dennoch scheint es auf lokaler Ebene eine Ermessenspraxis zu geben, die den bundesgesetzlichen Regelungen nicht entsprechen dürfte. Ob jemand überhaupt Anspruch auf Sozialhilfe hat, entscheiden lokale Sozialämter.[56] Viele Sozialämter lehnen Anträge auf Sozialhilfe gänzlich ab, mit der Begründung, die Antragstellerin sei jung, gesund und in der Lage, den Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten, wenn er oder sie denn wolle.[57]

Darüber hinaus können die Sozialämter auch Prüfbesuche bei den AntragstellerInnen durchführen, um sich ein Bild von deren Bedürftigkeit zu machen. Wenn eine Familie zum Beispiel bereits eine Waschmaschine oder einen Fernseher besitze, bekomme sie keine Sozialhilfe, da dies als Beweis gewertet werde, dass keine ausreichende Bedürftigkeit besteht, so Kenan Rasitovic von der Nichtregierungsorganisation OFER bei unserem Besuch.

45) vgl. Fortschrittsbericht der EU-Kommission für Serbien (2013), S. 55, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/serbia_2013.pdf

46) gl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 74f.

47) vgl. PRAXIS, Analysis Work and Employment, S. 53.

48) vgl. UNICEF, RECI, S. 61.

49) Siehe http://www.minrzs.gov.rs/doc/porodica/Zakon%20o%20socijalnoj%20zastiti.pdf

50) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 13f.

51) Schriftliche Auskunft einer Mitarbeiterin von Bibija im Oktober 2013.

52) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 13 und 16f.

53) Mündliche Auskunft einer Mitarbeiterin von Bibija im Juni 2013.

54) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 17.

55) vgl. Dr. Karin Waringo: Ein Sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland?, 2013, S. 31.

56) Siehe Artikel 99 des Sozialgesetzbuches: http://www.minrzs.gov.rs/doc/porodica/Zakon%20o%20socijalnoj%20zastiti.pdf

57) Auskunft von Betroffenen und verschiedener Nichtregierungsorganisationen in Serbien im Juni 2013 sowie UNICEF, RECI, S. 61 sowie PRAXIS, Access to Social Protection S. 15f.

Ausschluss von Leistungen

Aufgrund der beschriebenen Schwierigkeiten erreicht das Sozialhilfesystem viele Hilfsbedürftige nur begrenzt oder gar nicht. Im Juli 2013 erhielten nach Auskunft des Arbeits- und Sozialhilfeministeriums 252.113 Personen Sozialleistungen.[58] Einer Studie aus dem Jahr 2007 zufolge stellen nur etwa 10 Prozent der Hilfebedürftigen einen Antrag auf Sozialhilfe, weil sie vor den komplizierten Verfahrenswegen zurückschrecken und glauben, ohnehin nicht anspruchsberechtigt zu sein.[59] Es gibt keine verlässlichen Daten, wie viele der SozialhilfeempfängerInnen Angehörige der Roma Minderheit sind. Von den etwa 1500 Roma-Familien in Bujanovac bekämen nur etwa 250 Sozialhilfe, berichtete uns Kenan Rasitovic von der Roma-Selbsthilfeorganisation OFER.

Es ist davon auszugehen, dass viele Roma an den Anspruchsvoraussetzungen für den Sozialhilfebezug scheitern und trotz Bedürftigkeit keine staatliche Unterstützung erhalten. Ein wichtiger Grund für den Ausschluss aus den staatlichen Versorgungssystemen ist bei vielen Roma – neben fehlenden Identitätsdokumenten und fehlender Wohnsitzregistrierung – ein eklatanter Mangel an Informationen über die Verfahrensweisen und Rechte in Fragen der Versorgung. Fehlende Schulbildung, die segregierte Lebensweise und nicht zuletzt das passive oder gar diskriminierende Verhalten von BehördenmitarbeiterInnen tragen dazu bei, dass Roma oft über die eigenen Ansprüche und Rechte schlecht bis gar nicht Informiert sind. [60]

Das geringe bzw. fehlende Einkommen vieler Roma aus Erwerbsarbeit und staatlichen Beihilfen stehen im scharfen Gegensatz zu den hohen Lebenshaltungskosten in Serbien. In Bujanovac sprachen wir mit einem jungen Mann, der seit seiner Abschiebung aus Deutschland per Post wöchentlich eine Kiste mit Lebensmitteln von seiner in Deutschland verbliebenen Mutter bekommt. Dies sei für sie günstiger als Geld zu schicken und die Lebensmittel in Serbien zu kaufen. Auch die Zuzahlung für Medikamente ist für viele aufgrund fehlender Mittel nicht möglich. Seit unserer Rückkehr erhalten wir laufend Anfragen mit der Bitte, Geld für Krankenbehandlungen zu schicken.

Im Ergebnis führt die wirtschaftliche Armut vieler Roma zu einer existenziell bedrohlichen Situation, in der der notwendige Bedarf an Lebensmitteln, Hygiene und Medikamenten nicht gedeckt werden kann.

58) Quelle: http://www.minrzs.gov.rs/socijalna-davanja-visina.php, Abruf im August 2013

59) vgl. UNICEF, RECI, S. 61.

60) Mündliche Auskunft von einer Mitarbeiterin von Bibija im Juni 2013.

rechts: Belvil im Sommer 2011 (oben) und 2013 (unten).

Abgeschoben nach Serbien:

Aus Hamburg in die Berge

von Jean-Philipp Baeck / Malte Stieber / Allegra Schneider

Familie M. wurde aus Hamburg-Groß Borstel abgeschoben. Im südserbischen Pirot reicht ihr Geld kaum für Essen. Roma bekommen keine festen Jobs.

PIROT Tahir M. drückt sein Küchenmesser tief in einen alten Autoreifen, zieht es zwischen dem Gummi und dem Metallring des Reifens entlang. Nur stockend zerschlitzt die Klinge das zähe Material. Zwei, drei Mal setzt Tahir an. Für diese Prozedur hat er eigens einen Haken in einen Baum geschlagen, im hinteren Teil der schmalen Hofstelle. Sie liegt am Rand der Stadt Pirot im Südosten Serbiens. Zur bulgarischen Grenze fährt man eine halbe Stunde durch die Berge.

»So geht das«, sagt Tahir auf deutsch, als das Gummi vollständig vom Metallring getrennt ist. Tahir hat gezeigt, wie er recycelt, was er auf dem Müll findet. Eine Ärztin und eine Anwältin aus Deutschland sind zu Besuch. Sie wollen sich ein Bild machen, wie es der Familie M. geht. Denn vor anderthalb Jahren wohnten die vier in einem Mehrfamilienhaus in Hamburg-Groß Borstel. Bis am Morgen des 3. November 2011 ein grauer VW-Bus vorfuhr: Beamte von der Ausländerbehörde, ein Übersetzer und ein Arzt – die Familie wurde aus Deutschland abgeschoben.

Tahir schmeißt den Gummi-Flatschen auf einen Haufen nach rechts, den Metallrest nach links. Überall auf dem Grundstück türmen sich solche Stapel. Die kleinen Katzen aus der Nachbarschaft spielen darin Verstecken. Gummi ist in Pirot ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, die lokale Reifenfabrik ist der größte Arbeitgeber. Doch Tahir findet dort keinen Job. Die Arbeitslosigkeit in Serbien liegt bei über 25 Prozent, in der Bergregion um Pirot ist sie noch etwas höher. Roma werden nur ungern eingestellt.

Reicht das Geld nicht, fällt das Frühstück aus

Jeden Tag zieht Tahir deshalb los und sucht nach Verwertbarem. Ein Kilo Gummi bringt sieben Cent. Etwa 7.000 Dinar, umgerechnet 61 Euro, verdient er so im Monat. Dazu kommen 105 Euro an Sozialhilfe und Kindergeld – weniger als die Hälfte dessen, was ein Bauarbeiter in Pirot netto verdient. Wenn das Geld nicht reicht, fällt das Frühstück aus. Schulbücher oder -taschen kann sich die Familie nicht leisten.

Tochter Stana, sie ist 17, sagt, auch sie müsse unbedingt zum Familienverdienst beitragen. Medikamente müssen bezahlt werden. Denn ihr Vater Tahir ist herzkrank. Als er sechs Monate in Deutschland war, bekam er einen Herzinfarkt.

Wie eine Gartenlaube quetscht sich das Haus in Pirot neben die dreistöckigen Nachbarhäuser. Es gehört Tahirs Vater. Rote Tonziegel wellen sich zu einem windschiefen Giebel. Drinnen zwei Zimmer, ein Sofa, ein Sessel. Nur wenig Licht fällt durch die milchigen Fenster und durch die Ritzen in der Mauer. Mit Tahirs Vater und der Familie seines Bruders leben hier jetzt elf Leute. Und Tahirs Schwägerin ist schwanger.

»Es ist sehr schwer, das Haus ist zu voll und zu eng«, sagt Tahirs Frau Katarina. Draußen, an der Wand, lehnt ein Ofen, groß wie eine Kommode. Daneben ein Grill. Im Sommer ist es schön, draußen zu kochen, im Winter fallen die Temperaturen auf bis zu minus 20 Grad.

Dalibor wollte in Deutschland bleiben

Tahir setzt sich neben seine Frau auf eine Holzbank vor dem Haus. Das Blechdach über ihnen ist mit Holzstützen und Brettern zu einer Veranda ausgebaut. Aus Lautsprecherboxen dudelt Musik, auf dem kleinen Hof tippt der achtjährige Dalibor einen Fußball in die Luft.

Dalibor war sieben, als er aus Deutschland weg musste. Der Asylantrag der Familie war abgelehnt worden, danach waren sie geduldet. Monatelang hatten UnterstützerInnen gekämpft, dass die Familie in Hamburg bleiben kann. Gottesdienste, Petitionen, der Anruf der Härtefallkommission – sie musste trotzdem gehen. Zwei Tage vor der Abschiebung erzählte Dalibor im Internet-Interview von seinen Klassenkameraden: »Hendrik, Jonas, Esmeralda, Ariana«. In Deutschland wolle er bleiben, sagt Dalibor in die Kamera, »weil da alle meine Freunde sind«.

Tahir erzählt, dass der Abschiebe-Arzt vor der Reise Medikamente ausgab. Er hatte Flugangst, hatte darum gebeten, mit dem Bus ausreisen zu dürfen. Im Flieger von Hamburg über Wien nach Belgrad saß der Arzt die ganze Zeit neben ihm. Auf dem Flughafen in Belgrad hat er ihm noch Herzmedikamente für drei Monate in die Hand gedrückt. »Dann hat er einfach Tschüss gesagt und ist zurück nach Hamburg«, sagt Tahir.

In der Schule werden Roma beschimpft

Katarina leert eine hellblaue Plastiktüte mit gefalteten Papieren auf den Holztisch. Arztbriefe, Rezepte, Diagnosen, auf deutsch und auf serbisch. Die Ärzte in Serbien können die deutschen Dokumente nicht lesen, sie kennen

Tahirs Diagnose nicht und wissen nicht, was ihm verschrieben wurde.

Tochter Stana erzählt, dass sie noch mal einen Brief von ihrer ehemaligen Klasse bekam. Dalibor telefoniert noch hin und wieder mit seinen Schulfreunden. Als sie zurück nach Serbien kamen, hatte das Schuljahr bereits begonnen. Stana ist nun in der neunten Klasse, sie müsste in der zwölften sein. In der Schule würden sie und andere Roma oft beschimpft, erzählt Stana. »Seit wir geboren wurden hören wir das«, sagt Mutter Katarina. »Daran haben wir uns gewöhnt.«

Der Großvater war Zwangarbeiter

Ein Auto fährt vor. Für den Besuch aus Deutschland ist Tahirs Großmutter angereist. Dass die 81-Jährige fast blind ist, merkt man ihr kaum an. Auch sie erzählt von Deutschland. Ihr Mann war dort. Die Nazis holten ihn, seinen Vater und seinen Bruder im Jahr 1941, da war er 17 Jahre alt.

Sie kramt vergilbte Dokumente hervor. Erst kam ihr Mann als Zwangsarbeiter ins serbische Bergwerk Borski Rudnik, Juden und Roma waren dort gefangen. Dann wurde er ins »Straflager Berlin Celle« deportiert. Er wurde gefoltert, musste tagelang in kaltem Wasser stehen. Er überlebte.

Oft habe der Großvater seinen Kindern von der Zeit im Lager erzählt. Die Folter hat ihn krank gemacht, 1992 starb er an den Spätfolgen.

Weil es Zeugen und Belege gab, hat die Familie Anspruch auf Entschädigung von Deutschland. 2004 kamen zwei Schecks über insgesamt rund 7.000 Euro. Sie waren auf den Namen des mittlerweile verstorbenen Großvaters ausgestellt, konnten deshalb nicht eingelöst werden. Um sie auf den Namen seiner zu Frau überschreiben, hat die Familie alle nötigen Urkunden eingereicht. Das ist Jahre her. Seitdem haben sie nichts mehr gehört.

Katarina steht auf und spaziert zur Straße, führt den Besuch vorbei an den Neubauten, zwei, drei Minuten, bis die Häuser wieder flacher werden. Sie geht in eine enge Gasse. Vor einer zerfallenen Mauer bleibt sie stehen. Aus einem Schutthaufen ragt ein Türrahmen, Gras wuchert über zerborstenen Balken und alten Ziegeln.

Es ist ihr altes Haus, wie sie es nach ihrer Rückkehr vorfanden. Eingestürzt. Für den Wiederaufbau fehlt das Geld. Katarina drückt ihre Tochter Stana an sich. Sie weint. Gern wären sie wieder in Deutschland. Vor allem den Hafen in Hamburg, den vermisse sie, sagt Katarina.

Bei Familie M. im südserbischen Pirot: Die 81-jährige Großmutter wird extra für den Besuch aus Deutschland dazu geholt. Sie erzählt von ihrem Mann, der Zwangsarbeiter in Deutschland war. Entschädigungszahlungen hat es nicht gegeben.

links: Talibo M., 2011 aus Hamburg abgeschoben, vor dem Haus der Familie in Pirot.

rechts: Tahir M. wurde 2011 aus Hamburg abgeschoben – trotz seiner Herzkrankheit. In Pirot lebt er davon, Gummi zu recyceln. Für die Bremer Ärztin Dr. Andrea Vogel »eine viel zu schwere körperliche Arbeit bei seiner Krankheit«.

Mobilität der Diskriminierungen

Teil 4: Die besondere Situation von RückkehrerInnen

Das Rückübernahmeabkommen

Seit dem 1. Januar 2008 besteht zwischen der Europäischen Union und Serbien ein Rückübernahmeabkommen. Mit dem Abkommen verpflichtet sich Serbien auf Ersuchen eines EU-Mitgliedstaats, alle serbischen Staatsangehörigen »rückzuübernehmen«, die die Bedingungen für die Einreise oder den Aufenthalt in diesem Staat nicht oder nicht mehr erfüllen. Auch hat sich Serbien verpflichtet, diejenigen Menschen zurückzunehmen, die vom serbischen Staatsgebiet aus in das jeweilige Land ausgereist sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.[61] Deutschland hat Ende 2011 ein bilaterales Durchführungsprotokoll zum EU-Rückübernahmeabkommen mit Serbien geschlossen, das die Verfahrensweise zur Durchführung des EU-Abkommens zwischen Serbien und der Bundesrepublik Deutschland konkretisiert.[62] Nicht-Regierungsorganisationen kritisieren, dass das Rückübernahmeabkommen und die bilateralen Durchführungsprotokolle zwar die Modalitäten der Rückübernahme serbischer Staatsangehöriger und Drittstaatsangehöriger regeln, aber keine Verpflichtung enthalten, zurückgeführten Personen besonderen Schutz und konkrete Unterstützung zukommen zu lassen, wie z.B. eine angemessene Unterbringung.[63]

Nach Auskunft des serbischen Kommissariats für Flüchtlinge und Migration sind zwischen 2008 und 2012 etwa 6259 Personen von den EU-Staaten über den Belgrader Flughafen Nikola Tesla zurückgeführt worden. Genaue Informationen zur Zahl der RückkehrerInnen nach Serbien fehlen jedoch, u.a. weil die Mehrheit der abgelehnten Asylsuchenden mit dem Bus nach Serbien zurückkehrt und daher nicht erfasst wird. Zudem möchten viele RückkehrerInnen nicht als solche registriert werden, weil sie negative Folgen befürchten, z.B. dass sie an der Grenze nach Überprüfung ihrer Daten an einer erneuten Ausreise gehindert werden könnten.[64] Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der RückkehrerInnen Roma sind, denn es sind vor allem Roma, die als Asylsuchende in andere EU-Länder migrieren. Insofern kann die Situation von RückkehrerInnen nicht losgelöst von der allgemeinen Situation von Roma in Serbien betrachtet werden.[65]

Offizielle Angebote für RückkehrerInnen

Anlässlich der Zeichnung des Rückübernahmeabkommens mit der EU hat die Serbische Regierung einen interministeriellen Rat für die Integration von RückkehrerInnen ins Leben gerufen und eine Strategie zur Reintegration von RückkehrerInnen entwickelt. Zentrale Elemente dieser Strategie sollen unter Federführung des Kommissariats für Flüchtlinge und Migration mithilfe sogenannter Aktionspläne umgesetzt werden. Das Kommissariat ist verantwortlich für die (Not-)Aufnahme von RückkehrerInnen, deren Identifizierung und für das Bereitstellen von Informationen über Hilfsangebote. Zu diesem Zweck betreibt das Kommissariat ein Informationsbüro am Belgrader Flughafen, das abgeschobene serbische Staatsangehörige in Empfang nehmen, ihren Bedarf ermitteln und sie vor allem hinsichtlich Fragen zur Registrierung beraten soll. Das Kommissariat unterhält drei Notaufnahmezentren, in denen obdachlose RückkehrerInnen für die Dauer von zwei Wochen untergebracht werden können. Darüber hinaus gibt es in jeder Kommune eine/n Beauftragte/n für Flüchtlingsfragen, der/die den RückkehrerInnen als Ansprechpartner/in zur Verfügung stehen soll.[66]

61) vgl. Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 334 v. 19/12/2007 S. 0046-0064.

62) vgl. Bundesgesetzblatt II 2011, Nr. 34, S. 1367.

63) vgl. Country of Return Information (CRI) Project (Hrsg.): Factsheet Serbia, 2008.

64) vgl. Group 484: Challenges of Forced Migration in Serbia, 2011, S. 70 und S. 81.

65) vgl. PRAXIS, Access to Social Protection, S. 7.

66) vgl. Group 484: Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 79

In der Praxis scheinen die Aktionspläne und Hilfsmaßnahmen jedoch wenig Wirkung zu zeigen und bedürftige Familien nicht zu erreichen. Von der Existenz eines Informationsbüros am Flughafen wusste keine der Familien, mit denen wir während unserer Recherchereise sprachen. Das Informationsbüro am Flughafen soll nach Auskunft des Kommissariats für Flüchtlingsfragen besonders Schutzbedürftige unter den RückkehrerInnen identifizieren und Schritte in die Wege leiten, damit diese angemessen versorgt werden. In der Realität wird medizinischer Beistand nur im äußersten Notfall herbeigeholt, oder bei sehr offensichtlicher Schutzbedürftigkeit wie Schwangerschaft, körperlicher Behinderung oder ähnlichem, wie uns ein Mitarbeiter des Büros am Flughafen mitteilte. Einer unserer Gesprächspartner, der an einer schweren Herzerkrankung leidet, berichtete, dass er nach seiner Abschiebung am Flughafen keinerlei Hilfe erhalten habe. Die Atteste deutscher ÄrztInnen, die er mit sich führte, wurden nicht berücksichtigt, weil sie nicht in serbischer Übersetzung vorlagen. Dies bestätigte auch der Mitarbeiter des Informationsbüros am Flughafen.

Auch eine Unterbringung in den für RückkehrerInnen vorgesehenen Notunterkünften wird nur sehr selten angeboten. In den meisten Fällen versuchen RückkehrerInnen, bei Verwandten und Bekannten unterzukommen oder landen in informellen Siedlungen bzw. in der Obdachlosigkeit.[67] PRAXIS berichtet in der Publikation »Access to rights and integration of returnees on the basis of the readmission agreements« von einer Familie, die nach der Rückkehr direkt am Flughafen um die Unterbringung in einem der Notaufnahmezentren gebeten hat, von denen sie in einer Informationsbroschüre des Kommissariats für Flüchtlingsfragen gelesen hatte. Die Bitte wurde abgelehnt mit der Begründung, nicht alles würde in der Praxis so funktionieren, wie in den amtlichen Informationsbroschüren beschrieben.[68]

Viele RückkehrerInnen scheuen davor zurück, sich an den Beauftragten für Flüchtlingsfragen in ihrer Gemeinde zu wenden, weil sie durch die Registrierung als RückkehrerInnen und damit als in der EU abgelehnte Asylsuchende Nachteile befürchten. In den serbischen Medien wird die Debatte um so genannte »falsche« Asylantragsteller seit Einführung der Visafreiheit geführt. Roma, die in den Ländern der EU einen Asylantrag stellen und abgelehnt werden, werden als eine Gefahr für die serbische Integration in die EU angesehen. Dies trägt zur weiteren Stigmatisierung von Roma in Serbien bei und stellt einen berechtigten Grund zur Sorge dar, sich als RückkehrerIn zu bekennen.

Da kaum eine/r der RückkehrerInnen, mit denen wir sprachen, von der Unterstützung des Kommisariats für Flüchtlingsfragen profitieren konnten, ist es mehr als fraglich, ob die Wiedereingliederungshilfen geeignet sind, eine nachhaltige Reintegration der RückkehrerInnen zu gewährleisten oder ob sie nicht vor allem »auf dem Papier« die Vorgaben der EU bedienen sollen.

Die Situation nach der Rückkehr

Die Situation vieler RückkehrerInnen ist äußerst prekär. Die NGO Group 484 listet in ihrem Bericht »Challenges of forced migration« eine Reihe von Problemen auf, mit denen RückkehrerInnen unmittelbar nach der Ankunft in Serbien am häufigsten konfrontiert sind:

67) Schriftliche Auskunft einer Mitarbeiterin von Bibija im Oktober 2013.

68) vgl. PRAXIS: Access to rights and integration of returnees on the basis of the readmission agreements, 2011, S. 27 (im Folgenden abgekürzt als »Acces to rights and integration«).

Fehlende Papiere

Viele RückkehrInnen haben außer den Reisedokumenten keine weiteren Identitätspapiere. Das Reisedokument dient als Ausweisersatz und ist maximal drei Monate lang gültig.[69] Nach Ablauf des Reisedokuments ist für die Inanspruchnahme sämtlicher staatlicher Leistungen der Besitz eines gültigen Personalausweises erforderlich. Voraussetzung für den Erhalt eines Personalausweises ist wiederum die Vorlage einer Geburtsurkunde, einer Staatsbürgerschaftsurkunde sowie die Anmeldung eines festen Wohnsitzes. Wie oben beschrieben (vgl. Mosaik der Diskriminierungen Teil 3) stellt vor allem letzteres für viele ein schier unüberwindbares Hindernis dar. Besondere Schwierigkeiten bei der Registrierung haben zudem Personen, die ursprünglich aus dem Kosovo stammen und nach Serbien abgeschoben worden sind oder Kinder, die in den EU-Staaten und damit außerhalb Serbiens geboren wurden.[70] Nach Auskunft der Organisation OFER, kann es Monate dauern, bis die RückkehrerInnen alle notwendigen Dokumente beisammen haben, um sich registrieren und staatliche Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Sehr häufig gelingt es ihnen trotz der Unterstützung von Hilfsorganisationen nicht, die notwendigen Dokumente vor Ablauf des Reisedokuments zu beschaffen. Die Re-Integration der RückkehrerInnen ist damit von Beginn an erschwert oder gänzlich unmöglich.

Fehlende Gesundheitsversorgung

Mit ihrem Reisedokument sollten RückkehrerInnen drei Monate lang Zugang zu medizinischer Notfallversorgung haben. Nach Auskunft von Group 484 werden in der Praxis die Reisedokumente jedoch nicht von allen Gesundheitseinrichtungen anerkannt und somit medizinische Hilfe verwehrt. Um nach Ablauf des Reisedokuments einen Gesundheitsausweis zu erhalten und ins normale Gesundheitssystem integriert zu werden, muss beim regionalen Ableger des staatlichen Krankenversicherungsinstituts ein Personalausweis, mindestens aber eine Geburtsurkunde vorgelegt werden. Dies scheitert oft an den oben beschriebenen Gründen (siehe Mosaik der Diskriminierung Teil 3).

Viele RückkehrerInnen leiden an schweren körperlichen und psychischen Krankheiten. Durch die Rückkehr kommt es häufig zu einer Unterbrechung der Gesundheitsversorgung, sei es aufgrund fehlenden Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen, mangels finanzieller Mittel für Medikamente, sei es, weil ärztliche Atteste und Diagnosen nicht übersetzt werden können oder weil die erforderlichen Medikamente und Behandlungsmethoden in Serbien nicht verfügbar sind.[71]

Fehlende Mittel zum Lebensunterhalt

Die RückkehrerInnen sind häufig völlig mittellos. Sie können zwar bei den lokalen Sozialämtern einmalige finanzielle Beihilfen erhalten, allerdings reichen die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel nicht aus, um den realen Bedarf zu decken. Der Zugang zum regulären Sozialhilfesystem setzt eine Registrierung voraus, die mehrere Monate dauern kann.[72] RückkehrerInnen bekommen nach Auskunft der Organisation OFER außerdem eine dreimonatige Sperre beim Sozialamt, wenn sie sich vor ihrem Auslandsaufenthalt nicht ordnungsgemäß abgemeldet haben.

69) vgl. PRAXIS, Access to rights and integration, S. 12, sowie Regierung der Republik Serbien, Kommissariat für Flüchtlingsfragen (Hrsg.): Information Bulletin for Returnees Upon the Agreement on Readmission, 2012, S. 6).

70) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 85, sowie Dejan Marković: Readmission and Deportation to Serbia, in Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): From Migration to Deportation, 2012, S. 68.
PRAXIS beschreibt die Schwierigkeiten der Registrierung im Ausland geborener Kinder wie folgt: Im Ausland geborene Kinder von RückkehrerInnen müssen, um einen Personalausweis zu erhalten, ins serbische Geburtenregister eingetragen werden. Dazu ist die Vorlage einer internationalen Geburtsurkunde notwendig bzw. die ausländische Geburtsurkunde muss per Apostille beglaubigt sein. Falls keine der beiden Voraussetzungen erfüllt ist, muss die Geburtsurkunde erst durch die serbische Auslandsvertretung des Staates, der die Urkunde ausgestellt hat, und anschließend auch vom serbischen Außenministerium beglaubigt werden. Schließlich muss die Geburtsurkunde von einem vereidigten Dolmetscher ins Serbische übersetzt werden. Wenn die RückkehrerInnen keine Geburtsurkunden dabei haben, müssen diese erst über das Außenministerium bzw. die Auslandsvertretung des jeweiligen Landes beschafft werden – zumeist ein äußerst langwieriger und kostspieliger Prozess.
(vgl. PRAXIS, Access to rights and integration 2011, S. 13f).

71) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 83ff sowie PRAXIS, Access to rights and integration 2011, S. 22.
Fehlender Zugang zu Gesundheitsversorgung ist für viele Roma aus Serbien ein Grund für die Ausreise. Auffällig viele Asylsuchende aus Serbien, die in Deutschland in den Beratungsstellen vorsprechen, haben schwere bzw. chronifizierte Krankheiten. Eine effektive Krankenbehandlung ist in der Kürze der Aufenthaltsdauer in Deutschland oft nicht möglich. Trotz Krankheit werden viele abgeschoben oder zur freiwilligen Ausreise gedrängt.

72) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 83.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Wie oben beschrieben, ist die Beschaffung eines Arbeitsbuches die Voraussetzung, um Zugang zum formellen Arbeitsmarkt zu bekommen. Dies kann einige Zeit in Anspruch nehmen und erfordert die Vorlage von Ausweisdokumenten und die Registrierung eines Wohnsitzes. Aufgrund der schlechten Konjunktur, der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und der oftmals geringen Qualifikation der RückkehrerInnen ist es für sie äußerst schwierig, Arbeit zu finden. In Vranje sprachen wir mit einem Rom, der nach der »freiwilligen« Rückkehr aus Deutschland zwei Jahre in einem von der EU geförderten Beschäftigungsprogramm für RückkehrerInnen tätig war. Seit Ablauf der EU-Subventionen ist er arbeitslos.

Vor allem in Südserbien ist es für viele unmöglich, nach ihrer Rückkehr Arbeit zu finden. Sie ziehen deshalb nach Belgrad, wo sie durch das Sammeln von wiederverwertbaren Abfällen zumindest ein geringes Einkommen erzielen können. Eine Wohnsitzanmeldung gelingt ihnen dort jedoch in den meisten Fällen nicht, woraus sich eine Vielzahl neuer Probleme ergeben.

Integration ins Bildungssystem

Häufig wird durch die Abschiebung die Schullaufbahn von Kindern für längere Zeit unterbrochen oder gar beendet. Oft liegt dies nicht nur daran, dass sie Inhalte verpasst haben und deswegen ein Jahr wiederholen müssen, sondern an den Schwierigkeiten, die für den Schulbesuch notwendigen Dokumente nachzuweisen. Bis die Zeugnisse bzw. Nachweise über den Schulbesuch im Ausland vorgelegt werden können, werden die Kinder von RückkehrerInnen nur vorläufig eingeschult. Die Beschaffung von Schulnachweisen aus dem Ausland ist zeitaufwändig und kostspielig und daher für viele RückkehrerInnen nicht möglich.[73] Oft wird die Schulanmeldung durch mangelnde Kooperation zwischen Behörden erschwert, so dass einige Kinder und Jugendliche mehrere Jahre auf ihre Wiedereinschulung warten müssen. Die Re-Integration ins serbische Bildungssystem erweist sich zudem als schwierig, weil viele abgeschobene Kinder nur schlecht oder überhaupt kein Serbisch sprechen. Die Schulen haben sehr unterschiedliche Herangehensweisen, um mit diesen Problemen umzugehen. Zusätzliche Serbischkurse werden nur selten angeboten. Die Kinder können wegen der fehlenden Sprachkenntnisse dem Unterricht nicht folgen, hinken im Stoff hinterher und brechen die Schule nicht selten ganz ab.[74]

Unterkunft

Abgesehen von der Möglichkeit, für die Dauer von zwei Wochen in einer staatlichen Notunterkunft zu wohnen, erhalten RückkehrerInnen keine staatliche Hilfe bei der Wohnungssuche. Es wird davon ausgegangen, dass sie bei Verwandten oder Freunden unterkommen kommen.[75] Wenn diese jedoch keinen geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen können, landen die RückkehrerInnen oft in informellen Siedlungen. Dort fehlt es nicht nur an grundlegender Infrastruktur, auch können die RückkehrerInnen keinen festen Wohnsitz anmelden.

73) Vgl. PRAXIS, Access to rights and integrartion, S. 19f, sowie Kommissariat für Flüchtlingsfragen, Information Bulletin for Returnees Upon the Agreement on Readmission, S. 12.
In seiner Informationsbroschüre für RückkehrerInnen nennt das Kommissariat für Flüchtlingsfragen folgende Dokumente, die für die Anerkennung ausländischer Schulzeugnisse vorgelegt werden müssen (vgl. S. 12):
- vollständig ausgefüllter Antrag für die Anerkennung
- die ausländischen Originalzeugnisse
- zwei in die serbische Sprache übersetzte Kopien der letzten im Ausland erworbenen Zeugnisses (von einem vereidigten Dolmetscher übersetzt)
- Grund- und Sekundarschulzeugnisse der letzten in Serbien abgeschlossenen Klasse oder ein anderer Nachweis über den Besuch von zusätzlichem Serbisch-Unterricht im Ausland
- Nachweis über die Zahlung einer Bearbeitungsgebühr.
Group 484 führt in dem Bericht »Returnees from Western European Countries« das Beispiel einer Familie an, die nach der Rückkehr nach Serbien die Schulzeugnisse ihrer drei Kinder übersetzen lassen wollte, die Übersetzungskosten in Höhe von knapp 140 Euro aber aus eigener Kraft nicht aufbringen konnte, vgl. S. 49.

74) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 83.

75) Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Serbien, 4. Juni 2010, S. 20.

Schockzustand nach der Abschiebung

Group 484 beschreibt die Situation von abgeschobenen Menschen als besonders kritisch. Sie seien, im Gegensatz zu den »freiwilligen« RückkehrerInnen, auf die Rückkehr zum Teil nicht vorbereitet gewesen und befänden sich in einer Art Schockzustand, unfähig mit der neuen Situation zurecht zu kommen. Viele hätten vor der Abschiebung keine Zeit gehabt, die wichtigsten Dinge einzupacken, wie Schulzeugnisse und andere persönliche Dokumente. Die meisten Abgeschobenen seien in einer wirtschaftlich und gesundheitlich äußerst prekären Situation, sie hätten in Serbien oftmals keinerlei Anlaufpunkt oder Unterkunftsmöglichkeit. Die Abschiebung setze die Menschen einer großen Stresssituation aus, die häufig gesundheitliche Folgen habe wie Bluthochdruck und Herzprobleme. Nach der Abschiebung zeigten viele aufgrund der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit ihrer Situation Symptome von Depression und anderen psychischen Erkrankungen.[76]

Unsere Erfahrungen während der Recherchereise und unsere Gespräche mit Abgeschobenen bestätigen dies: Die Familie N. hatte vor der Abschiebung zwölf Jahre in Deutschland gelebt, erst in einer Sammelunterkunft für Asylsuchende, dann in einer eigenen Wohnung. Beide Eltern waren berufstätig, die Kinder befanden sich in einer Berufsausbildung. Als wir die Familie in Vidikovac in einer Hütte trafen, waren sie erst seit drei Monaten wieder in Serbien. Sämtliche Familienmitglieder waren schockiert von ihrer neuen Umgebung und machten einen sehr niedergeschlagenen, fast traumatisierten Eindruck. Sie schienen in der neuen Situation nicht ankommen zu können, das Gespräch kreiste vor allem um die Frage, wie eine Rückkehr nach Deutschland möglich wäre.

76) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 82 sowie S. 74.

Die gemeinsame Zeit ist begrenzt.

Roma Center Göttingen

PIROT Isabell und Martin haben wir in Pirot in dem kleinen Viertel Novo Mala kennen gelernt. Isabell wird bald 19 und Martin ist 20 Jahre alt. Als wir die beiden treffen, ist Isabell gerade mit ihrem gemeinsamen Sohn Leon Marko zu Besuch. Isabell, Martin und Leon Marko könnten eine unbeschwerte kleine Familie sein, aber Martin sieht seinen sechs Monate alten Sohn zum ersten Mal, weil er noch vor seiner Geburt aus Deutschland abgeschoben wurde.

Kennengelernt haben sich die beiden in Deutschland. Martin und seine Familie hatten in Deutschland Asyl beantragt. Der Vater hatte sich in Serbien Geld geliehen, das er nicht zurückzahlen konnte. Von anderen Leuten im Ort haben wir erfahren, dass viele Roma dort gezwungen sind, sich zu Wucherzinsen Geld von der Mafia zu leihen – können sie es nicht zurückzahlen, zerstören diese das Eigentum der Leute und schlagen sie gewalttätig zusammen. Isabell und Martin betonen beide, dass die Familie keine andere Wahl hatte und gehen musste.

In Deutschland lebte Martin mit seinen Eltern und seinem Bruder Daniel in einem Asylbewerberheim. Sie warteten darauf, ob sie in Deutschland bleiben können. Isabell lernte er eines Tages auf der Straße kennen und sprach sie an. Aus der Bekanntschaft der beiden entwickelte sich eine ernsthafte Beziehung. Für die Familie von Martin spitzte sich die Situation währenddessen immer weiter zu – ihre Asylanträge wurden abgelehnt und es drohte ihnen die Abschiebung zurück nach Serbien. Um der Gefahr einer Deportation zu entgehen, willigte die Familie ein, »freiwillig« auszureisen. Anstatt jedoch nach Serbien zurückzukehren, verlegte die Familie ihren Aufenthaltsort nach Österreich und versuchte dort, erneut Asyl zu beantragen. Für Martin bedeutete dies auch die Möglichkeit, weiterhin in der Nähe seiner Freundin sein zu können. Er erzählt, dass er seine inzwischen schwangere Freundin nicht allein lassen wollte. Isabell sagt, dass sie Angst gehabt hätte, dass Martin nie wieder käme und dass sie sich so weiterhin sehen konnten. Sie fuhr immer wieder über die Grenze um Martin zu besuchen, bis dieser sie eines Tages anrief und sagte, dass sie nicht kommen sollte, weil die Polizei sie alle abgeholt hätte. Die vierköpfige Familie wurde im Juni 2012 verhaftet und in München in Abschiebehaft genommen.

Martin sagt, dass sie wie Verbrecher behandelt worden wären, als hätten sie jemanden umgebracht. Die Mutter der Familie, Dragana, wurde unrechtmäßigerweise in ein Frauengefängnis für Straftäterinnen gebracht. Sie selbst beschreibt den Monat in dem Gefängnis als fürchterliche Zeit, ihre Söhne und ihr Mann machten sich sehr große Sorgen um sie. Sie alle hätten ständig geweint. Heute müssen sie lachen, wenn sie sich die Fotos in den Akten anschauen, auf denen sie wie Straftäter_innen abgebildet sind.

Isabell zeigt uns das Ultraschallbild, dass sie Martin in den Abschiebknast geschickt hat. Dragana freut sich, als sie das Bild ihres Enkels sieht und streicht liebevoll über die Abbildung. Trotz der Schwangerschaft wurde Martin zusammen mit seiner Familie abgeschoben und Isabell blieb alleine in Deutschland zurück.

Seitdem bemühen sich die beiden um einen Weg, wieder zusammen zu sein. Martin wurde für Deutschland eine dreijährige Einreissperre auferlegt und es wird von ihm verlangt, die Kosten seiner Abschiebung zu tragen. Bei der Geburt seines Kindes konnte er nicht dabei sein. Isabell hat einen Anwalt bemüht, dessen Arbeit den beiden jedoch nicht geholfen hat, ihr Ziel zu erreichen. Stattdessen machten die hohen Kosten der alleinlebenden Mutter stark zu schaffen, so dass sie sich über den Tisch gezogen fühlte und sich von dem Anwalt wieder trennte.

Obwohl es aufgrund des gemeinsamen Kindes eigentlich einen Weg für die beiden geben müsste, zusammen zu leben, wirken sie ratlos, wie es weitergehen soll. Die unsichere Situation belastet die beiden stark. Die Zeit, die sie gemeinsam in Serbien verbringen können, ist ebenfalls begrenzt, da Isabell, die alleine Leon Marko betreut, auf Sozialleistungen angewiesen ist, weshalb ihr nur ein zeitlich beschränkter »Urlaub« zugestanden wird. Die Zeit reichte nicht einmal aus, um einen Termin auf dem deutschen Konsulat auszumachen und wahrzunehmen. Die bevorstehende Abreise von Isabell und Leon Marko lastet schwer auf dem jungen Paar, da vollkommen ungewiss ist, wann sie sich wiedersehen können. Isabell sagt, dass sie nur einmal im Jahr die Erlaubnis hat, Martin zu besuchen.

oben links: Isabell aus Deutschland zu Besuch in Pirot, hier mit ihrem Schwager: Ihren Ehemann Martin hat sie seit seiner Abschiebung aus Deutschland im Juli 2012 nicht gesehen. Ihr inzwischen geborener Sohn Leon Marko trifft seinen Vater Martin im Juni 2013 zum ersten Mal.

oben rechts: In Pirot zeigt Dejan K. Papiere der Ausländerbehörde Bocholt, die ihn im Juli 2012 nach Serbien abgeschoben hat. Seine Ehefrau und Mutter der fünf gemeinsamen Kinder hat er seit sechs Monaten nicht gesehen. Sie wird in Niš im Krankenhaus behandelt, das tägliche Einkommen reicht weder für die notwendigen Medikamente noch für die Fahrtkosten, sie zu besuchen.

Dann musst du im Müll etwas finden, was du den Kindern geben kannst.

Sie haben uns irgendwo hingetan, wo uns keiner sieht. Wenn wir auf der Straße wären, könnte jemand zu uns kommen, aber die dich in den Wald schicken, wer sieht uns da?

Kriminalisierung der Flucht?

von Jan Sürig, Rechtsanwalt

BELGRAD Ende 2012 verabschiedete das serbische Parlament die Strafnorm des Artikel 350a des serbischen Strafgesetzbuches. Mit diesem neuen Gesetz kann mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu acht Jahren bestraft werden, wer »mit der Absicht, sich selbst oder anderen einen Nutzen zu verschaffen, den Transport, die Überführung, die Unterbringung oder das Verstecken eines serbischen Bürgers organisiert oder durchführt oder ihm in einer anderen Art hilft, durch eine falsche Darstellung der Gefährdung seiner menschlichen Rechte und Freiheiten in einem anderen Land politische, soziale, wirtschaftliche oder sonstige Rechte zu ersuchen.[1]«

Milan Barac, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit der Grenzpolizei und unser Gesprächspartner im serbischen Innenministerium beteuerte, dass sich das Gesetz nur gegen Schleuser richte. Doch nach dem Wortlaut des Gesetzes dürfte dies nicht ganz zutreffend sein. Denn das Gesetz ist so offen formuliert, dass bereits Mitglieder einer Reisegruppe, die sich gegenseitig helfen, für diese gegenseitige Hilfe kriminalisiert werden können: Etwa, wenn ein Mitglied einer mehrköpfigen Reisegruppe für alle die Busfahrkarten nach Deutschland kauft oder wenn ein deutschlanderfahrener Flüchtling anderen aus der Reisegruppe oder seiner Familie Tipps gibt, wie man sich im Asylverfahren verhalten sollte[2].

Ferner wirft der Wortlaut des Gesetzes die Frage auf, wie – wenn nicht über Datenaustausch mit den Innenbehörden der Zielländer der Asylsuchenden – diese Strafnorm überhaupt jemals zur Anwendung kommen kann. Denn zentraler Teil des gesetzlichen Tatbestands ist die »falsche Darstellung der Gefährdung seiner menschlichen Rechte«. Um aber eine falsche Darstellung nachzuweisen, müssen die Strafverfolger zwangsläufig wissen, was der Betreffende Asylsuchende denn überhaupt in seinem Asylverfahren beispielsweise in Deutschland zu seinen Verfolgungsgründen behauptet hat.

Offiziell wird bestritten, dass es einen Datenaustausch zwischen Serbien und der Bundesrepublik Deutschland gibt. Auf die Frage, inwieweit werden Serbien bzw. Mazedonien Daten über abgelehnte Asylantragsteller zugänglich gemacht, sei es durch direkte Datenübermittlungen, sei es durch Zugriff auf Daten über Personen, die wegen einer Ausweisung oder Abschiebung zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben sind, antwortete die Bundesregierung:
»Seitens der betroffenen Bundesbehörden BAMF und Bundespolizei werden keine personenbezogenen Daten zu abgelehnten Asylantragstellern an die Herkunftsländer Serbien und Mazedonien übermittelt. Die genannten Staaten haben auch keinen Zugriff auf die Dateien, in denen ausgewiesene oder abgeschobene Ausländer zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben werden.«[3]

Allerdings gibt es eine personelle Nähe zwischen Bundesamt für Migration und Bundespolizei einerseits und serbischer Grenzpolizei andererseits, die jedenfalls befürchten lässt, dass ein solcher Datenaustausch jederzeit schnell und unbürokratisch hergestellt werden kann:

Die Bundesregierung hat selbst eingeräumt, dass sie *»zahlreiche organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen für eine beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen insbesondere aus den Herkunftsländern Serbien und Mazedonien veranlasst«*[4] hat: *»Insbesondere wurde dazu im Oktober 2012 die prioritäre Bearbeitung von Asylanträgen aus den genannten Herkunftsländern auf die überwiegende Zahl der Entscheider des BAMF ausgedehnt. Zudem erfolgte generell eine Personalaufstockung durch befristete Einstellung von rund 50 Hilfskräften, die Übernahme von Mitarbeitern aus dem Überhangpersonal der Bundeswehr sowie den Einsatz von 60 Bundespolizisten.«*

Milan Barac betonte im Gespräch, die Zusammenarbeit mit der deutschen Bundespolizei sei »gut«, einmal pro Woche sei ein Mitarbeiter der deutschen Bundespolizei persönlich in seiner Abteilung.

Ferner fördert die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung Kontakte der serbischen Grenzpolizei und deutschen Innenbehörden: Auf ihrer Homepage ist etwa in einem Eintrag für 2013 nachzulesen, dass 13 hochrangige Vertreter der serbischen Grenzpolizei zu einem einwöchigen Studienaufenthalt bei der Bundespolizei[5] waren. Dabei gab es auch ein »Fachgespräch mit Vertretern des Bayer. Staatsministerium des Inneren und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge«: *»Durch den*

1) Zitiert nach Karin Waringo, Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland?, Frankfurt 2013, veröffentlich von Pro Asyl, S. 40; eine weitere empfehlenswerte Darstellung der Kriminalisierung der Ausreise aus Serbien siehe in »Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl« von Katrin Schnieders und Karin Waringo, Münster/Paris Januar 2013, Hrsg.: Flüchtlingsrat NRW.

2) Dass bereits die Beratung kriminalisiert werden soll, räumt die serbische Grenzpolizei selbst ein. Auf englisch sagt er: »If one person teaches others that they can go to Germany and ask for asylum in order to be there and receive there social benefits, than this person is actually using their bad economic situation to teach them wrongly and if this person is doing it for a percentage they receive from the german government« – dann greife das neue Gesetz.

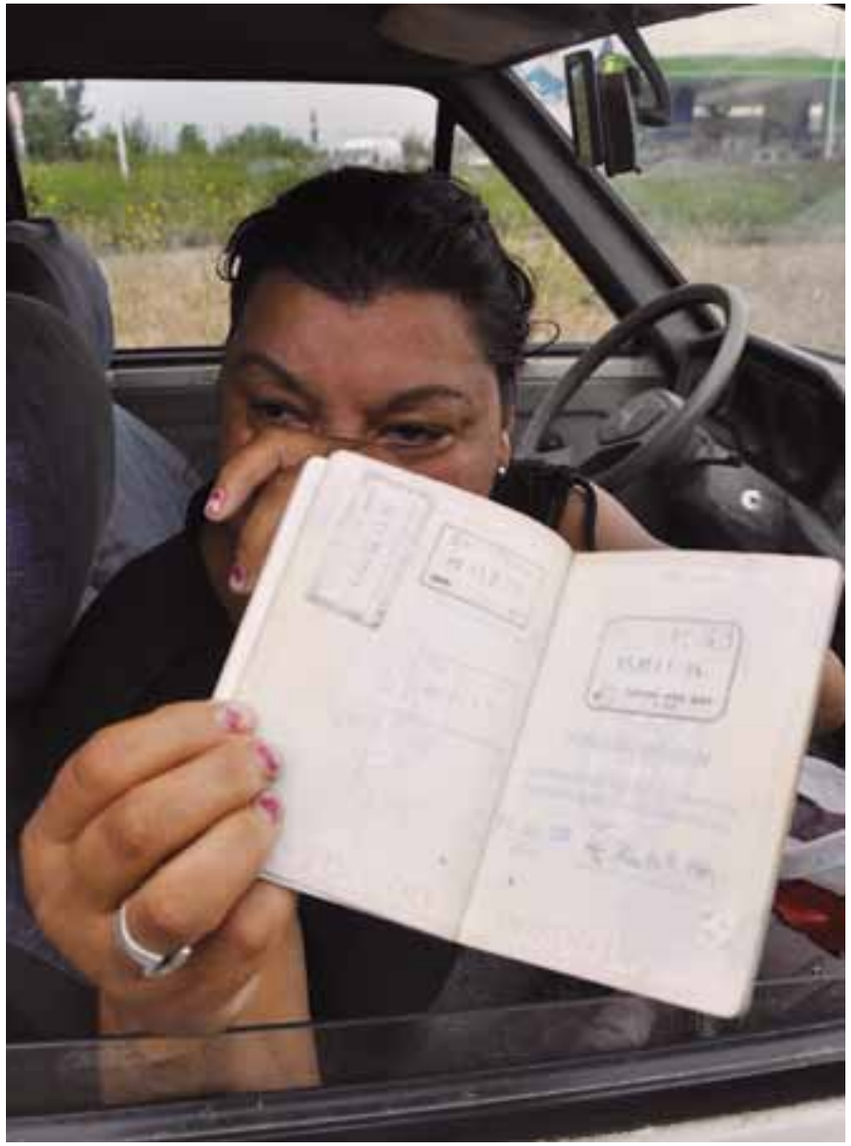
3) Aus: Bundestagsdrucksache 17/11628, Wahlperiode vom 26.11.2012, Frage 22.

4) Aus: Bundestagsdrucksache 17/11628, Wahlperiode vom 26.11. 2012 , Frage 12.

5) http://www.hss.de/serbien/de/home/innenministerium-grenzpolizei.html

Studienaufenthalt und den Erfahrungsaustausch haben die Führungskader der serbischen Grenzpolizei neben dem Einblick in die Arbeit der Bundespolizei und der bayrischen Behörden auch zusätzliche Denkanstöße für die Anpassung ihres Grenzkontrollsystems an den EU-Standard erhalten.«

Möglicherweise sind solche Überlegungen zu weitgehend: Auf unsere Frage, wer definiere, ob im Asylverfahren gemachte Angaben falsch seien, wurde uns von Herrn Milan Barac geantwortet, dass dies einfach von den Staaten bestimmt werde, in denen Asyl beantragt wird: *»That is something, that could be considered by the country where they are applying for asylum«*.



Noch eine Wohnform: Weil sie in Vranje nicht überleben kann, reist diese Frau für mehrere Wochen nach Belgrad und schläft tagelang in ihrem Auto. Das ist voll von Klamotten und allem, was in der Stadt an Verkaufbarem gefunden hat. Bis 2011 hat die Frau in Deutschland gelebt, dann wurde sie abgeschoben.

Mosaik der Diskriminierungen

Teil 5: Sekundäre Migration

Die Probleme bei der Wiedereingliederung nach einer Rückkehr sowie die insgesamt schwierigen Lebensbedingungen für Roma in Serbien führen dazu, dass viele erneut aus Serbien migrieren. Vor allem diejenigen, die in den frühen 2000er Jahren aus der EU zurückgekehrt sind, konnten in der vom Krieg und vom kapitalistischen Transformationsprozess veränderten Gesellschaft nicht wieder Fuß fassen und nutzen die Visafreiheit nun, um ein zweites Mal auszuwandern. [77]

Group 484 wertet dieses Phänomen der sekundären Migration als ein Zeichen für eine »mangelnde Nachhaltigkeit« der staatlichen Rückführungsprogramme und für die fehlende Unterstützung bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.[78]

Während unseres Aufenthalts in Belgrad trafen wir die fünfköpfige Familie N., die bereits Bastian Wrede 2010 für eine Dokumentation des Flüchtlingsrats Niedersachsen interviewt hatte. 2003 war die Familie nach 15 Jahren Aufenthalt aus Nordrhein-Westfalen nach Serbien abgeschoben worden. Das Haus in Vranje (Südserbien), in dem die Familie vor dem Krieg gelebt hatte, war zerstört worden. Hilfen zum Wiederaufbau bekamen sie nicht. Die Familie ging daraufhin nach Belgrad, wo sie nun seit 10 Jahren unter schwierigsten Bedingungen in einer informellen Siedlung in Vidikovac lebt. Die einzige Einkommensquelle der Familie ist das Sammeln und Wiederverkaufen von Altpapier und Altkleidung. Die älteste Tochter, die bei der Abschiebung 15 Jahre alt gewesen war, konnte in Serbien nicht mehr zur Schule gehen, da sie nicht ausreichend Serbisch sprach und auch nicht die zur Schulanmeldung erforderlichen Dokumente besaß.[79] Später erhielten wir die Nachricht, dass ein Teil der Familie nach Deutschland zurückgekehrt sei und sich nun im Asylverfahren befinde.

Das Kommissariat für Flüchtlinge und Migration hat den mangelnden Erfolg bei der Wiedereingliederung von RückkehrerInnen indirekt eingeräumt, indem bei unserem Besuch folgende Ergebnisse einer im Rahmen der »Strategie zur Reintegration von RückkehrerInnen« durchgeführten Umfrage[80] vorgestellt wurden: Unter den erwerbsfähigen Mitgliedern der befragten 500 Haushalte liegt die Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent, 97,7 Prozent gaben an, dass ihr Haushalts-Einkommen nicht ausreicht zur Deckung des notwendigen Bedarfs an Lebensmitteln, Gesundheitsversorgung, Hygiene, Materialien für den Schulbesuch oder öffentlichen Nahverkehr. Fast 60 Prozent der Befragten planen, erneut für einen längeren Zeitraum ins Ausland zu gehen.

Die uns vom Kommissariat für Flüchtlingsfragen vorgestellte Studie ist im Internet erhältlich, die wichtigsten Ergebnisse sollen hier kurz zusammengefasst werden[81]:

Befragt wurden 500 Haushalte in drei Regionen mit hohem, mittlerem und niedrigem Anteil von RückkehrerInnen. Die Befragten waren zwischen 19 und 68 Jahre alt, der größte Teil von ihnen, nämlich 60 Prozent, war zwischen 30 und 50 Jahre alt. 92 Prozent der Befragten sind nach 2000 nach Serbien zurückgekehrt und 46 Prozent nach Einführung der Visafreiheit. Die größte Gruppe der Befragten waren RückkehrerInnen aus Deutschland (46 Prozent), gefolgt von RückkehrerInnen aus Schweden (18 Prozent) und aus der Schweiz (6 Prozent). Leider wird im Ergebnisbericht der Befragung nicht differenziert nach der Dauer des Aufenthalts in Serbien, also ob die befragten Haushaltsmitglieder erst seit kurzem zurückgekehrt sind oder schon länger wieder in Serbien leben. Darüber hinaus unterscheidet die Studie nicht nach der Ethnizität der Befragten.

77) Mündliche Auskunft einer Mitarbeiterin von Bibija im Juni 2013.

78) vgl. Group 484, Challenges of Forced Migration in Serbia, S. 73.

79) vgl. Flüchtlingsrat Niedersachsen (Hrsg.): »Roma zwischen Flucht und Abschiebung«, 2011, S. 27.

80) IOM (Hrsg.): Report – Survey on the Needs of Returnees in the Republic of Serbia, ohne Jahresangabe (vermutlich 2012). Die Studie enthält keine Angaben über die ethnische Zugehörigkeit der befragten Haushalte.

81) http://www.kirs.gov.rs/docs/migracije/Report_Survey_on_the_Needs_of_Returnees_in_the_Republic_of%20Serbia.pdf

Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit

Die Hälfte der Befragten hatte lediglich einen Grundschulabschluss, ein Viertel hatte einen Sekundarschulabschluss und ein weiteres Viertel der Befragten verfügte über keinen Schulabschluss. Nur 13 Prozent der Befragten standen in einem Arbeitsverhältnis, die eine Hälfte als Angestellte, die andere Hälfte als Selbstständige. Nur 46 Prozent der befragten Haushalte erzielte Einkommen über ein Beschäftigungsverhältnis, sei es formell oder informell, regelmäßig oder saisonal.

Wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation der befragten RückkehrerInnen war extrem schlecht. Die monatlichen Konsumausgaben von fast der Hälfte der befragten Haushalte lagen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns von 15.138 serbischen Dinar (ca. 132 Euro). Bei 50 Prozent der Haushalte lagen die Konsumausgaben pro Haushaltsmitglied und Monat bei 4.500 serbischen Dinar (ca. 39 Euro).

Wohnverhältnisse

71 Prozent der Befragten lebten in maroden Häusern, mit feuchten Wänden oder undichten Dächern. In 27 Prozent der befragten Haushalte fehlte es an grundlegender Ausstattung wie Sanitäranlagen oder Anschluss an die Kanalisation.

Gesundheitsversorgung

In 18 Prozent der befragten Haushalte hatte mindestens ein Haushaltsmitglied keine Krankenversicherung. In 70 Prozent der Fälle verfügten die Betroffenen nicht über die erforderlichen Dokumente für eine Krankenversicherung, 20 Prozent gaben an, mit dem Verfahren zum Erhalt einer Krankenversicherung nicht vertraut zu sein. In einem Viertel der befragten Haushalte lebte ein pflegebedürftiges Haushaltsmitglied.

Schulbildung

Viele Kinder von RückkehrerInnen brechen die Schule vor Erlangung eines Abschlusses ab. 28 Prozent der Kinder zwischen sieben und 18 Jahren gehen nicht zur Schule. Die Gründe dafür sind mangelnde finanzielle Mittel oder das Fehlen von Dokumenten, die für die Schulanmeldung erforderlich sind.

Bezug staatlicher Leistungen

RückkehrerInnen erhalten vergleichsweise häufig finanzielle Beihilfen: 26 Prozent der befragten Haushalte erhielten Sozialhilfe für Familien, 38 Prozent bezogen Kindergeld, 4 Prozent Elterngeld, 14 Prozent bekamen einmalige finanzielle Hilfen und 9 Prozent hatten eine Zulassung für staatliche Suppenküchen. Von denjenigen, die keine staatlichen Hilfen erhielten, hatten 46 Prozent zwar einen Antrag auf finanzielle Beihilfen gestellt, dieser war jedoch nicht bewilligt worden. 10 Prozent der befragten Haushalte gaben an, keine staatliche Unterstützung zu benötigen, 18 Prozent gaben an, mit den Sozialleistungsprogrammen nicht vertraut zu sein, 10 Prozent wissen nicht, wo sie einen Antrag stellen können und 15 Prozent verfügen nicht die erforderlichen Dokumente für eine Antragsstellung.

Auf die Frage, welche Unterstützung sie für einen verbesserten Zugang zu Sozialleistungen benötigen, antworteten die Befragten wie folgt:

- 30 % benötigen mehr Informationen über ihre Rechte und die Verfahrensabläufe
- 28 % äußerten den Wunsch nach einer Vermittlung durch Dritte bei der Ausübung ihrer Rechte
- 19 % benötigen Hilfe bei der Beschaffung von Dokumenten
- 14 % brauchen keine Unterstützung
- 7 % wünschen sich, von einem Sozialarbeiter betreut zu werden
- 2 % gaben andere Antworten an.

Fazit: Spirale der Unterversorgung

Durch die prekären Wohnverhältnisse, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit, sowie durch die nur geringen Sozialleistungen bzw. den kompletten Ausschluss von staatlichen Sozialleistungen entsteht für Roma in Serbien eine Spirale der Unterversorgung, die kaum durchbrochen werden kann. Die Folge ist ein Dahinvegetieren weit unterhalb des Existenzminimums und eine unmittelbare existenzielle Bedrohung nicht nur für besonders schutzbedürftige Menschen wie Kinder, Ältere und Kranke.

Die Ursachen dafür sind angesichts der gesetzlichen Regelungen in Serbien, die pro-forma Rechte für alle BürgerInnen garantieren, auf den ersten Blick nicht einfach nachzuvollziehen. Erst durch das Zusammenspiel von Ausschlüssen entsteht eine systematische Verletzung sozialer Rechte der Roma in Serbien und ihre Verdrängung in Elendssiedlungen und ins gesellschaftliche Abseits.

Die beschriebenen Umstände führen dazu, dass nach Serbien abgeschobene Roma dort nicht Fuß fassen können und erneut nach Europa fliehen oder fliehen wollen. Die Flucht ist eine Überlebensstrategie, da es für die meisten kaum einen Ansatzpunkt gibt, wie sie aus dem Kreislauf der fehlenden Dokumente, Diskriminierung, mangelnder Versorgung, Armut und Ausgrenzung heraus kommen könnten.

BVerwG 10 C 23.12 – dort Rn 37

von Jan Sürig, Rechtsanwalt

Der Anwalt Reinhard Marx plädiert in seinem Text »Sozialrechtliche Diskriminierung als Fluchtgrund«[1] dafür, dass für die Verletzung sozialer Rechte im Flüchtlingsschutz kein anderer Maßstab als für die Verletzung politischer Rechte zugrunde gelegt werden sollte. Allein der Umstand, dass die Verletzung sozialer Rechte oft nicht so unmittelbar auf der Hand liegt wie die einer politischen Verfolgung, erfordert – im Gegensatz zur aktuellen Praxis der deutschen Bundesregierung – einer genaueren Einzelfallprüfung, um festzustellen, ob die Diskriminierung oder Verletzung sozialer Rechte im Einzelfall auf die Art zusammen spielen, dass sie eine existenzielle Bedrohung für Schutzsuchende darstellen.

Das Bundesverwaltungsgericht betont in der Entscheidung vom 20.2.2013 – BVerwG 10 C 23.12 – dort Rn 37 , dass bei der Prüfung einer Verfolgungshandlung im Sinne von Art. 9 Abs. 1 der Qualifikationsrichtlinie, d.h. bei der Prüfung ob eine Anerkennung als Flüchtling gewährt wird, zunächst alle in Betracht kommenden Eingriffshandlungen in den Blick zu nehmen, und zwar Menschenrechtsverletzungen wie sonstige schwerwiegende Repressalien, Diskriminierungen, Nachteile und Beeinträchtigungen. In dieser Prüfungsphase dürfen Handlungen, wie sie beispielhaft in Art. 9 Abs. 2 der Richtlinie genannt werden, nicht vorschnell deshalb ausgeschlossen werden, weil sie nur eine Diskriminierung, aber keine Menschenrechtsverletzung darstellen. Dann ist weiter zu prüfen, ob verschiedene Formen von Diskriminierungen, die isoliert betrachtet noch keine Menschenrechtsverletzung darstellen, in ihrer Summe zu einer ähnlich schweren Rechtsverletzung beim Betroffenen führt wie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte. Ohne eine fallbezogene Konkretisierung des Maßstabs für eine schwerwiegende Verletzung grundlegender Menschenrechte gemäß Art. 9 Abs. 1 Buchst. a der Richtlinie könne, so das Bundesverwaltungsgericht, die bewertende Beurteilung nach Buchstabe b, ob der einzelne Asylbewerber unterschiedlichen Maßnahmen in einer so gravierenden Kumulation ausgesetzt ist, dass seine Betroffenheit mit der in Buchstabe a – schwerwiegende Verletzung grundlegender Menschenrechte – vergleichbar ist, nicht gelingen. Stelle das Gericht hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der »Betroffenheit in ähnlicher Weise« keine Vergleichsbetrachtung mit den von Art. 9 Abs. 1 Buchst. a der Richtlinie erfassten Verfolgungshandlungen, d.h. mit den schwerwiegenden Verletzungen grundlegender Menschenrechte, an, liege ein Verstoß gegen Bundesrecht vor.

1) vgl. Asylmagazin, Ausgabe 7–8 2013, S. 226ff.

Leben auf 14 Quadratmetern: Beengt zwischen den Stahlwänden eines Standard-Containers in Kijevo.

Rassistische Übergriffe

von Barbara Dubick, Rechtsanwältin

Häuser, die mit Steinen und Flaschen, auch Molotowcocktails, beworfen und teilweise angesteckt werden – weil Mandanten mir zunehmend von solchen Angriffen erzählten, war dies der Ausgangspunkt meiner Recherche.

Ein Mandant aus Subotica in Nordserbien nannte für den Beginn der Übergriffe ein konkretes Datum: die Ausstrahlung des Filmes »Scicanje« (Skinheads) im Jahre 2012. Obwohl der Film kritisch intendiert ist, wurde er von den örtlichen Skinheads »nachgespielt«. Als er seine Kinder abends auf romanes aufforderte, ins Haus zu kommen, konnten vorbeifahrende nationalistische Jugendliche das hören. Wenig später kamen sie mit mehreren Autos zurück und bewarfen das Haus mit Molotowcocktails. Der Vater konnte seine Kinder knapp aus den Flammen retten. Der Mandant wuchs in Deutschland auf, rief Feuerwehr und Polizei. Die serbischen Polizisten kamen erst nach einer Stunde und lachten die Familie aus.

Bei der Recherchereise wurde mir klar, dass diese Übergriffe allgegenwärtig Roma betreffen. Die Betroffenen berichteten lediglich auf mehrfaches Nachfragen hin zögernd von Übergriffen, ohne ein Motiv zu haben, hier zu übertreiben. Vielmehr hatte ich das Gefühl, dass sie regelrecht Angst hatten, mir als Fremder davon zu berichten.

In Pirot befragten wir einen jungen Vater, der zögernd erzählte, dass sich eines Nachts 20 bis 30 Betrunkene vor dem Haus versammelten, nationalistische Drohungen riefen, randalierten und das Haus bewarfen. Der Strommast vor dem Haus brach, ein Stein traf seinen im Bett liegenden Schwager an der Schulter und verletzte ihn erheblich. Auf die Frage, ob er die Polizei gerufen hätte, antwortete er: »Neinn natürlich nicht, sie helfen nicht, sie machen alles schlimmer«.

In Vidikovac, einer inoffiziellen Siedlung am Rande Belgrads, wurde uns berichtet, dass regelmäßig, fast monatlich, betrunkene Jugendliche aus dem Stadtzentrum herausführen und die Hütten mit Steinen bewürfen, teilweise auch mit Molotowcocktails. Die Polizei würde auf Notrufe nicht reagieren.

In einer inoffiziellen Siedlung in Bujanovac wurde berichtet, dass ein Opfer, das nach einem Angriff von Skinheads zur Polizei ging, selbst eines Fahrraddiebstahles beschuldigt wurde.

Das Erschreckende war, dass ich bei den Berichten den Eindruck hatte, diese Übergriffe seien etwas Normales und Alltägliches.

In einer nachfolgenden Internetrecherche auf serbischsprachigen Seiten habe ich festgestellt, wie zurückhaltend die offiziellen Stellen in Serbien darin sind, einen Überfall als »rassistisch motiviert« zu klassifizieren.[1]

In der Ausgabe vom 8.4.2012 der »e-Novine« wird die Kommissarin für Gleichstellung Nevena Petrusic wie folgt zitiert: »In unserem Land gibt es Schulen, in denen die Segregation von Roma-Vorschul- und Schulkindern durchgeführt wird, die in verschiedenen Gebäuden unterrichtet werden, in vielen Städten sind Hakenkreuze und Hass-Graffiti zu sehen.« Besonders alarmierend sei, dass die letztjährige Umfrage ergab, dass 70 Prozent der Gymnasiasten rassistische und sexistische Einstellungen gegenüber Roma haben.[2]

Auffallend ist, dass es wenig statistische Nachweise auch von NGOs für rassistische Übergriffe gibt. In der bei Pro Asyl veröffentlichten Recherche von Dr. Karin Waringo (»Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat«) werden einzelne Hassverbrechen nominiert.

Ursache hiervon scheint zum einen zu sein, dass rassistische Übergriffe in der serbischen Gesellschaft, und zwar auch von den Opfern, fast als normal hingenommen werden. Es besteht eine Angst, hiervon zu berichten und ein begründetes Misstrauen den Staatsorganen gegenüber, da Roma häufig Opfer polizeilicher Gewalt werden (vergl. Dr. Karin Waringo m.w.N.) und man ihnen wenig glaubt. Eine von uns auf der Reise befragte Mitarbeiterin der Menschenrechts-Organisation Yukom wies auch darauf hin, dass Verurteilungen wegen rassistisch motivierter Taten selten vorkommen, da diese wesentlich höhere Strafen nach sich zögen.

Zusammenfassend ergab die Recherchereise für mich, dass tätliche romafeindliche Angriffe regelmäßig vorkommen.

1) Beispielsweise: Überfall auf ein von Roma bewohntes Haus in Jaši Tomiću im Juni 2013 (http://www.rtv.rs/sr_lat/vojvodina/zrenjanin/krivicne-prijave-zbog-sukoba-u-jasi-tomicu_401378.html).

2) http://www.e-novine.com/srbija/vesti/62366-Masovni-rasistiki-neredi.html

Eines Nachts führt ein Freund uns mit Bus und Straßenbahn an den Rand Belgrads. Nach einem weiteren Fußweg erreichen wir eine kleinen Hof. Mehrere Steinbaracken stehen sich hier gegenüber. Auch der Cousin unseres Freundes wohnt hier. Es ist das Schlimmste, was unser Freund kennt. Er möchte, dass wir in Deutschland berichten, wie die Leute leben: Die Wände der Häuser sind nicht verputzt, die Fenster kaputt, die Türen provisorisch mit Stoff verhangen. Es gibt kein fließend Wasser, der Strom ist »selbst gezapft«. An den Schuhen vor den einzelnen Räumen sieht man, dass sich hier Familien mit mehreren kleinen Kindern einen Raum teilen. Die Menschen haben sich diese verlassenen Räume als Unterschlupf gesucht. Hilfe bekommen sie keine.

Karim schweigt zunächst.

Roma Center Göttingen

KIJEVO In höchstens 12m² großen Containern leben die Menschen teilweise zu siebt in einem Container. Es gibt zwar Toiletten und Wasser, beides ist jedoch in sehr schlechtem Zustand. Der Wasserhahn lässt sich nicht mehr zudrehen, die Toiletten sind stark verschmutzt. Eigentlich gibt es Zuständige (keine BewohnerInnen) für die Container, doch so wirklich kümmert sich niemand. Karim, ein 27jähriger Mann, der zusammen mit seiner Oma und seinem Onkel in einem der Container lebt, erzählte uns von seinem Leben, seinem Leben in Deutschland und in Serbien, dem Leben und den Zuständen in der Containersiedlung, sowie von Diskriminierung, welche die Roma in Serbien erleiden müssen.

Karim ist 27 Jahre alt und bei seiner Oma aufgewachsen. Er kommt aus Mitrovica, Kosovo. Sein Leben dort war gut. Er konnte zur Schule gehen. 1999, als der Kosovokrieg ausbrach, ist er mit seiner Familie nach Belgrad geflohen. Er erzählt uns, dass die Anfangszeit in Belgrad schwer war, er sich aber daran gewöhnt hat.

Im Alter von 15½ Jahren hat ihn sein Vater mit nach Deutschland genommen, in den Kreis Olpe in der Nähe von Siegen. Karim wollte eigentlich nicht mit nach Deutschland. Er wollte bei seiner Oma bleiben. Nach dreimonatigem Aufenthalt in Deutschland hat er eine Aufenthaltserlaubnis (§34 Absatz 2) bekommen, da seine Stiefmutter eine Deutsche ist. Innerhalb von einem Jahr hat er Deutsch gelernt. Außerdem hatte er einen Job in einem Sägewerk. Im Alter von 18 Jahren ist er nach Essen gezogen. Er hatte dort auch eine deutsche Freundin.

Als Karim eines Tages in Deutschland mit dem Zug fährt, wird er von einem Schaffner als »Scheiß-Ausländer« beschimpft. Karim schweigt zunächst, doch als der Mann weitermacht, bittet er ihn, das zu lassen. Als er erneut beschimpft wird, wehrt er sich gewalttätig und verletzt den Schaffner. Dafür musste Karim ein halbes Jahr ins Gefängnis gehen. Er saß die Strafe ab und wurde anschließend abgeschoben (nach ca. 10 Jahren in Deutschland). Obwohl das in einem solchen Fall nicht üblich ist, wurde ihm eine unbefristete Einreisesperre auferlegt. Damit wird ihm, obwohl er bereits bestraft wurde, die Möglichkeit genommen seinen Vater und das Land zu besuchen, in dem er aufgewachsen ist und einen großen Teil seines Lebens verbracht hat.

Er wurde in den Kosovo abgeschoben und ist dann nach Belgrad gegangen. Seine Oma fand er im Rollstuhl vor. Hier in der Containersiedlung gibt es keine wirkliche Arbeit. Für die Kinder gibt es eine Schule, auf der nur Roma-Kinder sind und keine serbischen Kinder. Karim erzählt uns, dass das gar nicht möglich wäre, da die Roma-Kinder sonst von den serbischen Kindern beleidigt und beschimpft werden. Er selbst versucht zu arbeiten, macht, was er kann und was angeboten wird. Die Bezahlung ist miserabel. Die Arbeitssituation hat sich sehr verschlechtert in den letzten Jahren. Sozialhilfe bekommt er auch nicht. Er kann sich noch nicht einmal anmelden. Das wird ihm durch bürokratische Hürden unmöglich gemacht. Demnach hat er auch keinen Ausweis, denn wie bekommt man einen Ausweis, wenn man nicht angemeldet ist? Medikamente müssen auch selbst gezahlt werden.

Wie schon erwähnt, sitzt Karims Oma im Rollstuhl. Er lebt mit ihr und seinem Onkel zusammen in einem der Container. Er und sein Onkel schlafen auf kleinen, dünnen Matratzen auf dem Boden. Seine Oma schläft auf dem Sofa. Er kümmert sich um seine Oma und pflegt sie. Er trägt sie zu den Toiletten, wäscht sie, badet sie. Die Waschsituation sei schrecklich, erzählt uns Karim. Alleine schafft seine Oma das nicht. Wenn er arbeitet, ist sie den ganzen Tag auf sich allein gestellt und muss aus diesem Grund Windeln tragen.

Den Bewohnern der Siedlung werden Dinge versprochen, die nicht eingehalten werden. Angeblich wurde aus verschiedenen Ländern Geld für die Containersiedlung geschickt, aber dieses Geld ist niemals den Bewohnern zu Gute gekommen. Wahrscheinlich wurde es von der Stadt einkassiert. Für die Roma wird die Situation nicht verbessert. Manchmal werden Bewohner auch aus ihren Containern rausgeschmissen von der Polizei oder Leuten der Stadt. Da es in den Containern jeweils nur ein Fenster gibt, sammelt sich Feuchtigkeit. Im Winter, so erzählen uns die Leute aus der Siedlung, entsteht aufgrund der schlechten Belüftung Schimmel. Früher hat Karim mit seiner Oma in einer Mietswohnung gelebt, aber ohne Arbeit kann man auch keine Miete zahlen. Karim ist wütend. Sein Wunsch ist es, von hier weg zu kommen.

Karim berichtet uns außerdem von Diskriminierung. Roma werden in Serbien von Serben zusammengeschlagen, weil sie Roma sind. Das passiert öfters. Ihm selbst ist es, zum Glück, noch nicht passiert. Vor fünf Jahren (er selbst hat zu dieser Zeit noch nicht in der Containersiedlung gelebt) kamen Serben, welche die Siedlung niederbrennen oder in die Luft jagen wollten. Seine Nachbarn haben das miterlebt.

Wenn wir auf die Straße gehen, rufen Leute, dass wir Zigeuner sind und stinken. Aber wir haben nicht die Möglichkeit zu einem besseren Leben.

Als ich letztes Mal beim Container war, haben mich Mädchen mit Steinen beworfen.

Ivan Gerginov, Serbisches Kommissariat für Flüchtlinge:

»Wir sind stolz, dass in diesem Land niemand verhungern muss.«

Ein Statement der Initiative alle bleiben! / Roma Center Göttingen

Jeden Monat starten Flugzeuge mit unfreiwilligen Passagieren von deutschen Flughäfen. Die Flieger wurden eigens dafür angemietet, Abschiebungen durchzuführen und Menschen, die in Deutschland Zuflucht gesucht hatten, in ihre »Heimatländer« »zurückzuführen«, wie es offiziell heißt.

Alle bleiben! ist ein Slogan, der bei vielen und zwar auch bei vielen, die sich ansonsten für ähnliches einsetzen wie wir, auf Ablehnung oder Skepsis stößt. »Aber es können doch nicht alle bleiben!« oder »Aber was ist mit denen, die sich nicht integriert haben?«, heißt es dann häufiger.

Die Initiative, die unter dem provokanten Namen *alle bleiben!* arbeitet, hat sich 2009 gegründet als die deutsche Bundesregierung begann, verstärkt langjährig geduldete Roma, die zuvor aufgrund von Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen waren, in den Kosovo abzuschieben. Wir fanden damals, dass Erwachsene und Kinder, die seit Jahren hier leben, auch das Recht haben sollten hier zu bleiben. Dass sie über Jahre hinweg in existenzieller Unsicherheit gehalten und von grundlegenden Rechten und Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen wurden, schien uns unbegreiflich.[1] »Integration«? Der Begriff scheint sehr fraglich, um dieses Recht zu bewerten und wenn wir schon davon sprechen müssen: In Serbien und im Kosovo, wo sie verfolgt und ihre Häuser niedergebrannt wurden, sind die Geflüchteten sicherlich nicht mehr »integriert«. Auch wenn Roma bis vor wenigen Jahrzehnten noch in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden waren, ist nach dem Krieg und den nachfolgenden gewaltsamen Ausschreitungen nichts mehr davon zu spüren. Viele Kinder und Jugendliche, die nach Serbien oder in den Kosovo abgeschoben werden, waren noch nie dort oder haben kaum Erinnerungen an das Land, wo sie nun hingehören sollen.

Auch heute finden wir noch, dass es nicht ignoriert werden sollte, wenn Menschen massiv diskriminiert werden, nur weil es auf dem Papier ein paar Vorzeigeprogramme gibt, die vor allem dem Druck europäischer Institutionen geschuldet sind und die Anerkennung der Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma nicht ins Kalkül von Staaten passt.

Anstatt sich mit der Lebensrealität der Betroffenen auseinander zu setzen, wird Roma, die aus Serbien nach Deutschland kommen[2] um Asyl zu beantragen, pauschal Betrug unterstellt. Stimmung gegen Roma zu machen, ist aufgrund von Ausgrenzung und weit verbreiteten Vorurteilen nicht schwer. Selbst im serbischen Innenministerium wurde uns vom Leiter der Grenzpolizei mitgeteilt, dass es bei den verschärften Kontrollen an den Grenzen darum ginge, »unsere« Sozialsysteme zu schützen.

Die Reise nach Serbien stellte für uns eine Möglichkeit dar, uns selbst ein Bild von der Situation in Serbien zu machen und über das, was wir sehen würden, zu berichten.

Als wir Anfang Juni das serbische Kommissariat für Flüchtlinge und Migration besuchten, wurden uns überzeugend klingende Programme für »RückkehrerInnen« vorgestellt und uns gesagt, dass sie stolz darauf seien, dass in Serbien niemand hungern oder unter einer Brücke schlafen müsste.

Wenige Stunden später besuchten wir Roma in einer informellen Siedlung in Belgrad. Dort schliefen die BewohnerInnen nicht unter Brücken, dafür lebten ganze Familien in selbstgebauten Sperrmüllbaracken. Da viele oft nicht wussten, wie sie für etwas zu essen bezahlen sollten, aßen die Kinder zum Teil das, was sie in den Müllcontainern der Umgebung fanden anstatt zu hungern. Während der Reise wurde deutlich, dass Roma in Serbien oft unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, aus denen es für sie kein oder kaum ein Entkommen gibt. Die hygienische Situation ist vielerorts eine Katastrophe. Zum Teil besteht noch nicht einmal eine Versorgung mit Wasser, ganz abgesehen von einem Zugang zum Gesundheitssystem oder Sozialleistungen. Aufgrund von systematischer Ausgrenzung

1) Die Flüchtlinge, die im Kontext der Jugoslawienkriege nach Deutschland kamen, erhielten in den allermeisten Fällen lediglich eine »Duldung«. Der Status der Duldung bedeutet ausländerrechtlich die »vorübergehende Aussetzung der Abschiebung«. Sie stellt keinen flüchtlingsrechtlich relevanten Status dar und der Aufenthalt der Flüchtlinge wird somit nicht als legitim verstanden. Für die Betroffenen bedeutet das ein Leben in ständiger Angst vor der Abschiebung. Außerdem sind sie mit Einschränkungen in vielen Lebensbereichen konfrontiert. Für sie gilt beispielsweise die Residenzpflicht. Das heißt, Personen mit einer Duldung, dürfen das ihnen zugewiesene Bundesland und zum Teil sogar den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht ohne Erlaubnis verlassen.

2) Ein Teil der Roma aus Serbien, die in Deutschland Asyl suchen, sind Kosovoflüchtlinge, die vor Krieg und Vertreibung nach Serbien geflohen sind und inzwischen die serbische Staatsbürgerschaft erhalten haben.

und Diskriminierung ist es für Roma in Serbien häufig unmöglich, eine geregelte Arbeitsstelle zu finden – übrig bleiben extrem schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs, Straßenverkäufe von gesammelter Kleidung sowie oft auch das Ausbleiben von Einkommen. Auch von rassistisch motivierten Übergriffen gegen Roma wurde uns häufig und an verschiedenen Orten berichtet.

Für einige Roma ist es nicht denkbar, dass ihre Glaubwürdigkeit in Zweifel gestellt wird, dass es nicht reichen könnte, wenn sie es schafften, nach Deutschland zu kommen und zu zeigen, wie sie in Serbien lebten. Dass es dennoch so wäre (und es auch gar nicht darauf ankäme), fällt schwer zu erklären. Es ist hart auszusprechen, dass es um vieles geht, aber nicht darum, wie es tatsächlich ist als Rom oder Romni ohne Ressourcen und Perspektiven in Serbien zu leben. Ob aufgrund von kumulativer Diskriminierung in fast allen Lebensbereichen überhaupt die Möglichkeit besteht grundlegende Rechte wahrzunehmen, findet keine Berücksichtigung.

Kenan Emini vom Roma Center Göttingen und Mitbegründer von *alle bleiben!* stellt nach Ende der Reise fest: »Auf dem Papier mögen die offiziellen Programme in Serbien gut aussehen, vor Ort aber ist keine Verbesserung der Lage der Roma zu sehen. Aber das ist es, was zählt. Insofern gebieten die humanitäre Lage sowie die politische Diskriminierung der Roma in Serbien, dass alle Roma hier bleiben.«

Manche Leute sagen, dass 6 Mio. Euro nach Serbien geschickt wurden – nur für Roma.

Kein Job, aber viel Arbeit: Was Robert, Daniel und Jasmina in der Umgebung der informellen Siedlung in Vidikovac am Rande Belgrads an Verwertbarem finden, verkaufen sie auf einem nahegelegenen Straßenmarkt. Die Leute des Viertels sind selbst nicht reich, alte Klamotten oder Elektroteile finden ihre Käufer. Der Markt wird von Polizei und Ordnungsamt nur ein paar Minuten lang geduldet.
Wer dann nach Aufforderung nicht zusammenpackt, zahlt eine schmerzlich hohe Strafe und verliert womöglich alle Waren. Robert, Daniel, Jasmina und die anderen haben so nur wenige Minuten, um ein paar Euro für ihr täglich Brot zu verdienen. Das klappt nicht immer.

Unter den Augen des Beamten muss Robert nach zehn Minuten seine Ware wieder einpacken.

Das Problem mit den Stereotypen ist nicht, dass es sie gibt. Sondern dass es nichts anderes gibt.

Die Bildproduktion für diesen Bericht hat diese Ambivalenz. In sechs Tagen machen wir an die 6000 Fotos. Die meisten entstehen im Dauerlauf durch Mahallas und Ministerien. Mahallas, das sind die Wohngebiete, die wir besuchen. Feste Häuser aus Stein oder fragile aus Sperrmüll, wenig Strom, meist kein Wasser, auch kein Anschluss ans Abwassersystem, keine festen Wege. In vielen Bildern sind wir Vorschlägen der Bewohnenden gefolgt, oftmals haben wir die Kameras weitergegeben. Versuche, nicht voyeuristisch zu sein, haben wir spätestens auf dringende Aufforderungen zu fotografieren hin aufgegeben.

Im Anschluss an die Reise zeigen wir die Fotos zum Beispiel Ärztegruppen. Gefragt danach, welcher Faktor für die offensichtlich katastrophalen Zustände auslösend sei, Rasse oder Klasse, denke ich später: Rassismus. Und daraus folgend Armut, beides nah beeinander und verquickt – eigentlich schlecht auseinander zu halten.

Das Thema der Reise und der Bilder ist die Dokumentation von Lebensumständen. Die wir treffen lebten zum großen Teil Jahre bis Jahrzehnte in Deutschland und wurden abgeschoben oder gezwungen zurückzukehren. Die Bilder zeigen unfreiwillige Gegenwart, keine selbstgewählten Lebensräume, keine selbstbestimmte Einrichtung.

Die Fotos zeigen Ausschnitte einer Wirklichkeit, zu der wir gerne Alternativen zeigen würden. Nicht schönere oder ästhetischere Aufnahmen, sondern andere Motive. Menschen, die Orte zeigen, die sie mögen, an denen sie gerne leben.

Es gibt nicht die Wirklichkeit. Blickwinkel verschieben sich. Der Blick von außen, das Eindringen in persönliche Räume, das Abbilden von Ausschnitten bleibt unzulänglich. Dennoch zeigen wir Ausschnitte, als kleine Teile des Gesamten. Zusammengelegt ergeben sie eine Struktur. Der Versuch, strukturelle Diskriminierung zu zeigen, die Verhältnisse und Zustände, in denen Menschen leben, muss zwangsläufig stereotype Bilder zeigen, sie sogar suchen.

Trotzdem: vor allem anderen trafen wir Menschen, die ihre Bilder teilen. Um sie zu ändern.

Mit Superkräften ist das Leben leichter: Spiderman in der Container-Siedlung in Kijevo.

Danke

DIESEN UND VIELEN ANDEREN MEHR:
Bewohnende der informellen Siedlungen in Bujanovac, Vidikovac, Vranje, Pirot, Kijevo, Belgrad, Belvil.
Bernd, Claudia, Daniel, Esma, Jasmina, Katerina, Kenan, Kristina, Marc, Marily, Nicola, Robert, Rade, Tahir, Talibo, Jovana, Dejan, Kadira, Ivica, Vera, Rade, Sneźana, Stania, Sultana, Zlatko.
alle bleiben!, Göttingen, Chachipe, Luxemburg, Regional Center for Minorities, Belgrade, OFER, Bujanovac, Yucom, Belgrade, Ženski prostor, Niš.

FINANZEN Die Reise und diese Veröffentlichung wurden unterstützt von

Amadeu Antonio Stiftung

Bremische Evangelische Kirche

Evangelische Landeskirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Flüchtlingsrat Bremen

Holtford-Stiftung

Pro Asyl

Roma Center Göttingen

Sebastian Cobler Stiftung

Solifonds der Hans-Böckler-Stiftung

Verein Zuflucht e.V. / Bremen

Impressum

1. Auflage 2014

RECHERCHEN Jean-Philipp Baeck / Esat Behrami / Domitille Boulon / Catherine van Cutsem / Ivana Domazet / Barbara Dubick / Kenan Emini / Annette Janssen / Matthieu Lys / Martina Mauer / Anna Maria Reinking / Phillip Rusche / Allegra Schneider / Malte Stieber / Jan Sürig / Andrea Vogel / Karin Waringo / Anina Wulff

FOTOS Jean-Philipp Baeck / Esat Behrami / Kenan Emini / Allegra Schneider / Malte Stieber

REDAKTION Jean-Philipp Baeck / Allegra Schneider

TRANSKRIPTION / ÜBERSETZUNG
Jean-Philipp Baeck / Esat Behrami / Kenan Emini / Zadegh Sad Salehi Masuleh / Gundula Oerter / Mara Puškarevic / Allegra Schneider

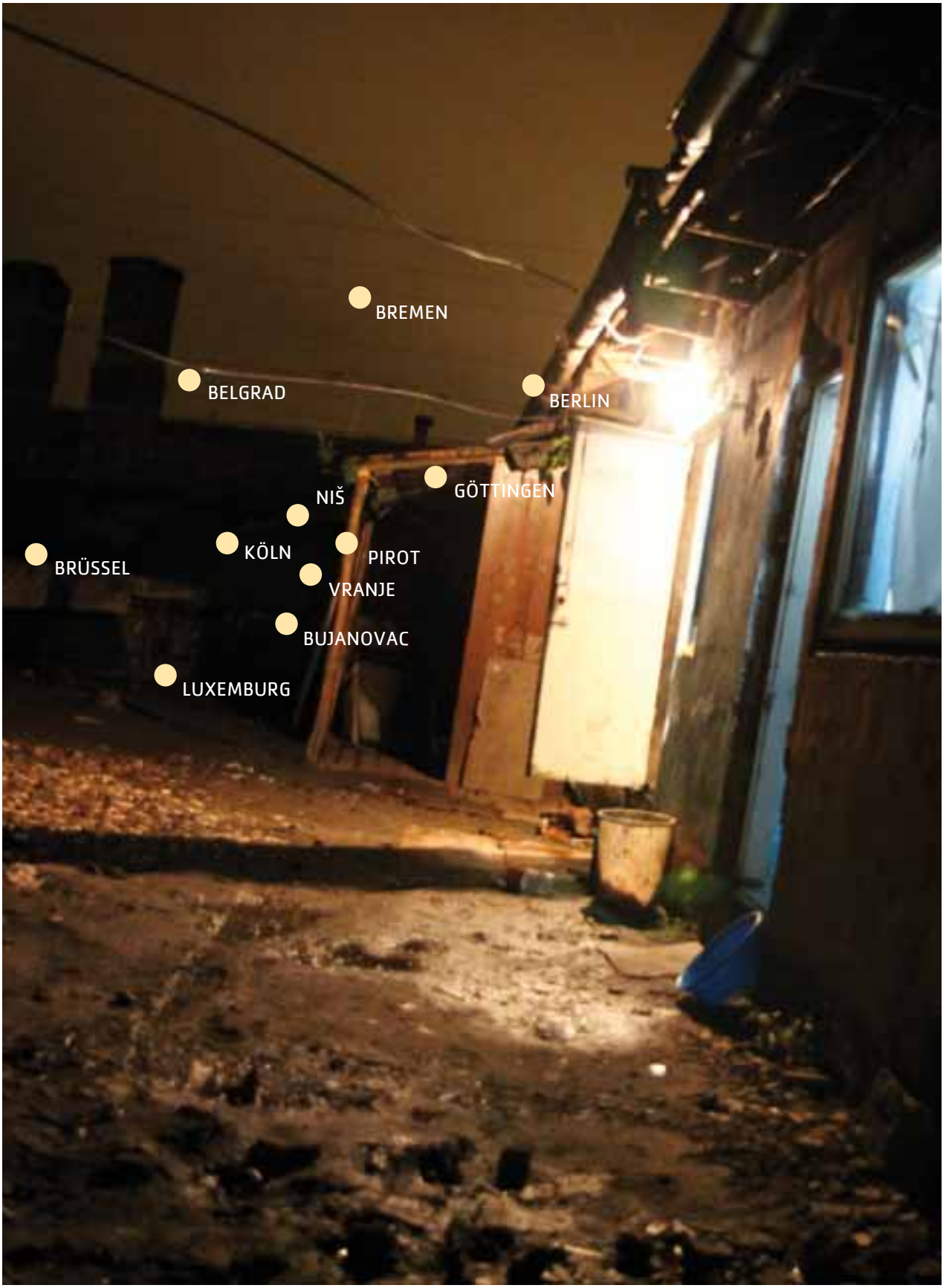
KONZEPT / GESTALTUNG
Koop. Büro für Gestaltung / koop-bremen.de

DRUCK
Drucktechnik, Hamburg / drucktechnik-altona.de

Spenden bitte an

alle bleiben!
Roma Center
Sparkasse Göttingen
Konto 170 399
BLZ 260 500 01

Kontakt / Veranstaltungsanfragen / Bestellungen doku@koop-bremen.de


BREMEN
BELGRAD
BERLIN
GÖTTINGEN
NIŠ
KÖLN
PIROT
BRÜSSEL
VRANJE
BUJANOVAC
LUXEMBURG